



Landtag von Baden-Württemberg

77. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 7. Oktober 2004 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Schluss: 17:03 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5417	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes – Drucksache 13/3608	5437
Erweiterung der Tagesordnung	5417	Abg. Wacker CDU	5437
Abg. Zeller SPD (zur Geschäftsordnung)	5417, 5419	Abg. Christine Rudolf SPD	5438, 5443
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	5418	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5439, 5443
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP (zur Geschäftsordnung)	5418	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	5440
Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung)	5419	Ministerin Dr. Annette Schavan	5441
Beschluss	5420	Beschluss	5444
Begrüßung einer Delegation des Ausschusses für Wirtschaft, Privatisierung und Unternehmen des Nationalrats der Slowakischen Republik	5450	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuregelung des Gebührenrechts – Drucksache 13/3477	5444, 5474
1. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Sprachförderung im Vorschulalter – Drucksache 13/2883	5420	Minister Stratthaus	5445
Abg. Marianne Wonnay SPD	5420, 5427	Abg. Herrmann CDU	5446
Abg. Elke Brunnemer CDU	5421	Abg. Stickelberger SPD	5446
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	5422	Abg. Kleinmann FDP/DVP	5447
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	5423	Abg. Oelmayer GRÜNE	5448
Ministerin Dr. Annette Schavan	5424	Beschluss	5449, 5474
Beschluss	5428	5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung – Drucksache 13/3491	5450
2. Aktuelle Debatte – Effizientes Zusammenwirken der Länder in der Bildungspolitik – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	5428	Staatssekretär Dr. Mehrländer	5450
Abg. Kleinmann FDP/DVP	5428, 5434	Abg. Fleischer CDU	5451
Abg. Wacker CDU	5430	Abg. Schmiedel SPD	5451
Abg. Zeller SPD	5431	Abg. Hofer FDP/DVP	5453
Abg. Kretschmann GRÜNE	5432	Abg. Dr. Witzel GRÜNE	5454
Ministerin Dr. Annette Schavan	5434	Beschluss	5455

6. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2243	5455	10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 3. August 2004 – Zugehörigkeit von Herrn Justizminister Professor Dr. Ulrich Goll zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 13/3475, 13/3603	5487
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	5455, 5462	Beschluss	5487
Abg. Kurz CDU	5456	11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 13. Juli 2004 – Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder und Kurunternehmen – Drucksachen 13/3374, 13/3573	5487
Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD	5457	Beschluss	5487
Abg. Boris Palmer GRÜNE	5458	12. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. August 2004 – Veräußerung des Rasthauses Kaltenbronn – Drucksachen 13/3525, 13/3574	5487
Staatssekretär Hillebrand	5459	Beschluss	5487
Beschluss	5463	13. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 26. Februar 2004 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Strukturentwicklungsbericht 2003 – Drucksachen 13/2941, 13/3567	5487
7. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Entwicklung und Situation des Lehrstellenmarktes in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2327	5464	Beschluss	5487
Abg. Schuhmacher CDU	5464	14. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/3520, 13/3580, 13/3581, 13/3582, 13/3583, 13/3584	5487
Abg. Wintruff SPD	5465	Beschluss	5487
Abg. Hofer FDP/DVP	5467	15. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/3492	5487
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	5468	Beschluss	5487
Minister Pfister	5469	Nächste Sitzung	5487
Ministerin Dr. Annette Schavan	5472		
Beschluss	5474		
8. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und den Vereinigten Staaten von Amerika – Drucksache 13/2269	5474		
Abg. Veronika Netzhammer CDU	5474		
Abg. Schmiedel SPD	5476		
Abg. Hofer FDP/DVP	5477		
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	5478		
Staatssekretär Dr. Mehrländer	5479		
Beschluss	5480		
9. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Förderung der Feuerwehren – Drucksache 13/2330	5480		
Abg. Kurz CDU	5480		
Abg. Gall SPD	5481		
Abg. Beate Fauser FDP/DVP	5482		
Abg. Oelmayer GRÜNE	5484		
Minister Rech	5485		
Beschluss	5486		

Protokoll

über die 77. Sitzung vom 7. Oktober 2004

Beginn: 9:34 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 77. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Kaufmann erteilt.

Krank gemeldet ist Frau Abg. Vossschulte.

Dienstlich verhindert sind Herr Ministerpräsident Teufel und Herr Minister Stächele.

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 5. Oktober 2004 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Achten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achter Rundfunkänderungsstaatsvertrag). Die Mitteilung der Landesregierung wird Ihnen als Drucksache 13/3613 zugehen.

Ich schlage vor, die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 13/3613, an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben beantragt, die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes –, Drucksache 13/3608, schon am heutigen Tag durchzuführen.

(Abg. Drexler SPD: Schon wieder? Fürchterlich! Das haben wir erst gestern gehabt! – Abg. Stickelberger SPD: War das schon im Ausschuss? – Abg. Fleischer CDU: Völlig unerwartet, Herr Drexler!)

Es ist deshalb darüber zu entscheiden, ob die Tagesordnung entsprechend § 78 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung um diesen Tagesordnungspunkt erweitert wird. Ein solcher Beschluss kommt mit einfacher Mehrheit zustande.

Ferner ist es notwendig, gemäß § 50 der Geschäftsordnung die Frist zwischen der Ersten und der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs bei der Feststellung der Tagesordnung zu verkürzen. Eine solche Verkürzung lässt § 50 Abs. 1 der Geschäftsordnung durch einfachen Mehrheitsbeschluss zu.

Außerdem wäre zu klären, an welcher Stelle der Tagesordnung die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs stattfinden soll und welche Redezeiten vorgesehen werden.

Ich lasse daher über diese beiden Punkte abstimmen.

Zur Geschäftsordnung, bitte schön, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind gegen eine Zweite Beratung am heutigen Tage. In § 45 Abs. 1 der Geschäftsordnung heißt es:

Die Zweite Beratung beginnt frühestens am zweiten Tag nach Schluss der Ersten Beratung oder, wenn eine Ausschussberatung stattgefunden hat, frühestens am zweiten Tag nach der Verteilung des Ausschussantrags.

Meine Damen und Herren, dies bedeutet, dass normalerweise erst morgen, am Freitag, die Zweite Beratung hätte stattfinden können. Eine Ausschussberatung haben Sie gestern leider abgelehnt.

Ich muss Ihnen nochmals deutlich sagen: Seitdem ich diesem Landtag angehöre, habe ich ein solches Verfahren noch nicht erlebt. Ich halte dieses Verfahren für ein sehr unparlamentarisches und im Grunde genommen undemokratisches Verfahren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie wollen den Gesetzentwurf ohne eine echte Beteiligung der Betroffenen durchpeitschen, obwohl die Betroffenen selbst eine Verschiebung gefordert haben, damit sie die Möglichkeit bekommen, überhaupt über diesen Gesetzentwurf zu beraten.

Meine Damen und Herren, jahrelang haben Sie, wie Sie selber sagen, Herr Wacker, intensiv in einer Arbeitsgruppe getagelt.

(Abg. Drexler SPD: Jahrhundertelang!)

Sie haben mit den Beteiligten gesprochen, und nun legen Sie sozusagen von heute auf morgen einen Gesetzentwurf vor, der überhaupt nicht dem entspricht, was dort verhandelt wurde, und die Betroffenen erfahren überhaupt nicht, was Sie hier geplant haben. Dies ist eine Vorgehensweise, die auch gegen die Betroffenen gerichtet ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nebenbei: Sie hatten zunächst einmal geplant, unseren Gesetzentwurf mit einem Änderungsantrag entsprechend umzudrehen. Jetzt haben Sie einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt, der nicht dem entspricht, was Sie als Änderungsantrag vorgelegt haben. Inzwischen haben Sie auch gemerkt, dass Ihr Gesetzentwurf wirklich miese handwerkliche Fehler hat. Auch von daher ist, sage ich Ihnen, eine solche Hopplahopp-Beratung nicht zu rechtfertigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Zeller)

Sie haben auch, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, einen Gesetzentwurf vorgelegt – wohlge-merkt, einen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen, nicht der Landesregierung –, obwohl die Landesregierung diesen Gesetzentwurf entworfen hat. Das wissen Sie selbst. Das hat natürlich auch einen bestimmten Grund. Hätte die Landesregierung diesen Gesetzentwurf vorgelegt, hätten in einem ordentlichen Verfahren die Beteiligten gehört werden müssen.

(Abg. Hauk CDU: Jetzt tun Sie doch nicht so scheinheilig!)

Das haben Sie durch Ihre Strategie zu verhindern versucht. Das ist etwas, was wir ebenfalls missbilligen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich sage Ihnen deswegen nochmals klipp und klar: Dieses Verfahren ist unakzeptabel. Deshalb werden wir diesem Geschäftsordnungsantrag nicht zustimmen. Wir plädieren für eine ordentliche Beratung, so, wie es die Geschäftsordnung vorsieht. Dies bedeutet, dass wir heute keine Zweite Beratung vornehmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir lehnen den Antrag auf Änderung der Tagesordnung ab. Nach der Geschäftsordnung müssen zwischen der Ersten Beratung eines Gesetzentwurfs und der Zweiten Beratung mindestens zwei Tage liegen, oder es muss eine Ausschusssitzung stattfinden. Es ist ein unglaublicher Vorgang, der jeglichen parlamentarischen Gepflogenheiten widerspricht,

(Abg. Hauk CDU: Jetzt aber halblang!)

einen Gesetzentwurf derart durchs Parlament zu peitschen, ohne dass die Möglichkeit gegeben ist, im Ausschuss darüber zu reden, und ohne dass eine Anhörung der Betroffenen stattgefunden hat.

(Abg. Drexler SPD: Änderungsanträge!)

Auch wenn Sie sich darauf berufen, dass eine Ausschussberatung stattgefunden habe und eine weitere Ausschussberatung des Gesetzentwurfs überflüssig sei, da die Hauptsachen schon im Ausschuss beraten worden seien, befinden Sie sich nicht im Recht. Formal mögen Sie sich im Recht befinden, aber moralisch nicht.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Ihr Ansinnen, die Gesetzentwürfe der Opposition, die Sie durch Änderungsanträge ins Gegenteil verkehrt haben, so zu behandeln,

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

grenzt nahezu an parlamentarische Piraterie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut! So war es noch nie! Ein sauberer Ausdruck! – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Deshalb haben wir auch unsere Gesetzentwürfe zurückgezogen. Ihr schnell eingebrachter Gesetzentwurf enthält Punkte,

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

die so nicht beraten wurden. Deshalb halten wir eine Ausschusssitzung und eine Anhörung für dringend notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Mit Ihrem Vorgehen schaden Sie den Interessen der Privatschulen. Sie schaden den Interessen der freien Schulen, und Sie schaden der Demokratie und den parlamentarischen Gepflogenheiten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Abg. Fischer SPD: Das wird gefährlich! – Abg. Stickelberger SPD: Das wird schwer!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Opposition hat offensichtlich gar nicht kapiert, worum es bei diesem Gesetzentwurf geht.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Fischer SPD: Jetzt hören Sie doch bitte mit solchen Sprüchen auf! Sie glauben das ja selbst nicht, Frau Berroth! – Unruhe)

In diesem Falle geht es nämlich nicht um die Umsetzung dessen, was die Arbeitsgruppe beraten hat, sondern es geht um die Umsetzung des Haushalts.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das ist ja das Problem!)

Die Beratungen darüber haben Sie miterlebt.

(Abg. Fischer SPD: Welche Beratungen? – Abg. Carla Bregenzer SPD: Welche Haushaltsberatung? – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Auch ich habe sie miterlebt. Es geht darum, Werte im Gesetz zu verankern, die den betroffenen Schulen in freier Trägerschaft spätestens seit der letzten Haushaltsberatung im Februar dieses Jahres bekannt sind.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Der nächste Haushalt kommt doch erst! Der Haushalt kommt erst im Dezember! Dann haben wir ja Zeit!)

Ich habe durch vielerlei Kontakte mit den Schulen sehr wohl auch erfahren, dass sie sich bereits bestimmte Werte ausgerechnet haben. Wir haben Verbesserungen erreicht. Das haben wir schon gesagt.

(Abg. Fischer SPD: Und Verschlechterungen!)

Insbesondere gegenüber den beruflichen Schulen in freier Trägerschaft stehen wir im Wort.

(Abg. Birzele SPD: Und gegenüber den Waldorfschulen! Denen haben Sie zugesichert: keine Kürzungen!)

(Heiderose Berroth)

– Und gegenüber den Waldorfschulen. Die Waldorfschulen haben – das wüssten Sie, wenn Sie gestern richtig zugehört hätten – durch diese Verzögerung schon zwei Monate lang bessere Werte erhalten, als eigentlich vorgesehen war.

(Abg. Fischer SPD: Sie stehen doch auf dem Kopf! Zurufe der Abg. Drexler und Gall SPD – Abg. Fischer SPD: Sie hätten doch als Regierungsfraktion die Chance gehabt, das zu tun!)

– Jetzt noch einmal: Der Herr Präsident hat deutlich erläutert, was die Geschäftsordnung zulässt.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Jetzt aber noch einmal ganz genau. Sie haben die Chance, rechtzeitig zu beraten, vereitelt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Lachen bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Was?)

Wir haben im Interesse der beruflichen Schulen in freier Trägerschaft versucht,

(Abg. Fischer SPD: Wer hat denn den Gesetzentwurf eingebracht?)

dieses Gesetz schnellstmöglich zu beschließen

(Abg. Drexler SPD: Wo denn? Seit März wollen Sie es einbringen! Erzählen Sie doch keine Märchen!)

– machen Sie jetzt einmal keine alten Karteleien! –,

(Abg. Drexler SPD: Was heißt hier „Karteleien“?)

und haben deshalb den Änderungsantrag zu Ihrem Gesetzentwurf eingebracht. Erinnern Sie sich einmal an den Antrag, der in der letzten Sitzung des Schulausschusses beraten wurde.

(Abg. Drexler SPD: Seit März!)

Er entspricht in den Punkten, die wir heute vorgelegt haben, genau dem, was im Schulausschuss beraten wurde

(Abg. Drexler SPD: Seit März versprechen Sie den Gesetzentwurf! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und worüber 17 Seiten Protokoll erstellt wurden.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

Das, was Sie angemahnt haben – ich muss zugeben: was Sie zu Recht angemahnt haben –,

(Beifall der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

haben wir aus unserem Gesetzentwurf herausgenommen. Deswegen ist er neu.

(Abg. Zeller SPD: Na also!)

Da haben Sie Recht. Aber wir haben doch genau das gemacht, was Sie in dieser Ausschusssitzung angemahnt ha-

ben. Jetzt frage ich mich: Wo haben Sie eigentlich ein Problem damit,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mit dem Inhalt und mit dem Verfahren haben wir ein Problem!)

diesen dergestalt abgespeckten Gesetzentwurf zugunsten der beruflichen Schulen in freier Trägerschaft heute zu beschließen? Ich kann das nicht nachvollziehen. Aber das müssen Sie dann mit diesen Schulen ausmachen und ihnen erklären, warum Sie heute zu dieser Meinung stehen. Wir sind auf jeden Fall dafür, diesen Gesetzentwurf heute zu beraten und zu beschließen, damit wir dann in Ruhe das, was Sie eigentlich wollen – aber darauf kommen wir vielleicht in der Beratung noch einmal –,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

auch ordentlich abwickeln können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Dünner Beifall! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie sind noch ein bisschen müde!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sozialdemokraten liegen sowohl formal als auch inhaltlich neben der Kappe.

(Abg. Drexler SPD: Ihre Frisur sieht eher nach Kappe aus!)

Die Förderkriterien wurden bereits seit dem Frühjahr mit den Privatschulen besprochen. Insofern besteht kein inhaltlicher Beratungsbedarf mehr. Rein formal wurde auch in der Ausschussberatung bei der Behandlung Ihres Gesetzentwurfs bereits über den Inhalt dieses Gesetzentwurfs gesprochen. Deshalb bedurfte es auch keiner Ausschussberatung mehr. Daher ist es auch, nachdem eine finanzielle Rückwirkung zum 1. September 2004 vorgesehen ist, zu Recht notwendig, dass wir heute zeitnah über dieses Gesetz befinden. Wir beantragen deshalb heute die Behandlung in Zweiter Beratung unter Tagesordnungspunkt 3 mit einer Redezeit, Herr Präsident, von fünf Minuten je Fraktion.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will bloß mit einer Mär aufräumen. Herr Hauk und Frau Berroth, ich will Ihnen sagen, wie die Ausschussberatung, auf die Sie sich berufen, im Schulausschuss verlief. Wir bekamen den Änderungsantrag – –

(Unruhe bei der CDU)

– Jetzt hören Sie doch mal zu! Wenigstens einmal zuhören; danach können Sie ja wieder Ihre Vorurteilsmeinung pflegen.

Wir bekamen den Änderungsantrag um 11 Uhr in unsere Arbeitskreissitzung geliefert,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich um 12 Uhr!)

(Zeller)

– Sie um 12 Uhr. Wir bekamen ihn um 11 Uhr. Die Landtagsverwaltung hat ausdrücklich die Uhrzeit mit vermerkt.

Um halb zwölf Uhr hatten wir ein Fachgespräch, konnten also im Arbeitskreis diesen Antrag gar nicht mehr beraten. Wissen Sie, wie die Ausschussberatung lief?

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Sie sind ja nicht mehr im Schulausschuss, wissen aber immer über alles am besten Bescheid. Das ist mir schon klar. – Wissen Sie, wie die Ausschussberatung lief? Wir hatten Fragen an die Verfasser dieses Änderungsantrags zu unserem Gesetzentwurf, an die Kollegen der CDU und der FDP/DVP. Auf unsere Fragen konnten die Verfasser keine Antwort geben.

(Abg. Wacker CDU: Stimmt doch gar nicht! Das ist nicht wahr, Herr Zeller!)

Selbstverständlich musste dann die Regierung antworten. Es war also keine ordentliche Beratung möglich. Deswegen haben wir uns als Fraktion geweigert, im Ausschuss an der Abstimmung über Ihren Änderungsantrag teilzunehmen, weil ein solches Verfahren, wie Sie es praktiziert haben, jedem parlamentarischen Brauch widerspricht. Das ist die Art und Weise, wie Sie im Parlament mit der Opposition umgehen. Das lassen wir uns nicht bieten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur Entscheidung.

Ich schlage vor, über beide Punkte gleichzeitig abzustimmen. Zunächst geht es um die Abkürzung der Frist zwischen Erster und Zweiter Beratung nach § 50 der Geschäftsordnung. Zweitens geht es darum, dass wir die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/3608 nach § 78 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die heutige Tagesordnung setzen.

Wer für diese beiden Anträge ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist mehrheitlich so beschlossen. Die Frist ist abgekürzt, und der Punkt wird auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Wo soll dieser Punkt eingefügt werden? –

(Abg. Hauk CDU: Als neuer Tagesordnungspunkt 3! – Abg. Drexler SPD: Als Punkt 12! Dann müsst ihr wenigstens alle dableiben! – Heiterkeit)

Der richtige Platz wäre Punkt 3 der Tagesordnung. Sind Sie damit einverstanden?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Es wurde beantragt, diesen Punkt als neuen Punkt 3 auf die Tagesordnung zu setzen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Punkt wird also als neuer Tagesordnungspunkt 3 aufgerufen.

Wir müssen noch die Redezeit festlegen. Fünf Minuten, gestaffelt?

(Abg. Hauk CDU: Ich habe fünf Minuten beantragt, Herr Präsident! – Abg. Drexler SPD: Drei Minuten, gestaffelt, wären besser!)

Fünf Minuten? – Kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Sprachförderung im Vorschulalter – Drucksache 13/2883

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war gestern Abend bei einer Veranstaltung in Ulm. Dort hat mir eine Schulleiterin von einem ihrer Schüler berichtet, einem 15-jährigen Hauptschüler türkischer Abstammung, der sich in seinem letzten Schuljahr befindet und ein Sprachniveau hat, bei dem schon jetzt deutlich ersichtlich ist, dass er weder auf dem Ausbildungs- noch auf dem Berufsmarkt eine Chance haben wird. Dieser Junge ist kein Einzelfall. Deshalb ist das Thema Sprachförderung und die Notwendigkeit, Kinder von Anfang an bestmöglich beim Erwerb der deutschen Sprache zu unterstützen, eine der zentralen Bildungsherausforderungen dieses Landes.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Bisher kommt die Landesregierung dieser bildungspolitischen Herausforderung nur sehr unzureichend nach. An Zahlen möchte ich Ihnen deutlich machen, welcher Handlungsbedarf hier wirklich besteht.

Nach Aussage der Landesregierung tritt jedes vierte Kind in Baden-Württemberg mit einer verzögerten Sprachentwicklung in der Schule an. Meine Damen und Herren, um Ihnen das in Zahlen deutlich zu machen: Das sind bei insgesamt 350 000 Kindern im Kindergartenalter 87 500 Kinder in Baden-Württemberg, die ihre schulische Bildungslaufbahn mit schlechten Startchancen antreten. Das ist ein unhaltbarer Zustand!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die Landesregierung selbst schreibt – und diese Haltung unterstützen wir nachdrücklich –, dass Sprache der Schlüssel zur Bildung, zur beruflichen, zur gesellschaftlichen Teilhabe, zur Integration ist. Aber welche Handlung lassen Sie denn dieser Erkenntnis folgen? Sie kündigen an, es werde jetzt eine ganzheitliche Sprachförderung geben. Der Ministerpräsident hat bereits im Juli des Jahres 2002 den Kommunen versprochen, das Land werde sich daran beteiligen. Was bieten Sie jetzt in diesem wichtigen Bereich? Sie bieten ein Alibiprogrammchen der Landesstiftung, das viel zu spät ansetzt und viel zu wenige Kinder erreicht.

(Beifall bei der SPD)

(Marianne Wonnay)

Von den 87 500 Kindern, die Sie erreichen müssten, denen Sie helfen müssten, erreichen Sie noch nicht einmal jedes siebte Kind.

(Abg. Döpfer CDU: A wa! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Skandal!)

Nur 11 000 Kinder haben Sie erreicht. Sie setzen im letzten Jahr vor der Schule an, obwohl Ihnen alle Anhörungen, auch hier in diesem Haus, zeigen und alle Wissenschaftler sagen, dass die beste Zeit, Kinder zu fördern, der Start der Kindergartenzeit ist, weil es genau zwischen dem dritten und dem vierten Lebensjahr ein Fenster in der Sprachentwicklung gibt, das die bestmögliche Sprachförderung gewährleistet. Genau diese Zeit lassen Sie aber verstreichen, indem Sie bisher ausschließlich auf das zu spät einsetzende Programm der Landesstiftung setzen. Das ist der falsche Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können es uns als ein Land, das fundamental auf das angewiesen ist, was in den Köpfen der Menschen ist, schlichtweg nicht leisten, dass ein Viertel eines Kinderjahrgangs ihre Bildungspotenziale nur unzureichend ausnützen und deshalb mit schlechten Chancen in ihre zukünftige Bildungslaufbahn hineinlaufen. Wir können es uns nicht leisten, die Bildungspotenziale bei 25 000 Kindern pro Jahr nicht auszuschöpfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können uns das bei keinem einzigen Kind leisten, und deshalb muss die Landesregierung bei dieser Aufgabe endlich einmal vorangehen und ein Konzept vorlegen, das dieser Herausforderung gerecht wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Brunnermer.

Abg. Elke Brunnermer CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Immer, wenn wir hier über das Thema Sprachförderung reden, stellen wir drei Dinge fest. Erstens: Die Sprache spielt die zentrale Rolle für die Entwicklungschancen eines Kindes. Zweitens: Je später mangelnde Sprachfähigkeit behandelt wird, desto schwerer ist es. Und drittens: Lern- und Entwicklungsprozesse müssen nicht nur möglichst früh beginnen, sondern müssen vor allem in den Familien gefördert werden. Erzieherinnen und Lehrer können nur schwer das nachholen, was in den Familien versäumt wird. Daher brauchen wir eine aktive Rolle der Eltern bei der Entwicklung der Sprachfähigkeit ihrer Kinder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

So steht es heute auch in dem Artikel „Früh übt sich“ in der „Stuttgarter Zeitung“.

Wir brauchen eine intensive und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller, die für die Erziehung und Bildung von Kindern Verantwortung tragen. Wir brauchen ein durchgängiges Konzept, das Vorhandenes aufgreift, vernetzt und weiterentwickelt. Ein solches Konzept zur ganzheitlichen Sprachförderung im vorschulischen Bereich wurde von der interministeriellen Arbeitsgruppe entwickelt.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wann wird es denn umgesetzt?)

Jetzt wird mit allen über die Finanzierung zu reden sein.

(Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe werden in den „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung in Tageseinrichtungen für Kinder“ integriert. Dabei spielt die Sprachförderung eine zentrale Rolle.

Auch die neue Konzeption der Erzieherinnenausbildung hat diesen wichtigen Bereich aufgegriffen und bei der Sprachförderung, der Entwicklungsdiagnostik und der Integration einen Schwerpunkt gesetzt. Ferner wurde der Bildungsauftrag ausdrücklich in das neue Kindergartengesetz aufgenommen und die ganzheitliche Sprachförderung besonders hervorgehoben.

Damit ist doch klar: Kinder müssen vom Eintritt in den Kindergarten an altersgerecht und individuell in ihrer Sprachentwicklung gefördert werden. Durch die intensive Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule werden Schwächen rechtzeitig erkannt und wirksame Unterstützungsmaßnahmen eingeleitet und sinnvoll fortgeführt. Wir haben den „Schulanfang auf neuen Wegen“. Er ist ein Markenzeichen und ein wertvolles Projekt, das individuelle Lernentwicklungen berücksichtigt und auf die unterschiedlichen Fähigkeiten einzelner Kinder eingeht. Damit gelingt der Einstieg in die Schullaufbahn, und die Startchancen der Kinder werden frühzeitig verbessert.

Dieses frühzeitige Handeln, meine Damen und Herren, ist sehr, sehr wichtig. Immer wieder ist zu hören – und das ist uns allen klar –: Je später man mit der Sprachförderung anfängt, umso schwieriger, umso langwieriger wird es. So ist es nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, den Kindern frühzeitig zu helfen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Macht es doch!)

Es ist auch ein Gebot der Wirtschaftlichkeit und dient der Schonung der öffentlichen Ressourcen, wenn wir so frühzeitig wie möglich an individuelle Sprachprobleme herangehen.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir haben seit Jahren Maßnahmen im vorschulischen und schulischen Bereich. Denken Sie an Grundschulförderklassen, Sprachförderklassen und an die Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe, kurz HSL genannt. Die Landesstiftung fördert seit 2003 im Rahmen ihres Projekts „Sprachförderung im Vorschulalter“ Kinder mit intensivem Sprachförderbedarf. Nicht weniger als 11 000 Kinder werden bisher gefördert. Die zweite Runde ist zurzeit in modifizierter Form ausgeschrieben. So können bald noch mehr Kinder erreicht werden.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir haben das Problem erkannt und rechtzeitig gehandelt. Vieles ist schon umgesetzt und wirksam. Das zeigt übrigens auch die IGLU-Studie, die den Grundschulen in Baden-Württemberg ein ausgezeichnetes Zeugnis ausgestellt hat. Weitere Schritte

(Elke Brunnemer)

sind vorgesehen. Denn nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Aber für unsere Fraktion stellt sich dabei auch immer wieder die Frage: Wie kann das finanziert werden? Daher sollten wir, wenn es die Ressourcen zulassen, diesen Bereich weiter ausbauen und Mittel umschichten.

Wir haben hier eine große Chance zu nutzen. Das ist eine Chance, die sich dann, wenn sie konsequent genutzt wird, für die betroffenen Kinder ein Leben lang auszahlt. Hier gilt in besonderer Weise: Der künftige Wohlstand unseres Landes hängt ganz entscheidend davon ab, dass wir Bildung, Ausbildung und Fortbildung fördern. Anders gesagt: Was wir in Bildung investieren, das investieren wir in eine gute Zukunft unseres Landes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Schüle CDU: Sehr gut! Hervorragend!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bildung ist die soziale Frage unserer Zeit. Denn wer schon vom Start weg keine Chancen oder nicht die gleichen Chancen wie die anderen hat, hat keine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft, in unserer Arbeitswelt, in unserer globalisierten Welt. So viel dürfte, glaube ich – da gab es am Anfang auch einhelligen Beifall –, unbestritten sein.

Die Antwort der Landesregierung auf die vorliegende Große Anfrage der SPD hat sehr deutlich gemacht, dass wir Bildungspolitik eben nicht, wie es hier manchmal leider passiert, auf die Frage von Lehrerzahlen, Deputatsstunden usw. reduzieren dürfen. Vielmehr müssen wir den Bildungsbegriff sehr viel breiter auch als soziales Thema behandeln, und zwar schon vor Schulbeginn und übrigens auch nach Schulabschluss, nämlich als lebenslanges Lernen. Darin sind wir uns, glaube ich, alle einig.

Der Spracherwerb spielt natürlich eine zentrale Rolle. Denn ohne Sprache sind schlicht und einfach keine Kommunikation, kein Lernen und auch keine soziale Integration möglich. Dies gilt nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund, sondern zum Beispiel auch für Kinder, die in einer Einzelkindfamilie aufwachsen. Darüber sind wir uns, glaube ich, auch alle einig.

Deswegen kommt es darauf an, schon den Beginn des Spracherwerbs in der Familie zu fördern; Frau Brunnemer, da bin ich mit Ihnen völlig einig. Auch da wissen wir, ohne irgendwelche Schuldzuweisungen vornehmen zu wollen, dass zum Beispiel bei Doppelverdienern, bei Menschen, die abends gestresst nach Hause kommen, das, was früher in einem großen Familienverband selbstverständlich war – dass man gemeinsam noch etwas liest, dass man vorliest, dass man Geschichten erzählt, gemeinsam singt –, möglicherweise eben nicht mehr der gesellschaftlichen Realität entspricht.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Deswegen darf diese Funktion oder diese Aufgabe der Familie niemals im Gegensatz zu zusätzlichen Maßnahmen gesehen werden, sondern nur im Zusammenspiel mit ihnen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen Punkt besonders herausstellen. Denn bei allem, was wir sagen, müssen wir natürlich auch an den Haushalt denken. Das ist völlig klar. Denn ohne Geld wird vieles nicht zu realisieren sein.

Gerade, was den Bereich Familienbildungsstätten betrifft, möchte ich mit Blick auf die Haushaltsberatungen schon jetzt sagen: Wenn Sie sich einmal die Programme, die Arbeit dieser Familienbildungsstätten anschauen, erkennen Sie, dass damit genau diese familienunterstützende Arbeit geleistet wird – übrigens mit wenig Geld vom Land. Deswegen wird es beim schönen Wort vom Umschichten künftig gerade im Sozialetat an solchen Stellen zum Schwur kommen. Da wird sich zeigen, ob man bei kleinen Maßnahmen wieder einsammelt und nicht an die großen Themen herangeht. Ich verweise auf die gestrige Diskussion.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmiedel: Konkret, was meinen Sie?)

– Ich verweise auf das Thema Landeserziehungsgeld.

(Abg. Schmiedel SPD: Wollen Sie es abschaffen? Raus damit!)

Da sagen Sie: „Ja, wir brauchen das alles, aber alles zusätzlich.“ Das wird eben nun einmal nicht gehen. Deswegen müssen wir auch an dieser Stelle darüber reden.

Zu den Kindertageseinrichtungen, speziell den Kindergärten wurde auch schon gesagt: Wir haben diesen Bildungsauftrag – er bestand schon immer – bei der letzten Novellierung des Kindergartengesetzes noch konkretisiert. Nun kommt es natürlich darauf an, dass wir diesen Auftrag auch tatsächlich in die Realität umsetzen. Dazu sind zwei Voraussetzungen genannt worden, auch in der Antwort der Landesregierung. Man sollte nun nicht so tun, als hätte sich da in letzter Zeit überhaupt nichts entwickelt. Daran wird gearbeitet. Manchmal gilt eben: „Gut Ding will Weile haben.“ Aber manchmal wird einem die Weile ein bisschen lang.

Der erste Punkt lautet jedenfalls: Erzieherinnenausbildung. Denn wenn wir uns einig sind – wir sind uns wohl einig –, dass für die Mehrzahl der Kinder zunächst einmal die ganzheitliche Integration des Spracherwerbs in den Kindergartenalltag zentral wichtig ist, dann muss im Bereich der Erzieherinnenausbildung diesem Thema natürlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Wer wie ich als Jugendzahnarzt ab und zu in Kindergärten kommt, der sieht, dass da auch heute schon sehr viel getan wird. Man soll nicht so tun, als müssten wir da an jeder Stelle das Rad neu erfinden. Aber aus den vielen Einzelmaßnahmen, die schon vom Land, von den Kommunen, von den Erzieherinnen und von den Eltern in Eigenverantwortung gemacht worden sind, können wir doch Schlüsse für ein stimmiges Gesamtkonzept ziehen, das wir dann gemeinsam mit den Trägern, den Erzieherinnen und den Eltern umsetzen müssen.

(Dr. Noll)

Unbestritten bleibt aber, dass es immer einen Teil von Kindern geben wird, die einen besonderen Förderungsbedarf haben. Dieser wird möglicherweise sinken, wenn wir ganzheitliche Spracherziehung im Rahmen der musischen Bildung, der Bewegungsbildung und, und, und zustande bringen. Trotzdem, glaube ich, wird man nicht um solche Sondermaßnahmen herumkommen. Da haben wir nun – jetzt mag man sagen, das sei viel zu wenig – immerhin einen Einstieg über die Mittel der Landesstiftung geschafft. Das ist ein lernendes System, wo wir versuchen wollen, aus den Erfahrungen, die wir bisher gesammelt haben, ein Konzept für die Zukunft zu entwickeln. Ich sage hier aber auch noch einmal: Wenn wir die Kommunen verpflichten, dann müssen wir irgendwo Farbe bekennen, wie wir solche Fördermaßnahmen künftig finanzieren wollen. Die Träger müssen mit im Boot sein, und das Land muss meiner Meinung nach auch finanziell mit im Boot bleiben.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber Sie gehören schon der Regierung an?)

– Das ist ein Appell an uns selber, den begonnenen Weg gemeinsam weiterzugehen und an keiner Stelle Tabus aufzurichten und zu sagen: Nur da kann es gehen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Konkret! Was wollen Sie denn?)

Letzte Bemerkung, weil das häufig auch in der Öffentlichkeit falsch gesehen wird: Es gibt natürlich noch einen dritten Teil. Das ist der Bereich, wo durch drohende oder schon manifeste Entwicklungsverzögerungen Behinderungen und Defizite vorhanden sind. Dieser Bereich ist nicht originäre Aufgabe der Landesstiftung, sondern dafür haben wir im Land das gute Netz der Frühförderstellen, auch mit Landesförderung. Ich weise darauf hin, dass es bei Haushaltsberatungen darauf ankommen wird, auch da mit relativ geringem Zuschuss dafür zu sorgen, dass dieses gute Netz für solche Kinder, die aufgrund psychischer oder körperlicher Defizite besonderer Behandlung – übrigens dann ärztlich verordneter Behandlung – und nicht einfach der Sprachförderung bedürfen, von den Erzieherinnen und den Eltern angenommen werden muss. Wenn die Erzieherinnen erkennen, dass eine solche besondere Behandlung erforderlich ist – da sind wir wieder beim Thema Erzieherinnenausbildung –, sollten sie rechtzeitig solche Maßnahmen einleiten.

Zusammenfassend: Wir haben viele positive Ansätze. Sicherlich ist nichts so gut, dass es nicht noch besser werden könnte. Ich glaube, wir sind da gemeinsam auf einem richtigen Weg. Ich jedenfalls bin froh, dass dieses Thema jetzt verstärkt in den Blickpunkt der Bildungs- und Sozialpolitiker gerückt ist; denn ich glaube, es darf nicht zu einer auf einen Punkt fokussierten Diskussion kommen.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Letzter Punkt: Auch bei dem Thema Gewaltprävention geht es wieder um die Frage: Wo setzen wir Gelder zielgenau ein, um nicht später, wenn die Kinder in den Brunnen gefallen sind, mit sehr viel mehr Mitteln wieder reparieren zu müssen? Jeder weiß aus den Modellen zur Gewaltprävention, dass häufig da, wo eine verbale Auseinandersetzung nicht mehr möglich ist, die Fäuste fliegen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: „Fäuste fliegen“! – Zuruf von der SPD: Was fliegt hier?)

Das ist ein sehr ganzheitliches Thema.

Aber schöne Worte nützen nichts. Wir müssen weiter an der Umsetzung arbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Sprachförderung im Vorschulalter“ kann man auch unter der Überschrift „Der Kindergarten ist das Tor zur Bildung“ diskutieren. Die Sprache ist der Schlüssel für die Bildung, und deshalb kann das Thema Sprachförderung nicht unabhängig vom Bildungsauftrag und den Bildungszielen in den Kindertageseinrichtungen diskutiert werden. Selbstverständlich sind für die Bildung nicht nur Erzieherinnen, Lehrerinnen und die Träger verantwortlich, sondern natürlich sind auch die Eltern bei der Bildung gefordert. Die Kindertageseinrichtungen müssen aktiv auf die Eltern zugehen, sofern sie es noch nicht tun.

Die Ausgangssituation ist bekannt: Mangelnde Deutschkenntnisse und mangelnde Artikulationsfähigkeiten von Kindern beim Schuleintritt sind heute keine Ausnahme. Sprachliche Defizite haben aber nicht nur Kinder, die keinen Kindergarten besucht haben, sondern vor allem Kinder, die einen Kindergarten besuchen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

95 % der Kinder zwischen drei und sechs Jahren besuchen einen Kindergarten, trotzdem kommen 80 % aller ausländischen und sogar fast 30 % der deutschen Kinder mit Sprachdefiziten in die Schule.

Deshalb muss vor allem eher über eine Verbesserung der Sprachförderung und der Qualität im Kindergarten nachgedacht werden als über einen verpflichtenden Besuch.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Eine Kindergartenpflicht bei gleich bleibenden, schlechten Bedingungen würde in diesem Fall keine Verbesserung bringen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wie Recht sie hat!)

Der Kindergarten ist das Tor zur Bildung. In unserer Gesellschaft entscheidet Bildung über die Möglichkeit der Gestaltung des eigenen Lebens. Bildung beginnt nicht erst am Tag des Schulbeginns oder ein Jahr bevor man in die Schule kommt, sondern sie sollte am ersten Tag, an dem ein Kind den Kindergarten besucht, beginnen. Wenn man den Kindergarten als „Bildungsgarten“ sieht, der sich immer mehr zu einem Ort des spielerischen Lernens entwickelt, dann müssen folgende Punkte berücksichtigt werden:

Zum einen müssen der Bildungsauftrag und die Art der Sprachförderung klar definiert und weiterentwickelt werden. Kultusministerin Schavan und Sozialministerin Gönner

(Brigitte Lösch)

haben am 30. Juli eine Vereinbarung für einen Orientierungsplan für Kindertageseinrichtungen vorgelegt, der im kommenden Jahr starten soll. Da muss man jetzt genau hinhören: Sie haben nicht den Orientierungsplan selbst vorge stellt, sondern nur die Vereinbarung, dass es einen Orientierungsplan geben soll,

(Abg. Zeller SPD: Die Ankündigung für einen Plan!)

dessen Implementierung immerhin schon im Sommer 2005 starten soll. Wie er konkret aussehen soll, wissen wir noch nicht.

(Abg. Schmiedel SPD: Das wissen auch die beiden noch nicht!)

Wir wissen aber, dass die Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe „Sprachförderung im Vorschulalter“ in diesen Orientierungsplan integriert werden sollen.

Jetzt kommen wir zum Thema „interministerielle Arbeitsgruppe“: Solche Arbeitsgruppen ähneln ja oftmals dem berühmten Bermudadreieck. In diesem Zusammenhang sollte man sich tatsächlich einmal überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, eine Zusammenführung der Zuständigkeiten für Bildung von Kindern und Jugendlichen in nur einem Ministerium vorzunehmen. Es muss kritisch hinterfragt werden, ob es sinnvoll ist, die Zuständigkeit für die Erzieherinnenausbildung und jetzt auch die Erstellung des Orientierungsplans beim Kultusministerium, die Zuständigkeit für das Kindergartengesetz jedoch beim Sozialministerium zu verankern.

Zweitens: Wir brauchen ein ganzheitliches Sprachförderkonzept, das vom originären Bildungsauftrag des Kindergartens abgeleitet wird: Sprachförderung von Beginn an. Das bedeutet grundlegende Sprachförderung für alle – ca. 400 000 Kinder besuchen einen Kindergarten – und ergänzende Sprachförderung für ca. 60 000 Kinder. Unter diesen 60 000 Kindern, die eine ergänzende Sprachförderung brauchen, sind dies ca. 75 % der Kinder mit Migrationshintergrund und 80 % der Kinder von Aussiedlern.

Was muss man jetzt tun? Es gibt im Augenblick zwei Sprachförderkonzepte, die in Landesprogramme umgesetzt sind. Zum einen ist das Sprachförderung von Kindergartenkindern über HSL-Mittel – also Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen – und zum anderen die Sprachförderung im Vorschulalter über die Landesstiftung, die aber nur fünfjährige Kinder betrifft. Im Prinzip ist das alles Flickwerk.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist doch ein Beginn!)

Wir brauchen ein ganzheitliches Sprachförderprogramm aus einem Guss.

(Beifall bei den Grünen)

Dazu ist es notwendig, dass das Förderprogramm, das aus HSL-Mitteln gespeist wird und im Augenblick ca. 27 000 Kinder umfasst, erweitert wird – und zwar über die Kinder mit Migrationshintergrund hinaus. Im Augenblick betreffen diese HSL-Mittel nur Kinder mit Migrationshintergrund.

Erforderlich sind diese Maßnahmen auch für deutsche Kinder, worunter nämlich auch Kinder von Aussiedlern fallen.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das Land bezuschusst dieses Programm im Augenblick mit 1,5 Millionen € Eine Ausweitung ist dringend notwendig.

Der dritte Punkt betrifft die Erzieherinnen. Wenn der Kindergarten ein „Bildungsgarten“ ist und diese Bildungsziele verankert werden sollen, dann müssen natürlich auch die Erzieherinnen dafür fit gemacht werden. Dazu brauchen wir eine umfassende Reform und nicht bloß ein Reförmchen der Erzieherinnenausbildung. Herr Kollege Noll, Sie sind ja Mitglied

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nicht in der Arbeitsgruppe!)

einer Regierungsfraktion. Ich würde mich freuen, wenn Sie mit dem gleichen Enthusiasmus, den Sie gerade bei Ihrer Rede gezeigt haben, auch bei der Landesregierung darauf hinarbeiten würden, dass wir eine umfassende Reform bei der Erzieherinnenausbildung bekommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Ursula Haußmann SPD: Enthusiasmus hat er schon, aber die Inhalte fehlen bei Herrn Noll!)

Neben der Erzieherinnenausbildungsreform sind natürlich auch die Weiterqualifizierung und die Fortbildung der Erzieherinnen wichtig. Wir brauchen ein Fortbildungsprogramm und ein Weiterqualifizierungsprogramm, an dessen Kosten sich das Land beteiligen muss. Es kann nicht sein, dass das Land einen Orientierungsplan inklusive Sprachförderungsprogramme beschließt und die Kommunen mit den Kosten allein lässt. Das Land muss sich an den Kosten beteiligen und kann sie nicht an die Kommunen delegieren.

Also, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir warten auf das ganzheitliche Sprachförderprogramm, wir warten auf die Inhalte und die Leitlinien des Orientierungsplans.

Es ist nicht mit der Aussage getan, dass ein Orientierungsplan modellhaft bis zum Jahr 2010 implementiert werden soll. Das Thema Sprachförderung darf jetzt nicht noch einmal fünf Jahre aufgeschoben werden, sondern bis Sommer 2005 muss eine flächenhafte Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg starten. Sie darf nicht erst 2010 beginnen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es freut mich sehr, dass nun – es ist erst ein paar Jahre her – alle davon überzeugt sind, dass Bildung nicht erst in der Schule beginnt. Ich möchte daran erinnern, dass noch Mitte der Neunzigerjahre in Deutschland generell eine völlig andere Philosophie vorherrschend war und dass es damals, als wir über den „Schulanfang auf

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

neuen Wegen“ gesprochen haben – das war ja die Eröffnung einer neuen Debatte –, viel Konflikt und Empörung gegeben hat.

Nach PISA hat sich das alles geändert, und ich glaube, dass es zu den größten Defiziten des deutschen Bildungswesens der letzten 30 Jahre gehört, das Alter zwischen drei und sechs Jahren nicht zu nutzen, und darin auch die tiefste Quelle für Chancengerechtigkeit in unserem Bildungswesen liegt.

Insofern will ich das jetzt auch überhaupt nicht vertiefen. Da gibt es mittlerweile quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien in allen 16 Ländern Konsens.

Nun ist die Frage: Wie fangen wir es an,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! Wie fangen wir es an?)

und welche Schritte sind notwendig, um also die Erkenntnisse, die wir jetzt haben – aus der Entwicklungspsychologie, aus der Hirnforschung, vor allem auch aus den Untersuchungen zur Sprachentwicklung –, zu nutzen?

Da möchte ich zunächst darauf hinweisen, dass das kein besonderes Problem Baden-Württembergs ist: „Jedes vierte Kind“ – das ist ja ein Satz, den ich seit Jahren immer wiederhole, der auf medizinischen Untersuchungen in Göttingen und in Mainz basiert; das ist ein generelles Phänomen in Deutschland; wir wissen in Wirklichkeit natürlich nicht genau, ob sich das gleichmäßig auf alle 16 Länder aufteilen lässt, aber ich glaube, den Richtwert sollten wir einfach mal so annehmen – „hat eine sprachverzögerte Entwicklung am Schulbeginn.“ Dann muss aber auch – und da bitte ich herzlich um Unterstützung – sofort hinzugefügt werden: Wer glaubt, durch noch so flächendeckende Angebote des Staates allein würde sich dies ändern, irrt. Die tiefste Ursache ist etwas, was jede Familie betrifft und was man auch deutlich machen muss: dass mit Kindern mehr gesprochen werden muss.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Es trifft nicht allein Kinder mit Migrationshintergrund.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Natürlich nicht!)

Es trifft nicht allein so genannte Unterschichtkinder. Es geht vielmehr quer durch die Gesellschaft. Deshalb ist das Thema Sprache wirklich ein Thema, das wir transportieren müssen.

(Abg. Schmiedel SPD: Nichts Neues! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Auch wenn es nichts Neues ist, ist es trotzdem wichtig!)

– Darf ich einfach trotzdem ein bisschen reden? Okay. Gut.

Wenn man will, dass Reformen greifen, dann muss auch im Rest der Gesellschaft die Bereitschaft vorhanden sein, das, was reformiert werden soll, mitzutragen. Sonst nützt das alles überhaupt nichts.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Deshalb ist in der Tat der erste wichtige Punkt – und der wird auch in diesem Orientierungsplan eine Rolle spielen – Hilfestellung und Unterstützung für Familien, um für dieses Thema Sprache und Sprachentwicklung sensibler zu machen.

Zweiter Punkt in diesem Zusammenhang: Sie haben vom „Alibiprogramm der Landesstiftung“ gesprochen. Darüber haben wir ja nun schon so oft so heftig gestritten, dass ich das jetzt gar nicht mehr aufdrehen will. Ich sage Ihnen vielmehr ganz ruhig und gelassen: Baden-Württemberg hat durch die Landesstiftung

(Abg. Junginger SPD: Ein Haushaltsproblem!)

als erstes Land in Deutschland die Möglichkeit gehabt, einen großen Teil der betroffenen Kinder zu fördern. Das ist nicht genug, das ist nicht alles,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Es ist immer nicht genug!)

aber das ist zu einem frühen Zeitpunkt die Möglichkeit zu einem Einstieg gewesen. Wenn Sie davon ausgehen, dass eine erste Jahrgangsstufe in Baden-Württemberg etwa 100 000 Kinder umfasst, und wenn jedes vierte dieser Kinder der Sprachförderung bedarf, dann müssten 25 000 Kinder gefördert werden. Tatsächlich befinden sich derzeit 11 000 Kinder in dieser Förderung. Das ist nicht genug; das betrifft auch nicht alle drei Jahrgänge – mit all dem bin ich völlig einverstanden. Aber es ist ein ganz wichtiger Ansatz, der nun läuft, der uns hilft, Erfahrungen zu sammeln, und der die Frage der Verbindung mit dem Alltag des Kindergartens auch jetzt schon aufwirft. Insofern bin ich sehr dankbar dafür, dass wir diesen Einstieg haben, dass wir Erfahrungen sammeln und dass wir damit an vielen Stellen im Land – ich glaube, es sind insgesamt 900 Antragsteller gewesen – für dieses Thema mehr haben sensibilisieren können als in der Vergangenheit.

Dritter Punkt: die Erzieherinnenausbildung. Wir haben eine Reform der Erzieherinnenausbildung hinter uns

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja, ja!)

– ja, ich sage gleich etwas dazu –, mit einem neuen Berufskolleg, mit einem Schwerpunkt Sprachförderung; wir haben ein Konzept zur Weiterbildung von Erzieherinnen mit Blick auf die Sprachförderung. Jetzt gibt es manche, die sagen, das reiche nicht, wir brauchten in Deutschland eine akademische Bildung für Erzieherinnen. Dann frage ich zurück:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Die muss Kant lesen können! Das ist wichtig!)

Heißt das, dass wir künftig sagen: „Erzieherin kann nur werden, wer Abitur hat“? Und ich frage Sie: Glauben Sie eigentlich wirklich, dass eine Ebene der Hochschule – und nicht des Berufskollegs – und eine damit verbundene Akademisierung, wie wir sie im Bereich der Grundschule haben, der richtige Weg ist, um künftig Erzieherinnen auszubilden? Das heißt, ich argumentiere überhaupt noch nicht finanziell, sondern ich bitte Sie, das in Ihren Arbeitskreisen einfach einmal zu überlegen. Ist es wirklich unser Konzept der Zukunft, zu sagen: „Nur wer Abitur macht, kann Erzieherin werden“?

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein!)

– So. Und nun kommt natürlich der nächste Schritt: Sie wissen alle – –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wer hat das je gefordert?)

– Die Diskussion gibt es, Herr Kretschmann, das ist doch klar. Denn was ist die Alternative? Wir können gerne darüber reden, ob das Konzept des Berufskollegs verändert werden muss. Aber die Alternative, für die manche plädieren, ist das Fachhochschulstudium.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

– Natürlich, das ist die Alternative. Und ich bitte, einmal zu bedenken, was das für junge Leute mit einem mittleren Abschluss heißt. Wir machen wieder eine Tür zu. Wir erklären wieder ein Berufsfeld für nicht zugänglich für die, die einen mittleren Bildungsabschluss haben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Dazu kommen die finanziellen Fragen. Unterhalten Sie sich mit Ihrem jeweiligen Bürgermeister doch einmal darüber, wie sie Vorkehrungen für den Fall treffen wollen, dass künftig Hochschulabsolventen, die sich um eine Stelle bei der Kommune oder bei den Kirchen bewerben, in einer völlig anderen Gehaltsstufe anfangen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist das Problem!)

Was will ich damit sagen? Ich finde, wir müssen das realistisch sehen. Was wollen wir – und ich werde hier immer wieder einmal nachfragen – im Hinblick auf Zukunfts- und Berufschancen junger Leute mit mittlerem Abschluss, und was können wir leisten?

Damit bin ich beim Konzept der interministeriellen Arbeitsgruppe. Auch da rede ich überhaupt nicht darum herum. Das ist das Konzept in Langfassung.

(Die Rednerin hält ein Dokument hoch.)

Das liegt vor, und da ja alles irgendwo vorliegt, haben vermutlich auch Sie es längst. Es liegt seit Juli vor.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Seit März!)

Wir brauchen jährlich 6 Millionen € um dieses Konzept in allen seinen Teilen umzusetzen. Wenn nun alle sagen, das sei etwas ganz Wichtiges, kann man ja versuchen, es in die Haushaltsberatungen aufzunehmen.

(Abg. Zeller SPD: Wir sind dabei!)

Ich habe bisher nicht den Eindruck gehabt, dass diese 6 Millionen € aufgebracht werden können.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nicht zusätzlich!)

– Und wenn Sie sagen „nicht zusätzlich“, dann sage man mir bitte, wo ich in meinem Hause 6 Millionen € umschichten soll. Die Formel von der „Umschichtung“ finde ich

Klasse, aber ich bitte um Ratschläge. Ich bin hier ratlos, von wo nach wo ich diese 6 Millionen € umschichten soll. Wir sind unter uns, hätte ich beinahe gesagt; wir wissen doch, wie die Lage ist. Es gibt keinen Grund, zu sagen: „Wir wollen das nicht.“ Das Konzept ist gut; das kann man machen. Es fehlen aber 6 Millionen €

Ich bin dankbar, wenn die kommen, und wenn die nicht kommen, wird das Konzept einfach noch nicht umgesetzt werden können. Manchmal sind die Dinge ganz einfach. Man muss sie ganz nah an der Wirklichkeit sehen und auch bereit sein, öffentlich zu sagen – auch ich sage das öffentlich –: Mir fehlt das Geld, um jetzt das zu tun, was wir alle für richtig halten. Sobald die 6 Millionen € da sind, geht es los.

Letzter Punkt: Orientierungsplan für Bildung und Erziehung. Das Sprachförderkonzept wird integriert werden. Es wird nicht bis 2010 gehen. Ich bin der Meinung, man muss bestimmte Elemente, was die Sprachförderung angeht, nicht nur an den Orientierungsplan binden, sondern das ist im Grunde eine Geschichte, die losgehen kann, sobald es so weit ist. Aber der Orientierungsplan geht weit darüber hinaus. Sie wissen, dass die Sozialministerkonferenz und die Kultusministerkonferenz einen Rahmen vorgegeben haben. Sogar mit Blick auf Entwicklung von Sprache sind auch andere Schwerpunkte in diesem Bereich wichtig. Denken Sie an die Frage der bewegungsfreundlichen Erziehung, an die Frage der Entwicklung musikalischer und ästhetischer Erziehung usw. Ich glaube, das wird ein guter Orientierungsplan.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Wir sind schon jetzt dabei, das sport- und bewegungsfreundliche Profil und das Singen mit Kindern von den Grundschulen in die Kindergärten vorzuverlagern. Also, 2005 liegt es vor. Auch viele Kindergärten – das ist ja der Weg zu diesem Orientierungsplan – haben schon jetzt Elemente, die sie praktizieren und in diesen Orientierungsplan einbringen.

Allerletzter Satz: Unterschätzen wir bitte nicht, was längst, und zwar durch PISA und IGLU ausgelöst, in unseren Kindergärten passiert.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Ich bin gerne bereit, allen, die daran interessiert sind, eine Liste darüber zur Verfügung zu stellen, wo überall in unseren Kindertagesstätten oder im Zusammenwirken zwischen Grundschule und Kindertagesstätten ganz innovative Projekte laufen und Sprachförderung längst im Gang ist.

(Glocke des Präsidenten)

Deshalb beginnen wir, auch wenn der Orientierungsplan vorliegt, längst nicht am Punkt null, sondern da gibt es eine gute Basis und viel Erfahrung, die in diesen Orientierungsplan einfließen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Frage der Frau Abg. Rastätter?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja, bitte schön.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Kultusministerin Schavan, ich habe noch eine Frage zur Erzieherinnenausbildung, weil Sie ja in den Debatten immer wieder fragen: Wollen wir diese Tür für junge Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss zumachen?

Wir wissen ja, dass in den meisten vergleichbaren Ländern die Erzieherinnenausbildung auf Hochschulniveau stattfindet. Für uns stellt sich doch die Frage – dazu bitte ich Sie Stellung zu nehmen –: Gibt es nicht durchaus auch eine Möglichkeit, die Berufsausbildung für Erzieherinnen am Berufskolleg beizubehalten, weil das auch realistisch ist und bei der jetzigen Quote der Absolventinnen an Realschulen Sinn macht, gleichzeitig aber als berufliche Aufstiegsmöglichkeit für Erzieherinnen, aber auch für interessierte junge Frauen mit Abitur eine Hochschulausbildung anzubieten und sie dann für Führungsaufgaben oder für besondere pädagogische Aufgaben zu qualifizieren, die dann auch den Kindergarten insgesamt als Bildungseinrichtung attraktiver machen? Wäre das nicht auch eine Möglichkeit, zweigleisig zu verfahren und damit die Qualität zu verbessern und gleichzeitig die Öffnung für den mittleren Abschluss aufrechtzuerhalten?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Zur Reform der Erzieherinnenausbildung, die wir vorgenommen haben, gehört ja, dass mit der Absolvierung des Berufskollegs in voller Breite die Fachhochschulreife erworben wird. Das ist ein erster wichtiger Schritt gewesen, um die Erzieherinnenausbildung nicht zu einer Sackgasse zu machen, sondern damit zu verbinden – zumal Erzieherinnen ja im Durchschnitt, glaube ich, maximal acht Berufsjahre in der Kindertagesstätte sind –, dass sie einen Zugang zur Fachhochschulreife ermöglicht.

In der Frage: „Bilden wir künftige Führungskräfte etwa nach einer bestimmten Anzahl von Jahren der Praxiserfahrung weiter, auch über Module an einer Fachhochschule?“ bin ich nicht dogmatisch, aber ich sage: Man muss, wenn man so etwas anbietet, wenn man einen Studiengang anbietet, fairerweise ein Berufsbild haben und muss dieses Berufsbild auch mit einer entsprechenden Bezahlung verbinden.

Ich kann nur sagen: Führen Sie, egal, wo in Deutschland – in allen 16 Ländern –, einmal Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden über die Frage, ob man sich künftig die Eingruppierung der Leiterin einer Kindertagesstätte oder von Fachberatern oder wem auch immer ganz anders vorstellen kann als bisher.

Ich sage: Das ist ein ergebnisoffener Prozess. Da wird sich möglicherweise in den nächsten zehn Jahren etwas tun. Aber meine Vermutung ist: Richtig etwas tun kann sich erst an dem Tag, an dem die wirtschaftliche Lage in Deutschland und auch die Lage der kommunalen Haushalte anders als heute ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Schlusswort hat Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Herr Präsident! Sie sehen mich etwas fassungslos und ratlos. Denn wenn ich mir die Rede der Ministerin durch den Kopf gehen lasse, dann stelle ich fest: Das war ein leidenschaftliches Plädoyer dafür, wie wichtig es ist, auf diesen Anfang zu setzen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Dann habe ich mir die Schlussfolgerung angehört, in der Sie sagen: „Wir haben eigentlich ein Konzept.“

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das passt nicht zusammen!)

Aber sagt mir doch bitte: Wo nehme ich die 6 Millionen € her?“ Dazu muss ich sagen: Das ist ein bildungspolitischer Offenbarungseid.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das hat sie nicht so ernst gemeint! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wenn PISA und die bildungspolitische Debatte der letzten Jahre uns wirklich etwas gebracht haben, dann doch die hoffentlich übergreifende Erkenntnis, dass es wichtig ist, auf den Anfang zu setzen.

(Abg. Röhm CDU: Machen wir doch!)

– Wo denn?

(Abg. Schmiedel SPD: Wo denn? – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wunschdenken! – Zuruf von der CDU: Sie haben nicht zugehört! – Abg. Wacker CDU: Zuzuhören ist auch eine Stärke, die Kinder schon im Kindergarten lernen! Eben hat die Frau Ministerin es erklärt! – Gegenruf des Abg. Göschel SPD: Das ist vielleicht ein Dreamteam! – Unruhe)

– Ich höre zu. Ach, mein Lieber! Die Lehrer können ihre Herkunft einfach nicht verleugnen.

Sie wissen genau, was notwendig wäre, aber Sie tun es nicht und belassen es bei Stückwerk. Das ist die sehr ernüchternde Erkenntnis dieses heutigen Morgens: dass wir uns alle in der Analyse einig sind, dass aber trotzdem nicht das passiert, was notwendig wäre.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Bei dem, was geschieht, will niemand bestreiten, dass da etwas in Bewegung gekommen ist. Aber es ist zu wenig. Es greift zu spät, und es erreicht zu wenige Kinder. Wir können es uns schlichtweg nicht leisten, einige Jahre zu warten, bis die Ministerin sich doch ein Herz fasst und dem Finanzminister die 6 Millionen € entreißt. Vielleicht könnten da ja auch die Koalitionsfraktionen einmal etwas dazu beitragen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann könnten die einmal etwas leisten!)

Wir haben diese Zeit nicht, denn wir können es uns nicht leisten, Jahr für Jahr Kinder mit schlechten Bildungschan-

(Marianne Wonnay)

cen aus der Schule auf ihren zukünftigen Weg zu entlassen. Das steht jetzt an, und das können Sie nicht mit dem Verweis auf Orientierungs- und Bildungspläne verschieben.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Frau Schavan, ich kenne Sie überhaupt nicht so, dass Sie einen so geringen Ehrgeiz haben. Andere Bundesländer haben jetzt schon seit Jahren ihre Erziehungs- und Bildungspläne.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ja! Genau!)

Sie haben schon erste Umsetzungsläufe und Erfahrungsauswertungen. Wir werden erst im nächsten Jahr einen solchen Orientierungs- und Bildungsplan haben. Ich hätte heute Morgen eine Aussage von Ihnen erwartet, in der Sie sagen: „Sprachförderung ist eine zentrale Aufgabe. Deshalb ziehen wir diese wichtige Zukunftsaufgabe mit einer entsprechenden Fortbildung der Erzieherinnen vor. Das ist eine Top-zukunftsaufgabe dieser Landesregierung.“ Aber das, was Sie heute Morgen von sich gegeben haben – das muss ich sagen –, enttäuscht mich.

(Zurufe des Abg. Wacker CDU und des Ministers
Köberle)

Das ist ein richtiges Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wintruff SPD: Richtig! Ein Armutszeugnis! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Lieber 6 Millionen € für Kredite!)

Jetzt gebe ich Ihnen noch etwas zum Überlegen mit. Wir wissen von der OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ 2004, die Sie ja sofort als Fundamentalkritik weit von sich gewiesen haben:

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie hat noch einmal den Finger auf die Wunde gelegt, dass wir diesen Anfang der Bildungslaufbahn trotz aller verbalen Bekundungen sträflich vernachlässigen.

(Abg. Röhm CDU: Das ist schon zwei Jahre alt!)

Wir haben in Baden-Württemberg Gruppengrößen, die im bundesweiten Vergleich wirklich „Spitze“ sind.

Wir haben Gruppengrößen von 28 und mehr Kindern. Die OECD hat uns im Ländervergleich nahe gebracht, dass genau im Elementarbereich die Gruppengrößen bei durchschnittlich 15 Kindern liegen, weil man in dieser Relation, in dieser Erzieher-Kind-Relation gute Bildungsergebnisse und eine sehr gute pädagogische Qualität erreicht, die wir uns leisten müssen. Die Landesregierung hat durch die Deckelung der Kindergartenzuschüsse die Kommunen nicht nur bei der Sprachförderung, sondern auch bei dieser wichtigen Aufgabe, kleinere Gruppen zu schaffen, kläglich im Stich gelassen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Kostet auch wieder Geld!)

Frau Schavan, eine Sternstunde war das für Sie heute Morgen weiß Gott nicht.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, die unter Tagesordnungspunkt 1 aufgeführte Große Anfrage der Fraktion der SPD ist mit dieser Aussprache erledigt.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Effizientes Zusammenwirken der Länder in der Bildungspolitik – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Es gelten die üblichen Redezeiten: 40 Minuten Gesamtdauer, fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt 1 ist zwar erledigt, aber eine kleine Bemerkung, Frau Wonnay, lassen Sie mich noch machen. An Ihnen ist in der Tat eine Missionarin verloren gegangen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Also sie ist wesentlich konkreter als Sie!)

– Es ist sehr konkret.

(Abg. Fischer SPD: Was denn? Die Aussage?)

Jetzt zur Aktuellen Debatte. Die Aktualität der von uns beantragten Debatte wird durch die jüngste Entwicklung auf dem Feld des Zusammenwirkens der Länder in der Bildungspolitik, verstanden als Schul- und als Hochschulpolitik, noch unterstrichen. Nach seiner Ankündigung, aus der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder aussteigen zu wollen, hat das Land Niedersachsen inzwischen hiermit Ernst gemacht und die Verwaltungsvereinbarung der Länder über das Sekretariat der Kultusministerkonferenz mit Wirkung zum Jahresende 2005 gekündigt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was? Wie bitte?)

Gemäß dieser Vereinbarung aus dem Jahre 1959 bedeutet dies, dass das Länderabkommen zu eben diesem Termin insgesamt außer Kraft tritt, sofern bis dahin nicht eine andere Lösung gefunden wird.

Die Kündigung Niedersachsens hat ein vielfältiges Echo ausgelöst. Der Deutsche Kulturrat hat diesen Schritt als Eröffnung der Chance zu einer grundsätzlichen Reform der Kultusministerkonferenz begrüßt. Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Peter Gaehtgens, und die frühere thüringische Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski und viele andere pflichten dem Ziel umfassender Reformen zu, haben sich allerdings zur Frage der Kündigung bisher nicht ausdrücklich geäußert. Wiederum andere verwerfen den Vorstoß Wulffs und erst recht die nun ausgesprochene Kündigung in Bausch und Bogen.

Ich begrüße grundsätzlich den Vorstoß Niedersachsens. Durch ihn ist politischer Druck entstanden. Der ist vielen ausgesprochen unangenehm. Für mich beweist das nur, dass er erforderlich ist.

(Kleinmann)

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die Frage ist nur, wie er wirkt!)

Die Kultusministerin unseres Landes – und ähnlich die Präsidentin der KMK, Ministerin Ahnen – hat zunächst einmal abwehrend darauf hingewiesen, über die Kritikpunkte bezüglich der KMK werde seit längerem in einer Arbeitsgruppe diskutiert. Dem ist so. Doch mein Kommentar: eben „diskutiert“! Das ist gerade nicht die Lösung des Problems, sondern seine recht präzise Beschreibung, Kollege Kretschmann. Es wird lange in einer KMK-Arbeitsgruppe diskutiert. Es wird lange im KMK-Plenum diskutiert und dann wieder in der Arbeitsgruppe diskutiert. Am Ende muss ein einstimmiger Beschluss des Plenums gefasst werden, der dann nur noch das kleinste gemeinsame Vielfache enthalten kann, auf das man sich einigen konnte.

(Abg. Rau CDU: Sagt Frau Pieper! Was meinen Sie, Herr Kollege?)

– Zu Frau Pieper komme ich gleich. Auf dem letzten Treffen der bildungspolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktionen in Mainz haben wir zwei Stunden lang das Thema diskutiert

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das interessiert uns aber nicht! Wir wollen wissen, was Sie öffentlich sagen!)

– darf ich jetzt, Herr Kretschmann? –,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Selbstverständlich!)

weshalb sich der Bund in die Kulturhoheit der Länder einzumischen hat. Wir haben es strikt abgelehnt, uns auch nur in irgendwelchen Punkten vom Bund, von der Bundestagsfraktion beeinflussen zu lassen.

Zu dem, was Frau Pieper sagt, sage ich nicht, was ich meine.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist auch besser! Genau! Sehr gut!)

Aber Sie wissen, dass ich davon nichts halte.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wer soll das ernst nehmen? – Unruhe)

Wenn Sie sich wirklich um Föderalismus kümmern und wenn es Ihnen ernst damit ist, die Kulturhoheit der Länder zu bewahren, und Sie der Auffassung sind, dass Landesparlamente etwas zu sagen haben sollten, müssen Sie ganz konkret dahinter stehen und sagen:

(Abg. Zeller SPD: Was wollen Sie jetzt?)

Ja, wir wollen diese Hoheit behalten, wir geben da keine Kompetenz an den Bund ab.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Caroli SPD: Dann braucht man ja gerade die KMK!)

– Lassen Sie mich das bitte einmal ausführen.

Ist es wirklich, meine Damen und Herren, des Schweißes unserer Edlen in der Kultusministerkonferenz wert, zu einem solchen Beschluss zu kommen? Vielleicht – ich weiß es nicht – war es das Einstimmigkeitsprinzip, das hier mit die Feder geführt hat.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Er hat die Realität verlassen!)

Doch vom Inhalt des Beschlusses einmal ganz abgesehen: Das behandelte Thema ist ohne jeden Zweifel wichtig. Entsprechend ist es richtig, dass sich die Kultusminister darüber austauschen. Aber gehört es wirklich zu den Bereichen, in denen es länderübergreifender Regelungen bedarf, um, wie die KMK selbst ihre Aufgabe beschreibt, ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit und Vergleichbarkeit des Bildungswesens im Bundesgebiet zu schaffen bzw. zu wahren?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Freie Rede!)

Die KMK unterhält gegenwärtig 31 Kommissionen, Hauptausschüsse und Unterausschüsse, darunter 24 ständige, in den Bereichen Schule, Hochschule, Forschung, Kultur, Film, Sport, europäische und internationale Angelegenheiten, dazu im Schulbereich zusätzlich fünf Bund-Länder-Gremien. Ein solcher Apparat, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, führt gerade zwangsläufig dazu, Themen unterschiedlichster Stellenwerte gewissermaßen aufzusaugen. Das ist in über 50 Jahren so gewachsen.

Zum Festakt, meine lieben Freunde von der SPD, aus Anlass des 50. Geburtstags der KMK im Jahre 1998 sprach der damalige Bundespräsident Roman Herzog als Festredner. An den Anfang seiner Festrede stellte er größtes Lob für die von der KMK beschlossene Ferienregelung, an die sich alle halten. Er sagte, nur einer kümmere sich um die einstimmig beschlossenen Vorgaben wenig, nämlich der Sommer selbst. Roman Herzog fuhr wörtlich fort:

Die etwas ketzerische Frage sei erlaubt: Könnte es nicht sein, dass sich noch andere Realitäten sommergleich den Regelungsversuchen der Kultusministerkonferenz entziehen?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ist das nicht eine Aktuelle Debatte? – Abg. Junginger SPD: Freie Rede! – Unruhe)

– Zitieren darf ich ja wohl noch.

An den Schluss seiner Festrede stellte er die an die KMK gerichtete Empfehlung,

sich doch manchmal ruhig etwas weniger Arbeit zu machen,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Freie Rede!)

sich gelassen zurückzulehnen und vielleicht auch einmal ungewohnt erscheinende Blüten sprießen zu lassen, ohne durch allgemeinverbindliche Rahmen- und Detailregelungen die zarten Pflänzchen sofort zu beschneiden.

(Kleinmann)

Roman Herzog hat es im Übrigen nicht versäumt, in dieser Rede, Kollege Kretschmann, auf seine zurückliegende eigene Zugehörigkeit zur KMK hinzuweisen.

Alles Weitere in der zweiten Runde.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kretschmann
GRÜNE: Jetzt wissen wir alles Mögliche, nur
nicht, was die FDP will! – Abg. Dr. Caroli SPD:
Das steht alles auf dem Blatt!)

– Das ist doch schön, was Roman Herzog sagt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir wollen ja nicht
wissen, was Herzog sagt, sondern was die FDP
meint!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wacker.

Abg. Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst einige Vorbemerkungen.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt liest der auch ab!)

– Ich habe hier nur einige Zitate, Herr Schmiedel, damit ich den ganzen Sachverhalt präzise wiedergeben kann.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Kleinmann hat
genügend zitiert! Welchen Berater zitieren Sie
denn?)

Zunächst einmal freue ich mich darüber – –

(Zurufe von der SPD)

– Ich schaue Sie ja schon an, Herr Kollege.

(Abg. Fleischer CDU: Man kann sie ja nicht immer
anschauen!)

– Genau, das ist ja mitunter auch sehr schwierig.

Ich freue mich darüber, dass die Fraktionsvorsitzenden der FDP aus den Ländern – so entnehme ich es einer Pressemitteilung – sich ganz klar gegen den Bildungscentralismus und für Bildungsföderalismus ausgesprochen haben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Ich denke, diese Aussage der Länderfürsten der FDP macht Mut,

(Abg. Schmid SPD: Das braucht man aber nicht abzulesen!)

denn dann ziehen wir in der Koalition in der Frage, wie wir das Thema „KMK und Bildungsföderalismus“ behandeln, an einem Strang.

(Unruhe)

Zweite Vorbemerkung: Es macht auch Mut und stimmt uns zuversichtlich,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Der liest genauso ab!)

dass Ministerpräsident Christian Wulff klar gesagt hat, er wolle keine Auflösung der Kultusministerkonferenz, sondern eine rasche Reform. Das begrüßen wir natürlich, weil wir auch sagen, dass wir überall dort, wo wir große Verwaltungsapparate haben, Verwaltungsabbau und eine Beschleunigung der Entscheidungsprozesse befürworten. Insofern begrüßen wir es, dass es die Kultusministerkonferenz – ich denke, daran können sich manche Länder auch ein Beispiel nehmen – geschafft hat, binnen zehn Jahren ihren Verwaltungsapparat um 10 % zu reduzieren. Ich denke, das ist ein deutliches Signal. Das darf man in diesem Zusammenhang auch als positives Zeichen werten.

Darüber hinaus freuen wir uns, dass eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde – der auch unsere Kultusministerin Annette Schavan angehört –, in der man sich durchaus darüber Gedanken macht, wie man Entscheidungsprozesse voranbringen kann, in der man auch diskutiert, das Prinzip der Einstimmigkeit beizubehalten, und in der man möglicherweise auch auf das Prinzip der Mehrheitsentscheidung überwechselt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! Sehr sinnvoll!)

Ich glaube, hier werden durchaus vernünftige Entscheidungen in die Wege geleitet. Das heißt, die Reformbereitschaft der Bundesländer ist durchaus vorhanden. Das muss man in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich betonen.

Dennoch – das sagen wir auch in aller Deutlichkeit –: Themen, die von grundsätzlichem Belang sind, wie zum Beispiel Entscheidungen darüber, wie die Hochschulzugangsvoraussetzungen zu schaffen sind, wie einheitliche Bildungsstandards zu definieren sind, müssen natürlich im Einvernehmen und letztlich auch einstimmig beschlossen werden. Wir als CDU-Fraktion sagen, das Einstimmigkeitsprinzip muss natürlich gewahrt bleiben, wenn es in der KMK um Themen von grundsätzlichem Belang geht.

Natürlich ist die Kultusministerkonferenz nicht daran schuld, wenn man bei internationalen Vergleichsstudien wie der PISA-Studie und in Ergänzung dazu bei nationalen Vergleichsstudien feststellt, dass beispielsweise Bundesländer wie Bremen oder Brandenburg dabei extrem schlecht abschneiden. Dies kann man der Kultusministerkonferenz nun wahrlich nicht zuschreiben. Aber die Kultusministerkonferenz hat es eben ermöglicht, dass solche Vergleichsstudien erstellt werden. So hat die KMK in einem Grundsatzbeschluss im Jahr 1997 beschlossen, sich den Vergleichen im Rahmen von OECD-Studien anzuschließen.

Damit begeben wir uns gleichermaßen in einen Wettbewerbsföderalismus, bei dem es im Grunde darum geht, gemeinsam etwas an unseren Bildungssystemen zu verändern. Es geht nicht nur darum, zu sagen, Baden-Württemberg schneide bei entsprechenden Vergleichen gut ab. Vielmehr begreifen wir es auch als gemeinsame Herausforderung, auf Basis der vergleichbaren Daten weiter an unserem Bildungssystem zu arbeiten.

Es gibt einige Beispiele dafür, dass in der Kultusministerkonferenz wichtige, zukunftsweisende Entscheidungen gefällt wurden. Ein Beispiel ist die Einführung länderübergreifender Bildungsstandards. Dies war eine der ersten Entscheidungen, die aufgrund der Ergebnisse der PISA-Studie

(Wacker)

gefällt wurden. Dabei sind vor allem für den Bereich der mittleren Reife einheitliche Standards in den Kernkompetenzen Mathematik, Deutsch und erste Fremdsprache beschlossen worden. Es ist schon ein besonderes Merkmal, dass Bundesländer durchaus in der Lage sind, auch parteiübergreifend zu gemeinsamen Wegen zu kommen.

Ein weiteres Beispiel: Wir haben vorhin in der Debatte über die Sprachförderung im Vorschulalter darüber gesprochen, dass gerade die KMK einen gemeinsamen Bildungs- und Orientierungsplan in die Wege geleitet hat. Mittlerweile arbeiten alle Länder daran, solche Bildungs- und Orientierungspläne einzuführen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Auch hier hat die KMK sehr früh und rechtzeitig die grundsätzlichen Entscheidungen gefällt.

Ein letztes Beispiel: Es ist meines Erachtens außerordentlich bemerkenswert, dass es der Kultusministerkonferenz unter Beteiligung aller Bundesländer gelungen ist – gerade als Konsequenz aus den internationalen Vergleichsstudien –, gemeinsam mit den Lehrerverbänden – die ja auch unterschiedlicher politischer Couleur sind, wenn ich das so sagen darf – ein Positionspapier zu entwickeln, in dem es besonders darum geht, lernschwache Schülerinnen und Schüler zu fördern und an einem System der Qualitätsmessung und Qualitätsentwicklung – Stichwort Evaluation – zu arbeiten, wobei es im Grunde um Leseförderung, Schullaufbahnregelungen und darum geht, dass Lernzeiten intensiver genutzt werden können.

Ich glaube, die KMK hat gezeigt, dass sie reformbereit ist, dass sie sich auch darauf konzentriert, Entscheidungen schnell in die Wege zu leiten. Insofern gibt es überhaupt keinen Grund, die KMK aufzulösen oder sie gegebenenfalls durch ein anderes zentralistisches Gremium zu ergänzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss nur eines sagen: Zweifelsohne versucht die Bundesregierung, sprich Bundesbildungsministerin Bulmahn, bildungspolitische Kompetenzen auf Bundesebene hochzuzonen. Wir leisten uns einen Bärendienst, wenn wir über die Grundsatzfrage KMK diskutieren. Sonderbarerweise hat sich gerade Frau Bulmahn in dieser öffentlichen Debatte sehr, sehr zurückgehalten. Sie sieht im Grunde überhaupt keinen Anlass, diese Frage zu thematisieren; denn die kritischen Stimmen arbeiten ihren politischen Zielen, ihren politischen Zwecken nur zu.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Die KMK hat übrigens, meine Damen und Herren, auch ein ganz wichtiges Signal gestellt: Ich nenne das Stichwort Ganztagschulen. Wir haben hier in vielen Debatten über die Frage diskutiert, wie das Investitionsprogramm des Bundes – die 4 Milliarden € sprich die ca. 500 Millionen € für Baden-Württemberg – umgesetzt werden soll. Es war aber die KMK, die es einvernehmlich geschafft hat, dass eine gemeinsame Verwaltungsvereinbarung erzielt wurde, damit die Länder letztlich über die Umsetzung des Programms entscheiden. Im Vorentwurf der Bundesregierung war auf diese Rücksichtnahme zunächst einmal nicht eingegan-

gangen worden. Insofern ist es auch wichtig, dass wir in Gestalt der KMK ein wichtiges Kontrollorgan gegenüber der Bundesregierung haben, auch wenn es um die Umsetzung solcher Bundesprogramme geht. Es gibt aber im Grundsatz überhaupt keinen Anlass, an der Sinnhaftigkeit der KMK zu zweifeln, weil wir den Bildungsföderalismus gerade wollen und diesen auch unterstreichen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben zum Teil schon eine absurde Debatte. Da gibt es einen frustrierten CDU-Ministerpräsidenten, der im Verbund mit einer FDP, die ein bisschen herumeiert – auf Bundesebene redet sie zum Teil anders als hier –, eine Debatte losgelöst hat, die wirklich nicht zielführend ist. Übrigens: Thomas Goppel – es ist unverdächtig, wenn ich ihn zitiere – hat Recht, wenn er von einer „verbesserungsbedürftigen Chorgemeinschaft“ redet. Damit meint er die CDU.

Der niedersächsische Ministerpräsident ist, was die Rechtsschreibreform angeht – das wissen wir –, gescheitert. Jetzt outet er sich – ich sage das ganz bewusst – als wilder Separatist, der versucht, einen eigenen Weg zu gehen. Mit seinem Vorstoß, meine Damen und Herren, der die Grundsäulen des Föderalismus zerstören würde, wird er auf unseren Widerstand stoßen und sicherlich auch nicht erfolgreich sein. Denn Bildung und Schule sind originäre Länderangelegenheiten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das soll auch so bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Seimetz CDU und Kleinmann FDP/DVP)

Im Übrigen darf ich Ihnen sagen, Herr Wacker: Sie sollten Frau Bulmahn richtig zitieren.

(Abg. Seimetz CDU: Am besten gar nicht!)

Frau Bulmahn hat die Länderzuständigkeit ausdrücklich anerkannt. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen auch die Quelle nochmals zeigen. Es gibt also überhaupt keinen Streit darüber. Der Bund versucht nicht, sich Länderkompetenzen einzuverleiben.

(Abg. Wacker CDU: Ja natürlich!)

– Es stimmt nicht, Herr Wacker. Bringen Sie einen Beleg dafür, dass Frau Bulmahn das Gegenteil davon sagt, wie Sie es hier behaupten. Es ist nicht richtig. Ich kann Ihnen nachher die Quelle nochmals zeigen.

(Abg. Wacker CDU: Juniorprofessoren, Hochschulzugang! Alles Beispiele!)

Die Kultusministerkonferenz ist eine wichtige Einrichtung, ein wichtiges Koordinierungsgremium für Bildung, Wissen-

(Zeller)

schaft, Kultur. Es geht natürlich um Qualitätssicherung, um schulartunabhängige Standards.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Leider hat die KMK hier schulartabhängige Standards geschaffen.

(Zuruf des Abg. Wacker CDU)

Wir hätten uns gewünscht, es wären schulartunabhängige Standards gewesen. Es geht um die Mobilität, die gegenseitige Anerkennung. Es ist wichtig, all dies zu koordinieren und in einem solchen Gremium zu klären.

Selbstverständlich kann man an der KMK Kritik üben; das ist gar keine Frage. Man kann sagen: „Sie muss schneller werden, sie muss reformfreudiger werden, es gibt zu viele Kommissionen.“ Aber man muss auch anerkennen, dass sich seit der PISA-Studie einiges getan hat. Sicherlich ist es richtig, dass die Arbeitsgruppe, die gegründet worden ist, die Aufgabe hat, die ganzen Vorgänge einmal zu untersuchen und mehr Effizienz hineinzubringen. Dieses Bemühen um Effizienzsteigerung und diese permanente Kritik dürfen aber nicht dazu führen, dass man die KMK, wie es Herr Wulff gemacht hat und wie Sie, Herr Kleinmann, es machen, grundsätzlich infrage stellt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wo mache ich denn das? Eine blasphemische Behauptung!)

Deswegen halte ich das, was Sie, Herr Kleinmann, hier zum Teil machen, auch für ein Schaulaufen. Sie müssen einmal hören, was Herr Westerwelle auf Bundesebene dazu gesagt hat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Westerwelle sitzt im Bundestag!)

– Ja. Sie zitieren sonst immer Ihre Leute.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sie sind vielleicht vom Bund gesteuert, wir nicht!)

Ich halte Ihnen vor, dass Sie hier mit einer gespaltenen Zunge reden. Das ist der Punkt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Völliger Schwachsinn! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich will auch einmal wissen, Herr Kleinmann, wenn Sie jetzt schon so die Backen aufblasen: Wo waren denn Ihre Parlamentsanträge, Ihre Initiativen auch innerhalb dieser Regierung, um hier etwas zu verändern? Nichts, aber auch gar nichts ist da vorhanden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich bin der Meinung: Die KMK hat richtigerweise sieben Handlungsfelder beschlossen und sich auf diese Handlungsfelder konzentriert.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

Dazu gehört unter anderem die frühkindliche Bildung. Wir haben gerade beim ersten Tagesordnungspunkt darüber ge-

sprochen. Dazu gehört auch, die Heterogenität im Klassenzimmer herbeizuführen und die Lehrerbildung darauf abzustimmen. Dazu gehört auch der Ausbau der Ganztagschulen und der individuellen Förderung.

Nun sage ich gerade an dieser Stelle – wir haben hier in diesem Hause ja schon oft über die Ganztagschulen diskutiert –, dass es sehr schwer ist, manche Länder zu einem Ausbau zu bewegen. Dazu gehört an erster Stelle Baden-Württemberg. Bis heute ist die Kultusministerin nicht bereit, wirklich anzuerkennen, dass ein flächendeckender Ausbau von Ganztagschulen notwendig ist. Sie konzentriert sich nach wie vor auf die schwierigsten Hauptschulen und begreift nicht, dass die Einrichtung von Ganztagschulen nicht auf Hauptschulen beschränkt bleiben darf, die unter schwierigsten Bedingungen arbeiten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Das 4-Milliarden-€-Programm, das der Bund eingebracht hat, hat wirklich den entscheidenden Schub gegeben. Insofern ist es auch gut, wenn sich der Bund zumindest an der Diskussion beteiligt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, wie?)

Meine Damen und Herren, es ist richtig, dass wir die KMK stärken müssen und der Bund nicht gänzlich daneben steht, sondern, wie das in anderen Fachministerkonferenzen auch der Fall ist, mit dabei ist. Aber es kann nicht sein, dass der Bund – das ist von unserer Seite aus auch nirgendwo gesagt oder behauptet worden – hier Kompetenzen an sich reißen möchte.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Es ist richtig, dass wir Verbesserungen brauchen. Wir brauchen auch – das sage ich gerade in Ihre Richtung, Herr Kretschmann – eine Stärkung des Landtags in diesem Zusammenhang. Wie diese allerdings genau auszusehen hat, darüber müssen wir noch diskutieren. Wenn Bildungspolitik, wenn Schulpolitik originäre Aufgabe der Länder ist, dann ist klar, dass das nicht nur eine Sache der Exekutive sein kann, sondern dann ist der Landtag an erster Stelle mit gefordert. Darüber, wie wir das dann besser hinbekommen, müssen wir sicher noch im Detail sprechen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der niedersächsische Ministerpräsident Wulff hat einen Stein ins Wasser geworfen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Aber es ist halt so: Wenn der Stein zu schwer und zu groß ist, dann bespritzt man nicht nur die anderen, sondern auch sich selber. Das hat er nun kräftig gemacht. Niedersachsen ist ja nie dadurch aufgefallen, dass es diese Vorschläge jemals in der Kultusministerkonferenz gemacht hätte. Niedersachsen hat daran mit seinen Kultusministern mitgewirkt

(Kretschmann)

und keine Alternativvorschläge gemacht. Sie fehlen im Grunde auch heute nach der durch ihn erfolgten Kündigung.

Man muss dazusagen, dass der Zeitpunkt dieser Initiative außerordentlich schädlich war. Dadurch wurde nämlich der Eindruck erweckt, gerade wo wir im schwierigsten Teil der Arbeit der Föderalismuskommission sind, dass die Länder gar nicht in der Lage sind, ihre eigenen Probleme zu lösen.

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Es besteht in diesem Landtag in Bezug auf die Föderalismusreform Einigkeit, dass die Länder zu Bildungsstaaten werden sollen. Dazu haben wir eine gemeinsame Resolution beschlossen, dass sich der Bund, abgesehen von der Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung, weitgehend aus dem Bereich Bildung zurückziehen soll und dieser ansonsten vollständig in die Länderkompetenz zurückkehrt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hochschulrahmengesetz!)

Herr Kleinmann, was Sie gesagt haben, war wenig erhellend,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich bin ja noch nicht fertig! – Zuruf von der SPD: Das ist noch gelinde ausgedrückt!)

weil Herr Westerwelle im Bundestag darüber abstimmt und weder Sie noch ich. Darum können Sie sich jetzt nicht hier hinstellen und so tun, als sei Ihnen völlig wurscht, was dieser Herr so von sich gibt. Das ist ganz entscheidend, und jetzt beeinflussen Sie ihn einmal in die richtige Richtung, damit er das Richtige macht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist nicht wurst, das ist Käse!)

Die Hauptforderung der Länder ist, dass sie im Bereich der Bildung Vollkompetenz bekommen. Nur wenn das neben anderen Paketen geschieht, wird die Kommission erfolgreich sein und werden die Ministerpräsidenten auf weitgehende Zustimmungsrechte im Bundesrat verzichten. Hier geht es also um wirklich viel.

Die Kritik an der Kultusministerkonferenz ist keineswegs unberechtigt. Die KMK hat in der Vergangenheit eine Politik betrieben, die den Unitarismus auf die Spitze getrieben hat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Im Hamburger Abkommen kommt das zum Ausdruck. Wenn man in den früher 11 und heute 16 Bundesländern letztlich doch alles völlig einheitlich regeln wollte, dann fragt sich natürlich jeder, wozu man dieses Gremium überhaupt braucht, denn dann könnte es der Bund gleich selbst machen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die Kritik ist also vollkommen berechtigt. Ich glaube, erste Korrekturen sind allerdings eingeleitet. Wir müssen von dieser Entwicklung wegkommen.

Gewiss keine Lösung ist das Mehrheitsprinzip. Verfassungsrechtlich ist das vollkommen ausgeschlossen.

(Abg. Wacker CDU: So ist es!)

Dies würde ja dazu führen, dass ein Nicht-Verfassungsorgan, nämlich die Kultusministerkonferenz, einzelne Landesparlamente, also Verfassungsorgane, in ihrem schulpolitischen Willen aushebeln könnte. Das halte ich für vollkommen ausgeschlossen. Dieser Weg ist Gott sei Dank verschlossen. Er würde uns als Parlament schließlich völlig entmachten.

Es gibt nur einen Weg. Er heißt: Die KMK muss sich auf ihre Kernkompetenzen beschränken,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Also!)

die da lauten: länder- und schulformübergreifende Bildungsstandards festlegen, die Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlüssen regeln und Standards für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrer definieren – jedenfalls Mindeststandards.

Wir brauchen natürlich auch eine nationale Bildungsberichterstattung, die verbindlich ist und die uns überhaupt erst in die Lage versetzt, das Schulwesen insgesamt so zu verbessern, dass Familien in diesem Staat noch ihren Wohnort wechseln können. Das sind die vier Kernaufgaben, um die es geht.

Unser Vorschlag lautet nun, dass die KMK diese Aufgaben über Staatsverträge regelt, dass sie aber nicht jeden Einzelpunkt selber regelt, sondern Qualitätsagenturen einsetzt, die viele dieser Fragen weitgehend selbstständig regeln. Solche Modelle haben wir heute schon, beispielsweise im Medienbereich, wo die KEF für die Gebührenfestlegung zuständig ist. Allerdings muss man sich dann auch an deren Vorgaben halten. Aber wenn wir so vorgehen und diesen Weg von Agenturlösungen wählen, die sozusagen ein Stück von der Politik abrücken – denn die Frage, was ein zwölfjähriges Kind in Mathematik können sollte, muss die Wissenschaft und nicht die Politik entscheiden –,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

dann begegnen wir genau dem Einwand, der stets und teilweise zu Recht erhoben wird: die KMK habe die Geschwindigkeit einer Landschildkröte,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das wäre ja schon relativ schnell!)

immer nur der Langsamste bestimme das Tempo und Ähnliches mehr.

Wir brauchen für die länderübergreifenden Regelungen, aber auch für die Europatauglichkeit des deutschen Föderalismus eine Methode, die uns schnell und auf hohem Niveau regeln lässt. Das ist das Entscheidende. Diesem Vorwurf, der in der Öffentlichkeit gegenüber den Ländern besteht, können wir mit dem Vorschlag, den wir gemacht haben, gut begegnen. Erst wenn wir das tun und die Öffentlichkeit davon überzeugen, haben wir eine Chance in der Föderalismuskommission. Wir brauchen ja in beiden Kammern eine Zweidrittelmehrheit. Dann erst haben wir die Chance, in dieser wichtigen Frage zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen, die die Verfassung ändern können.

Ich fasse zusammen: Die Ländervertreter in der Föderalismuskommission möchten die Länder als Bildungsstaaten.

(Kretschmann)

Dafür sind überzeugende Konzepte erforderlich, zum Beispiel länderübergreifende Standards, damit die Europatauglichkeit gewährleistet wird. Wenn wir diese wenigen Punkte länderübergreifend regeln, heißt die Devise allerdings: Gestaltungsfreiheit der Länder und Ideenwettbewerb von Schulen und Hochschulen – die wir doch weitgehend in die Selbstständigkeit entlassen wollen. Dann heißt Föderalismus Vielfalt,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Vielfalt der Ideen. Dann können wir, glaube ich, riesige Schritte im Bildungssystem machen, Schritte, die unsere Republik und die einzelnen Länder wieder in die vorderste Front im Niveau der Bildung aller Industriestaaten bringen, wo wir uns ja heute bekanntlich nicht befinden.

Deswegen brauchen wir also eine schlanke KMK, die über Agenturlösungen jederzeit handlungsfähig ist, und darunter in der Bildungspolitik die Vielfalt, zu der autonome Schulen und Hochschulen beitragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Präsident Straub: Jetzt erteile ich Herrn Abg. Kleinmann das Wort.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Verlauf meiner vorhin gemachten Ausführungen bin ich zu Herrn Herzog gelangt, der damals zum 50-Jahr-Jubiläum der KMK gesprochen und sich dahin gehend geäußert hatte, dass man – wie es Kollege Kretschmann ja gerade betont hatte – die Vielfalt beachten und nicht meinen sollte, man müsste alles in Einförmigkeit umgestalten. Man sollte die Hoheit der Länder im Kulturbereich achten und von der Vielfalt leben. Das liegt allerdings schon sechs Jahre zurück; das war 1998.

Für meine Fraktion und mich stehen drei Dinge außer Zweifel, meine Damen und Herren:

Erstens bedarf es selbstverständlich auch weiterhin länderübergreifender Rahmenregelungen, um die Qualität und die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen zu sichern und die Erarbeitung gemeinsamer Bildungsstandards fortzuführen. Wichtige, wengleich auch nicht überzubewertende Stichworte hierzu: Mobilität, Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung.

Zweitens: Selbstverständlich müssen bestimmte Aufgaben, die dem Sekretariat der KMK obliegen, sinnvollerweise auch künftig zentral wahrgenommen werden. Ich nenne die gemeinsam finanzierten Einrichtungen wie den Deutschen Akademischen Austauschdienst oder die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg, ich nenne den internationalen Schüleraustausch, ich nenne das Thema „Akkreditierung der Bachelor- und Master-Studiengänge“.

Drittens: Nicht weniger erforderlich scheint mir freilich die Aufgabe, das Sekretariat der KMK zu verschlanken, den erforderlichen Umfang ihres Aufgabenfelds zu überprüfen und die KMK selbst – Herr Kretschmann, da sind wir uns ja völlig einig – auf den Kernbereich ihrer Aufgaben zurück-

zuführen. Das ist die bereits zitierte Aufgabe, das erforderliche Mindestmaß – nicht weniger, aber auch nicht mehr – an Gemeinsamkeit und Vergleichbarkeit des Bildungswesens her- bzw. sicherzustellen.

Niemand kann und will die Kultusminister daran hindern, sich – wie übrigens auch die anderen Fachminister – gemeinsam mit Themen ihrer Wahl zu beschäftigen. Aber zumindest außerhalb des eben noch einmal – und ich betone das ganz bewusst – genannten Kernbereichs bedarf es nicht des dort wirklich nur hemmenden Einstimmigkeitsprinzips. Ich stelle mit Freude fest, dass hierzu auch bereits – weithin jedenfalls – Diskussionsbereitschaft zu erkennen ist. Ich bin mir im Grunde sicher, dass verfassungsrechtliche Bedenken, Herr Kretschmann, die von Einzelnen gegen eine Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips vorgebracht wurden, hier – nämlich außerhalb des Kernbereichs; im Kernbereich sind wir uns völlig einig – letztlich nicht greifen.

Der Vorstoß Niedersachsens ist ein richtiger und wichtiger Anstoß. Er bietet die Chance, die unbestritten erforderliche Zusammenarbeit der Länder in der Bundesrepublik auf eine neue Grundlage zu stellen, die Abstimmung der Länder auf die tatsächlich wesentlichen Bereiche zurückzuführen und sie allein schon hierdurch im Ergebnis effizienter zu gestalten. Ich meine, wir sollten diese Chance nutzen, und in diesem Sinne, wie gesagt, begrüße ich den Vorstoß von Herrn Wulff. Auch sein Land wird letztlich nicht aus der KMK ausscheiden, aber die Diskussion ist in Gang gekommen. Das ist eine Diskussion, die auf Länderebene zu führen ist, weil wir für diesen Bereich zuständig sind.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Tosender Beifall!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich gehöre der Kultusministerkonferenz bereits über neun Jahre lang an und habe in dieser Zeit nicht eine einzige Situation erlebt, in der das Land Baden-Württemberg seitens der Konferenz an irgendetwas gehindert worden wäre, was wir tun wollten. Deshalb ist die immer wieder geäußerte Behauptung, in der KMK bestimme der Langsamste das Tempo,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

schlicht falsch. Diese Behauptung muss aus den frühen Zeiten der KMK kommen; jedenfalls trifft sie für die letzten zehn Jahre überhaupt nicht mehr zu.

(Abg. Zeller SPD: Steinzeit!)

Deshalb wäre ich dankbar, wenn man öffentliche Rhetorik à jour bringen würde.

Zweitens: Die Beschreibung der Aufgaben, der Kernaufgaben, ist exakt die Beschreibung, die die KMK selbst vornimmt.

(Abg. Wintruff SPD: So ist es!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Etwas anderes tut sie nicht. Sie hat sich immer nur damit beschäftigt und ist 1948 überhaupt nur dazu von den Ländern gegründet worden – übrigens vor der Gründung der Bundesrepublik –,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, schon klar!)

um nichts weiter zu leisten, als die verbindlichen Absprachen zu ermöglichen, die zur Ordnung des Föderalismus gehören. Man kann überhaupt nur in zwei Weisen organisieren:

Man kann Zentralismus einführen; dann geschieht das im Bundesbildungsministerium.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das lehnen wir ja ab!)

Dies ist, mit Verlaub gesagt, die Position der FDP-Bundestagsfraktion; das wurde mir gegenüber immer wieder bestätigt. Das ist nicht meine Position.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber es ist keine Position einer FDP-Landtagsfraktion!)

– Ja, ich darf es trotzdem sagen. Es ist so, und so wird es immer wieder verbreitet.

Bei der anderen Organisationsweise geht man immer wieder davon aus, dass Bildungs- und Wissenschaftspolitik Herzstück der Landespolitik ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Dann bedarf es einer Ordnung im Föderalismus – Herr Kretschmann hat darauf hingewiesen –, weil der Föderalismus für uns nicht Kleinstaaterei bedeutet, weil Föderalismus nicht Mobilität verhindern darf, weil Föderalismus nicht dazu führen darf, dass Bildungsabschlüsse in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland nicht untereinander abgestimmt werden. So hat man sich mit den alten Steuerungsmechanismen auf Abschlüsse und Bildungsgänge konzentriert, mit den neuen Steuerungsinstrumenten dagegen – sie sind auch schon genannt worden – auf Bildungsstandards und auf die Evaluationsagentur. Das heißt, dass vieles von dem, was an bisherigen Abkommen vorhanden war, nicht mehr notwendig sein wird, weil die Verständigung über Standards ausreicht.

Drittens sind dem Sekretariat der Kultusministerkonferenz Aufgaben zugewiesen, von denen ich überzeugt bin, dass niemand sie auf 16 Länder verteilen will. Dazu gehört nicht der Deutsche Akademische Austauschdienst – das ist eine eigene Institution, die überhaupt nichts mit der KMK zu tun hat –, sondern dazu gehört der so genannte Pädagogische Austauschdienst,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sie haben Recht! Das ist richtig, ja!)

der jährlich 35 000 Schulaustausche organisiert. Da muss man einfach fragen: Hält es Niedersachsen für richtiger und kostengünstiger, statt einer Bündelung dieser Aufgaben an einer Stelle in Deutschland die Mitarbeiter auf 16 Länder zu verteilen? Das wäre übrigens die Konsequenz, wenn die Kündigung des Abkommens wirklich zu einer generellen

Kündigung führen würde: Dann müssten die Mitarbeiter, die es da gibt, auf 16 Länder verteilt werden. Das halte ich für überhaupt keinen gangbaren Weg.

Die zweite große Aufgabe, die dem Sekretariat zugeteilt wird, ist die so genannte Zentralstelle für die Anerkennung von Schulabschlüssen. Auch dahinter stehen Tausende von Arbeitsgängen pro Jahr. Sie betreffen junge Leute aus aller Herren Länder, die nach Deutschland wollen und bei denen sich die Frage stellt, wie es um ihre Abschlüsse steht und welche Anerkennungsmöglichkeiten es dafür gibt. Auch hier kann ich nur sagen: Die kostengünstigste Lösung ist die jetzige, nämlich in Deutschland eine Stelle zu haben, in der diese Arbeit geleistet wird. Auch hier halte ich eine Aufteilung auf 16 Länder nicht für sinnvoll. Vor allem würde diese Lösung sehr viel kostenträchtiger werden, weil mit der Aufgabe, all das zu bewerten, was aus der ganzen Welt kommt, auch ein hohes Maß an Kompetenz verbunden ist.

Die dritte Aufgabe: Es wird ja immer von einer „aufgeblähten Bürokratie“ und von einem 50-Millionen-€-Haushalt gesprochen; von den 50 Millionen € entfallen jedoch allein 30 Millionen € auf Durchlaufposten. Das heißt, die 16 Bundesländer koordinieren ihre Partizipation an europäischen Programmen – COMENIUS, SOKRATES etc. – über diese Arbeitsstelle. Das Land Niedersachsen hat allein im Jahr 2003 rund 2 Millionen € an EU-Geldern über diese Arbeitsstelle ins Land gebracht. Auch hier kann ich nur sagen: Wer vorschlägt, die Aufgaben dieser Arbeitsstelle auf 16 Länder zu verteilen, kommt zu mehr Kosten, nicht zu weniger – einmal abgesehen davon, dass die Darstellung Deutschlands durch 16 Arbeitsstellen bei der Europäischen Union und den dortigen Arbeitsstellen auf überhaupt kein Verständnis stoßen würde.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist aber kein Kernbereich!)

Viertens – diese Aufgabe ist von vielen angesprochen worden –: Die 16 Länder haben sich darauf geeinigt – das ist übrigens ganz wesentlich auf Betreiben Baden-Württembergs hin geschehen –, sich künftig an internationalen Vergleichsstudien zu beteiligen, und das kostet Geld. Dazu muss man eine Agentur gründen, um dann am Ende auch im eigenen Land zu evaluieren. Dazu muss man Max-Planck-Institute engagieren. Man kann nicht A sagen und dann nichts dafür bezahlen wollen. Deshalb wird sich die Frage stellen, wenn man ein Abkommen kündigt: Will man als einzelnes Bundesland aus internationalen Vergleichsstudien aussteigen? Will man damit signalisieren, dass die Bundesrepublik Deutschland aus internationalen Vergleichsstudien aussteigen soll? Auch das kann ich mir nicht vorstellen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Kernbereich!)

So könnte ich jetzt fortfahren, Ihnen den ganzen Etat aufzuschlüsseln. Ich erspare Ihnen das und erwähne als Schlusspunkt der Aufgaben und des Sekretariats nur noch: 16 Länder haben sich auf die gemeinsame Trägerschaft von Institutionen geeinigt. Dazu gehören die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das habe ich ja gesagt!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

das Leo-Baeck-Institut, das Heinrich-Heine-Institut, die Künstlerhilfe, die Filmförderung usw. usf. Will man das jetzt den Sitzländern allein überlassen?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das habe ich ausdrücklich erwähnt!)

– Seien Sie mir deshalb nicht böse, Herr Kleinmann. Ich begrüße den Vorstoß Niedersachsens nicht.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das wissen Sie auch. Sie wissen, Christian Wulff und ich verstehen uns eigentlich wunderbar. Das hindert uns aber nicht daran, uns in dieser Frage auseinander zu setzen. Ich finde, das ist eine Form von Politik, die schlagzeilenträchtig, aber in der Sache nicht nützlich ist.

Damit komme ich zur Reform. Auch da stimmt fast nichts von dem, was ich lese. In Wirklichkeit hat seit Mitte der Neunzigerjahre der Prozess einer Reform begonnen, die genau die Verschlinkung zum Ziel hat. 30 % aller Gremien sind seither abgeschafft worden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Na also!)

– Dazu muss man aber nicht Schlagzeilen produzieren. Das tut man jedoch einfach.

10 % der Personal- und Verwaltungskosten sind eingespart worden. Wenn man jetzt sagt: „Die müssen das jetzt schneller machen, die sind alle so langsam“, möchte ich erwidern: Den Vorwurf, dass jemand wie ich langsam sei, höre ich gern, weil es auch einmal gut tut, nicht immer nur gesagt zu bekommen, man sei zu schnell. Jetzt sind wir halt langsam.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ich habe aber nicht gesagt, Sie seien zu langsam! Das habe ich noch nie unterstellt!)

Dann muss man sich einmal mit den Listen der Gremien, die möglicherweise noch aufgelöst werden, beschäftigen. Da stellt sich bei dem, was jetzt auf dem Tisch liegt, jedes Mal die Frage: Kann man darauf wirklich verzichten? Übernimmt das ein Land? Ist das woanders besser aufgehoben als jetzt? Die Zahl der eigentlichen Gremien der KMK ist übrigens überhaupt nicht höher als die jeder anderen Fachministerkonferenz. Die durchschnittliche Zahl der Gremien liegt meines Wissens, nach der Reduzierung um 30 %, sogar unter der der anderen Fachministerkonferenzen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist aber kein Argument!)

Aber es gibt natürlich, wenn Sie an die Bildungsstandards denken, allein acht Arbeitsgruppen, die für eine gewisse Zeit, also zeitlich befristet, an den Bildungsstandards arbeiten. Die haben wir doch alle gewollt. Wir haben doch in diesem Hause gesagt: Bildungsstandards in Deutschland sind wichtig, weil wir nur so das skandalöse Nord-Süd-Gefälle auflösen können. Deshalb muss man jetzt auch bereit sein, die Leute arbeiten zu lassen, und darf nicht nach drei Monaten sagen: Jetzt müsst ihr fertig werden, weil irgendwie effizienter gearbeitet werden muss.

Dann zu der Frage „Einstimmigkeitsprinzip oder Mehrheitsprinzip?“. Ich selbst habe vor zwei Jahren gesagt, man sollte einmal auf das Mehrheitsprinzip schauen. Aber auch da ist die Frage, wie Sie das machen wollen. Beschlüsse, die haushaltsrelevant sind, können, wenn ich die Kulturhöhe der Länder beachten will – Herr Kretschmann hat darauf hingewiesen –, nur einstimmig gefasst werden. Ansonsten haben wir die Situation, dass entweder eine Mehrheit eine Minderheit zwingen will – das ist verfassungswidrig – oder dass man sagt: Die, die nicht mitmachen, machen halt nicht mit. Das ist kein Erfolgsrezept für den Föderalismus, gerade in Zeiten der Föderalismusdiskussion, die wir haben. Also wird es im Grunde darauf hinauslaufen –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Im Kernbereich sind wir ja einig! Das bestreite ich nicht!)

– Ja, ich weiß auch gar nicht, worüber in Deutschland eigentlich gestritten wird. Mir hat sich das überhaupt noch nicht erschlossen.

(Abg. Capezzuto SPD: Da drüben sitzt Herr Kleinmann!)

Ich weiß nicht, worüber eigentlich wer streitet.

Dann kann man sagen: Mehrheitsentscheidungen sind bei Empfehlungen möglich. Jetzt muss ich dazu sagen: Das ist mir gerade egal. Das kann man beschließen, und wenn manche Leute meinen, das hätten sie erreicht und das sei die eigentliche Reform der KMK, dann bin ich bereit, das sofort auch zu erklären. Dann ist das Thema wenigstens weg, und alle haben ihr Gesicht gewahrt.

Ich sage Ihnen: Ich werde diesen Vorstoß überhaupt nicht mit großer Leidenschaft öffentlich kommentieren. Ich gehöre zu denen, die am Ende dafür sorgen müssen, dass aus diesem Scherbenhaufen irgendwie wieder etwas Vernünftiges gemacht wird.

Ich weiß, dass es zum guten Ton mancher Politiker gehört, einmal im Jahr die Auflösung der KMK zu fordern. Ich habe immer gesagt: Damit habe ich mich längst abgefunden. Es sind auch immer die Gleichen, und das geschieht immer in der Sommerpause. Aber nicht ein einziges Problem wird gelöst, wenn man dieses Gremium, das die Steuerung des Bildungswesens in den nächsten zehn Jahren in die Hand nehmen muss, öffentlich so darstellt, wie das jetzt passiert. Die Kultusministerkonferenz ist nicht langsamer, nicht ineffizienter und nicht blöder als alle anderen Fachministerkonferenzen

(Abg. Capezzuto SPD: Eigentlich nicht!)

und die Ministerpräsidentenkonferenz auch. Deshalb danke ich allen, die noch einen gewissen Rest an Respekt vor dieser Konferenz haben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das sind wir, Herr Kleinmann! Herr Kleinmann soll sich entschuldigen!)

Wir brauchen das. Lassen Sie sich nicht von Schlagzeilen verrückt machen. Wir brauchen eine solide Politik und eine Betrachtung der Wirklichkeit, die der Wirklichkeit ähnelt. Dann – davon bin ich überzeugt – wird eine weitere Verschlinkung möglich sein. Aber die KMK muss auch die Ge-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

legenheit haben, die wichtigen Aufgaben, die Sie alle beschrieben haben, wahrzunehmen. Von einem Kaputtreden würde das Bildungswesen in Deutschland nicht besser.

(Abg. Wintruff SPD: Kleinmann steht mit abgesägten Hosen da!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

(Abg. Wacker CDU: Das ist doch jetzt unnötig!)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich lobe die Kultusministerin ja selten.

(Abg. Blenke CDU: Dafür umso herzlicher!)

Aber ihre Aussagen zur KMK waren richtig.

(Abg. Rückert CDU: Jetzt!)

Diese Aktuelle Debatte, Herr Kleinmann, ist nichts anderes als eine teure Nachhilfestunde für die FDP/DVP.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eigentlich hätte man dies ja einfacher haben können. Sie hätten ja Ihren Koalitionspartner bitten können, Sie einmal über die KMK zu informieren. Das wäre leichter und besser gewesen, als hier im Landtag diese Debatte zu führen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist es! Sehr schädlich im Übrigen!)

Wichtig ist, dass Standards und Leitlinien so formuliert werden, wie die KMK das macht,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das hat ja niemand bestritten!)

und dass die Wege, wie diese Standards umgesetzt werden, den Ländern überlassen bleiben. Da ist ein gesunder Wettbewerb richtig. Über diese Wege werden wir auch im Landtag diskutieren.

Ich finde es schon merkwürdig, Herr Kleinmann, wenn Sie sagen, die FDP/DVP unterstütze Niedersachsen, Niedersachsen habe einen wichtigen Vorstoß unternommen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ungeheuerlich, so etwas!)

Ich frage mich: Wo hat Niedersachsen bisher in der KMK entsprechende Anträge eingebracht oder Initiativen ergriffen? Das ist doch ein Armutszeugnis! Hinter diesem Armutszeugnis stellen Sie sich an und reihen sich ein.

(Abg. Wintruff SPD: Ja!)

Das ist für die FDP/DVP ein Armutszeugnis.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Für die FDP/DVP!)

Letztendlich stehen Sie nach dieser Debatte mit abgesägten Hosen da.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wintruff SPD zu Abg. Kleinmann FDP/DVP: Dieter, komm, entschuldige dich! Dann vergessen wir es!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

(Abg. Wintruff SPD zu Abg. Kleinmann FDP/DVP: Dieter, entschuldige dich noch!)

– Ich darf um Ruhe bitten.

Ich rufe jetzt den neuen **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes – Drucksache 13/3608

Wir haben für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Wacker.

Abg. Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem wir gestern ausführlich über diesen Gesetzentwurf debattiert haben und nachdem wir in der letzten Schulausschusssitzung fast eine Stunde lang auch über den gleichen Inhalt diskutiert haben, darf ich mich hier auf wenige Punkte beschränken.

Ich halte noch einmal fest, dass wir mit § 18 lediglich eine technische Novelle vollziehen und damit das vollziehen, was wir bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2004 bereits uneingeschränkt beschlossen haben. Was die technische Novelle betrifft, haben wir – insofern darf ich auch noch einige wenige Punkte klarstellen – die Privatschulverbände schon vor der Sommerpause informiert. Sie waren über das Vorhaben bezüglich der Umschichtung und bezüglich der Anhebung auf einen Kostensatz von 70 % informiert.

Streitpunkt – den kann man mit der heutigen Debatte natürlich nicht ausräumen; auch das sage ich noch einmal zur Klarstellung – ist die Frage des Umgangs mit dem Bruttokostenmodell. Auch hierzu habe ich namens der CDU-Fraktion gestern schon Stellung genommen.

Ich darf aber noch auf eines hinweisen. Ich denke, es gehört auch zu einer sachlichen Debatte, darauf hinzuweisen, dass natürlich der Gesetzentwurf, den wir eingebracht haben, unter sehr starker Zuarbeit des Kultusministeriums entstanden ist – das ist überhaupt keine Frage –,

(Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD)

weil es sich hier um eine komplizierte Materie handelt, bei der es um präzise Formulierungen geht. Wenn man in diesem Zusammenhang, Frau Kollegin Rudolf, von „stümperhaft“ spricht,

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ja!)

dann halte ich das für eine Ungeheuerlichkeit gegenüber den Fachleuten im Kultusministerium, die auch bei der Privatschulförderung exzellente Arbeit machen.

(Wacker)

(Abg. Christine Rudolf SPD: Haben Sie den unterschrieben? – Abg. Zeller SPD: Wer hat jetzt den Gesetzentwurf gemacht?)

Das muss man einfach einmal sagen, wenn Sie den Sachverstand von Fachbeamten infrage stellen.

Herr Kollege Zeller, wenn wir jetzt noch einmal bei dem Thema „gründliches oder stümperhaftes Arbeiten“ sind.

(Abg. Zeller SPD: Handwerkliche Fehler!)

Sie haben sich sauber aus der Affäre gezogen, indem Sie Ihren eigenen Gesetzentwurf für die heutige Debatte zurückgezogen haben.

(Abg. Zeller SPD: Weil Sie ihn missbrauchen wollten!)

Wenn ich aber Ihren Gesetzentwurf zur Hand nehme, in dem Sie im Grunde die Anhebung der Zuschüsse auf mindestens 80 % und damit die Umsetzung des Bruttokostenmodells fordern und dabei Mehrkosten von 25 Millionen € veranschlagen – was im Übrigen nicht stimmt, es sind über 30 Millionen € –, aber keine präzisen Ausführungen über die Umsetzung machen, dann stelle ich fest, dass das, was Sie vorgelegt haben, meine Damen und Herren, mehr als stümperhaft ist. Das muss in diesem Zusammenhang auch gesagt werden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Uns geht es lediglich darum, eine Gerechtigkeitslücke zu schließen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Schulhausbau!)

Wir wollen zunächst die Vorgaben der Rechtsprechung erfüllen. Damit heben wir den Zuschuss für alle Schularten auf über 70 %. Mit unserer verbindlichen Zusage, für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 keine Einsparungen in diesem Bereich vorzunehmen, leisten wir einen finanzpolitischen Kraftakt. Auf die Zahlen habe ich bereits gestern hingewiesen.

Im Übrigen hat die Schulausschussberatung, die durchaus in weiten Punkten sachlich war, auch wenn Sie versuchen, dies zu leugnen, ergeben, dass wir eine kritische Prüfung des § 17 und des § 19, in dem es um die Altersvorsorge für die Lehrkräfte an Privatschulen geht, vollziehen. Deswegen haben wir diese Punkte für die weiteren Beratungen ausgeklammert. Das wird natürlich zu gegebener Zeit nachgeholt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist ja toll!)

In diesem Sinne kann ich nur dafür plädieren, jetzt den Sturm im Wasserglas zu beenden und heute zu einer vernünftigen Entscheidung zu kommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rudolf.

Abg. Christine Rudolf SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Heute Morgen bei der Geschäftsordnungsdebatte ist noch einmal darüber gesprochen worden, ob es notwendig ist, diese Gesetzesnovelle im Ausschuss zu diskutieren und für sie auch hier im Plenum eine längere Beratungszeit einzuräumen. Herr Wacker, ich habe nicht das Ministerium gemeint, als ich von stümperhafter Arbeit gesprochen habe,

(Abg. Wacker CDU: Das war ein Versprecher!)

sondern Sie.

(Abg. Blenke CDU: Das ist ja noch schlimmer!)

Ich wollte niemand anderem die Schuld zuschieben. Sie haben es heute Morgen gemeinsam mit dem Geschäftsführer Ihrer Fraktion noch einmal eindrücklich bestätigt. Er hat heute Morgen ausgeführt – ich habe mir das Protokoll gerade holen lassen –, dass wir heute beraten müssten, weil die finanziellen Rückwirkungen zum 1. September 2004 vorgesehen sind.

(Abg. Wacker CDU: Das war nur ein Versprecher!)

– So steht es hier im Protokoll.

(Abg. Blenke CDU: Es wird ganz genau protokolliert! – Abg. Wacker CDU: Sie haben sich doch auch schon mal versprochen!)

Ich habe mir dann noch einmal das Gesetz angeschaut. Da steht wortwörtlich drin, dass das erst zum 1. November 2004 in Kraft gesetzt wird. Dann muss man auch noch den zweiten Teil lesen,

(Abg. Hauk CDU: Der erste Teil war gemeint!)

dass nämlich die Schulen, die Sie angeblich besser stellen wollen, nämlich die im Berufsschulwesen, nur für die Schüler und Schülerinnen einen höheren Zuschuss erhalten, die nach dem 1. August 2004 ihre Ausbildung begonnen haben. Das heißt, dass all diejenigen, die schon länger an dieser Schule sind, überhaupt nicht unter die neue Bezuschussung fallen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Eine Trickserei!)

Sie bauen hier also eine Wolke auf und behaupten, Sie wollten die Schulen in freier Trägerschaft im beruflichen Bereich besser stellen, Sie müssten dies unbedingt heute machen und sich dabei über alle parlamentarisch üblichen Verfahren hinwegsetzen, bringen dann aber für die Schulen in freier Trägerschaft keine wirklichen substanziellen Verbesserungen.

Wenn man die letzten Jahre einmal Revue passieren lässt, muss man einfach sagen: Seit die Koalition von CDU und FDP/DVP hier im Landtag eingezogen ist, gab es Stück für Stück Kürzungen. Gleich beim ersten Schlag waren es 25 % Kürzungen für die Schulen in freier Trägerschaft. Danach ging es um kleinere Beträge. Aber die Situation der Schulen in freier Trägerschaft ist seit 1996

(Abg. Wacker CDU: Verbessert worden!)

(Christine Rudolf)

substanziell verschlechtert worden. Sie stellen sich heute auch wieder hin – das ist der letzte Akt in einer langen Geschichte – und behaupten, Sie stellten sie besser. Sie haben das in kleinen Teilen gemacht, aber insgesamt haben Sie die 100 000 Schüler und Schülerinnen bei den Schulen in freier Trägerschaft sträflich vernachlässigt. Dafür kann man Ihnen einfach kein gutes Zeugnis ausstellen.

(Abg. Stickelberger SPD: Nicht versetzt! – Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weil die Opposition immer wieder versucht, ein Durcheinander zu erzeugen, will ich jetzt noch einmal für Klarstellung sorgen.

(Unruhe)

Ich werde jetzt auf keine Zwischenrufe mehr eingehen, damit das Protokoll nachher wenigstens eindeutig ist.

(Lachen bei der SPD)

– Sie müssen einmal sehen, wie das im Protokoll aussieht, wenn ständig so viele Zwischenrufe gemacht werden, dass gar nicht alle im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen werden können. Ich bin auf Zwischenrufe eingegangen, die gar nicht im Wortlaut im Protokoll stehen. Da versteht dann kein Mensch die Antwort.

(Abg. Stickelberger SPD: Sie versteht auch niemand! – Unruhe)

Erstens: Der heutige Gesetzentwurf ist vor allem eine Anpassung in § 18 mit Werten, die von den betroffenen Schulen zwar nicht mit Begeisterung aufgenommen, aber akzeptiert worden sind.

(Abg. Zeller SPD: Sie lehnen das ab!)

Sie betreffen den Haushalt 2004.

Zu den Kürzungen seit 1996, die Sie, Frau Rudolf, angesprochen haben: Jawohl, die hat es gegeben. Immer dann, wenn wir auch im staatlichen Schulwesen die Situation verschlechtert haben, haben wir analog angepasst.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Sie haben bei den staatlichen Schulen nie um 20 % gekürzt! Zum Glück!)

Desgleichen – darüber wurde nie gesprochen – wurde über die „Eckmann-Lösung“ jede Besoldungsentwicklung im öffentlichen Dienst auch den Schulen in freier Trägerschaft gewährt. Das heißt, es gab nicht nur Kürzungen, sondern auch Verbesserungen. Das ist auch richtig so.

(Abg. Zeller SPD: Bei steigenden Schülerzahlen! – Abg. Fischer SPD: Sagen Sie doch einmal, wo genau, Frau Kollegin Berroth!)

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens: Herr Kollege Wacker hat Recht. Wir haben zunächst überlegt, ob dies rückwirkend zu machen ist. Es war nicht ganz klar, ob es klappt. Um Planungssicherheit zu geben, steht im Gesetzentwurf jetzt der 1. November.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist aber ein Feiertag!)

Deswegen haben wir auch so großen Wert darauf gelegt, den Gesetzentwurf heute abschließend beraten zu können.

Zum Zeitpunkt: Warum hat es Verzögerungen gegeben? Sie haben heute Morgen ein paar Mal gesagt, wir hätten das ja schon im März machen können.

(Abg. Fischer SPD: Ja, klar! – Abg. Zeller SPD: Ganz genau! – Abg. Capezzuto SPD: Acht Monate!)

Jawohl, ich gebe das auch ganz ehrlich zu. Das von Ihnen so sehr begehrte Bruttokostenprinzip hätte ich gerne in dieser Lösung mit drin gehabt. Wir konnten uns in der Koalition nicht einigen. So etwas soll vorkommen.

(Abg. Capezzuto SPD: Aha! Schon wieder! – Unruhe)

Da lassen wir uns aber von Ihnen nicht auseinander dividieren. Da sollten Sie keine falschen Hoffnungen hegen.

(Zurufe von der SPD)

Wir brauchen einfach für diesen Teil noch etwas Zeit, und die nehmen wir uns, um eine solide Sache zu machen.

(Abg. Fischer SPD: Nein, Sie nehmen sich die Zeit eben nicht! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Wir machen das nicht so, wie es aus Berlin immer kommt: holterdiepolder.

Zweitens: Unsere Zusage, die mir Herr Birzele, der jetzt leider nicht da ist, heute Morgen vorgehalten hat, keine weiteren Kürzungen vorzunehmen,

(Unruhe)

haben wir im Schulausschuss am 22. Juli mit einem Änderungsantrag beschlossen. Diese Zusage betrifft eben nicht den Haushalt 2004, sondern, wie mit dem Verband der Privatschulen und seinen Mitgliedern abgesprochen, den Haushalt 2005/2006. Dazu stehen wir.

Die Opposition hat in ihren inzwischen zurückgezogenen Gesetzentwürfen allerdings immer wieder die Einführung des so genannten Bruttokostenmodells begehrt, ohne näher zu erläutern, was sie darunter versteht.

(Abg. Zeller SPD: Das, was Sie ausgehandelt haben! – Abg. Wacker CDU: Weil sie sich nie die Mühe gemacht hat!)

Ich bitte Sie jetzt darum, uns einmal in kurzen Worten zu erläutern, was Sie eigentlich darunter verstehen, damit wir alle nachvollziehen können, worum es Ihnen geht.

Ich lasse mir jetzt noch ein bisschen Zeit übrig, damit ich Ihnen nachher noch sagen kann, worum es uns geht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Das muss ja nicht sein! Das bringt uns eh nicht weiter! – Abg. Stickelberger SPD: Jetzt ist der Herr Birzele da! – Unruhe)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, bei diesem Gesetzgebungsverfahren haben Sie sich nun wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sondern blamiert!)

Erstens: In einem ganz schlechten Stil haben Sie zunächst im Schulausschuss versucht, Ihren Gesetzentwurf in den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD einzuschleusen, um ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren zu vermeiden,

(Abg. Zeller SPD: Missbrauch nennt man so etwas!
– Abg. Birzele SPD: Feindliche Übernahme!)

und haben damit den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD auf den Kopf gestellt und ins Gegenteil verkehrt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Als wir daraufhin unsere Gesetzentwürfe zurückgezogen haben, haben Sie in einem Blitzverfahren unter Umgehung aller parlamentarischen Gepflogenheiten, die bei Gesetzgebungsverfahren üblich sind,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt doch so nicht! Das wissen Sie doch!)

in zwei Tagen Ihren Gesetzentwurf durch den Landtag durchgepeitscht. Sie haben dabei missachtet, dass normalerweise immer eine Anhörung der Betroffenen stattfindet.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die hat schon lange stattgefunden!)

Die Schulen in freier Trägerschaft sind nicht angehört worden.

(Abg. Wacker CDU: Frau Kollegin, das haben wir doch gemacht!)

Ich habe Gespräche mit den Schulen in freier Trägerschaft geführt. Die haben noch in den großen Ferien darauf gewartet, dass Ihr Gesetzentwurf kommt und sie dazu offiziell Stellung nehmen können.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber wegen des Bruttokostenmodells, das da gar nicht drin ist!)

Das heißt, Frau Berroth, Sie haben mit diesem Gesetzgebungsverfahren sämtliche parlamentarischen Verfahrensweisen missbraucht und damit die Schulen in freier Trägerschaft vor den Kopf gestoßen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Skandal! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Man kann sich auch dumm stellen!)

Zweiter Punkt: Dieser Gesetzentwurf war darüber hinaus schlecht gemacht; das wiederhole ich hier.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Es waren Punkte darin enthalten, die Sie aufgrund unserer Kritik zurückziehen mussten.

(Zurufe von der SPD)

Wenn wir nicht aufgepasst hätten, wären sie so im Gesetz geblieben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt nicht!)

Sie haben selbst zugegeben, Frau Berroth – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Rastätter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wacker?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Gerne, lieber Kollege Wacker.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Wacker.

Abg. Wacker CDU: Frau Kollegin Rastätter, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, was uns die Privatschulverbände in verschiedenen Gesprächen immer wieder signalisiert haben. Sie haben gesagt, sie seien mit der technischen Novelle, so wie wir sie heute vorlegen, einverstanden, vorausgesetzt, wir führen damit das Bruttokostenmodell ein.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr schön!)

Der Streitpunkt des Bruttokostenmodells bleibt natürlich,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Frage!)

aber die technische Novelle ist im Bestand auch bei den Privatschulverbänden unumstritten. Sind Sie bereit, dies zur Kenntnis zu nehmen?

(Lachen bei der SPD – Abg. Christine Rudolf SPD: Mit wem reden Sie denn? – Abg. Zeller SPD: Das ist doch nicht wahr! Das ist doch nicht wahr, Herr Wacker! – Abg. Birzele SPD: Das war gar keine Frage! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Doch! „Sind Sie bereit, dies zur Kenntnis zu nehmen?“! – Abg. Wacker CDU: Fragezeichen! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Da kommt ein Fragezeichen hin! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das Fragezeichen war nicht ausgesprochen! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Er hat eine These aufgestellt!)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Lieber Kollege Wacker, die Schulen in freier Trägerschaft haben erklärt, dass sie trotz ihrer schwierigen Haushaltslage bereit wären, diese Kröte der Kürzungen zu schlucken, wenn im Gesetzgebungsverfahren gleichzeitig das Bruttokostenmodell im Privatschulgesetz verankert wird. Dieses Versprechen haben Sie gebrochen und damit Ihre Glaubwürdigkeit verspielt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das ist der Punkt!)

Dritter Punkt: Sie haben in diesem Gesetzgebungsverfahren auch Kürzungen vorgenommen. Sie sparen auf Kosten der Schulen in freier Trägerschaft.

(Renate Rastätter)

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein! Wir haben keine Erhöhungen vorgenommen!)

Bei 50 % der Schüler und Schülerinnen, nämlich bei allen Schülern an privaten Gymnasien und bei den Schülern der Klassen 5 bis 13 der Waldorfschulen, wird gekürzt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es geht um Anpassungen analog den staatlichen Schulen! Wann kapiieren Sie das endlich?)

Es wird in diesem Jahr für die zwei Monate ab 1. November 1 Million € gekürzt. Diese schichten Sie in die beruflichen Schulen um, die aber – das müssen Sie dazusagen – zum Teil sehr wenige Schüler haben.

(Abg. Wacker CDU: Das werden aber immer mehr!)

45 000 Schüler sind aber von den Kürzungen betroffen. Den Schulen in freier Trägerschaft werden im nächsten Jahr 6 Millionen € und im Jahr 2006 sogar 7 Millionen € gekürzt. Das heißt, diese Schulen haben überhaupt keine Planungssicherheit.

(Abg. Wacker CDU: 80 %!)

Dazu kommen die 5 Millionen € die dieses Jahr bei den Sonderzuwendungen im öffentlichen Dienst gekürzt wurden. Aber, Frau Berroth, auch da gilt: Die Schulen in freier Trägerschaft haben ja Verträge mit ihren Lehrern und können nicht einfach in diesem Jahr kürzen. Faktisch ist dies eine weitere Kürzung um 5 Millionen € die die Schulen in freier Trägerschaft noch zusätzlich verkraften müssen.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Fazit: Sie haben Ihr Versprechen gebrochen. Sie kürzen auf Kosten der Schulen in freier Trägerschaft. Wir Grünen werden uns deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass Schulen in freier Trägerschaft eine gerechte Finanzierung bekommen

(Abg. Wacker CDU: 80 %!)

und dass in Baden-Württemberg tatsächlich eine Wahlfreiheit für Kinder besteht, entweder in eine private Schule oder in eine öffentliche Schule zu gehen. Dies darf nicht, wie das heute immer häufiger der Fall ist, vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen, indem ich unmittelbar an das anknüpfe, was Herr Staatssekretär Rau gestern gesagt hat: Die Entwicklung der Privatschullandschaft in Baden-Württemberg geht mit Neugründungen unaufhörlich weiter. Wir haben in Baden-Württemberg 400 Privatschulen und allein ein Viertel aller Waldorfschulen. Das wäre nicht der Fall, wenn die

Schulen in freier Trägerschaft nicht wüssten, dass auf die Bezuschussung und auf die Landesregierung Verlass ist.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Zweitens: Bislang bestand zwischen allgemein bildenden und beruflichen Schulen eine große Ungerechtigkeit. Sie kennen die Aussage, die im Zusammenhang mit gerichtlichen Auseinandersetzungen getroffen wurde: „Wir wollen auf einen Fördersatz von 80 % kommen.“ Mit den Maßnahmen, über die wir heute beraten, kommen wir auf dem Weg dahin ein erhebliches Stück weiter.

Letztlich bedeutet das, was wir beraten, eine Erhöhung der Zuschüsse für die Grundschulen und die Klassen 1 bis 4 der Waldorfschulen um 3,5 %, für die Hauptschulen um 13,85 %, für die Fachschulen für Sozialpädagogik – das sind genau die Schulen, die die Erzieherinnenausbildung leisten; es war uns wichtig, dass bei ihnen keine Existenzgefährdung eintritt – um über 24 %,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

für die technischen Berufsfachschulen und die technischen Fachschulen um 23,5 %, für die übrigen Berufsfachschulen und die übrigen Fachschulen um 14 % und für die technischen Berufskollegs um 7 %.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Ministerin – –

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ich mache erst ein bisschen weiter. Die Zwischenfrage passt irgendwann, aber ich muss meine Ausführungen jetzt einmal zu Ende bringen.

Das sind Steigerungsraten, die es nahezu in keinem Bereich mehr gibt.

Denen, die im kommenden Haushalt das Bruttokostenmodell einführen wollen, sage ich: Ich weiß, dass es viele gibt – auch in diesem Haus, quer durch alle Fraktionen; das ist gar keine Frage –, die diesen Schritt gern gesehen hätten. Es gibt doch niemanden, der sagt: „Das wollen wir auf keinen Fall.“ Wir wollen so viel wie möglich. Aber die Einführung des Bruttokostenmodells würde zu einem jährlichen Mehrbedarf von 36 Millionen € führen. Jetzt nehme ich einmal diesen Betrag und die 6 Millionen € für die Sprachförderung. Dann komme ich allein, wenn ich an die Debatten des heutigen Vormittags denke, schon auf einen jährlichen Mehrbedarf von 42 Millionen €

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir machen das über Schulden!)

Hält denn jemand angesichts der Debatten, die wir über den Haushalt führen, im Ernst eine entsprechende Umsetzung für realistisch?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Deshalb muss ich Ihnen ehrlich sagen: In Gesprächen, egal, mit wem, mache ich gegenwärtig die Erfahrung, dass ich

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

dann, wenn wir ehrlich sagen, worum wir uns bemühen, wo wir Schritt für Schritt versuchen, Verbesserungen zu erreichen, aber auch ehrlich sagen, was nicht möglich ist, auf großes Verständnis stoße. Dafür bedankt sich niemand; das ist ja wohl auch klar.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Aber die Bürger sind doch nicht blöd. Die Leute wissen doch, in welcher Situation sich das Land befindet

(Abg. Fleischer CDU: Und wer dies eingebrockt hat!)

und um welche Positionen wir in diesem Haushalt zu kämpfen haben. Sie wissen im Übrigen auch – das stimmt –, wer uns dies eingebrockt hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Lassen Sie uns also ehrlich mit den Leuten umgehen, und lassen Sie uns doch bitte solche Steigerungsraten, wie wir sie jetzt in ganz wichtigen Bereichen der Schulen in freier Trägerschaft erzielt haben, nicht kleinreden. Es gibt kein Bundesland, in dem es derzeit solche Steigerungsraten gibt – kein einziges!

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Weil sie schon höhere Zuschüsse haben! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzner SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, wollen Sie jetzt die Zwischenfragen zulassen?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Jawohl, bitte schön.

Stellv. Präsident Birzele: Frau Rastätter.

(Abg. Wacker CDU: Alles schon diskutiert worden!)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Ministerin Schavan, nachdem Sie jetzt auch wieder wie gestern schon Herr Staatssekretär Rau von Steigerungsraten gesprochen haben,

(Abg. Wacker CDU: Die gewaltig sind!)

frage ich Sie: Sind Sie bereit, hier einzugestehen, dass insgesamt um 5 Millionen € gekürzt wird, das heißt, dass diese 1 Million € die die beruflichen Schulen bekommen, durch eine bessere Verteilung des Mangels zustande kommt, indem den Gymnasien und den Waldorfschulen Mittel gekürzt werden, sodass es sich hier nur um eine Umschichtung handelt?

Zweite Frage: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Regierungsfaktionen seit Jahren versprochen haben, das Bruttokostenmodell festzuschreiben,

(Abg. Wacker CDU: Das haben wir nicht versprochen! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das gibt es ja erst seit zwei Jahren!)

damit aber ein Stufenkonzept zu verknüpfen, sodass nicht 36,5 Millionen € auf einen Schlag eingestellt werden müssen, sondern in einem Stufenkonzept über sehr viele Jahre bereitgestellt werden, und sind Sie bereit, anzuerkennen, dass genau dies der Inhalt des Grünen-Gesetzentwurfs war, sodass wir in diesem Jahr keine zusätzlichen Kosten bei der Verankerung des Bruttokostenmodells im Privatschulgesetz gehabt hätten?

(Abg. Wacker CDU: Nächstes Jahr ist es auch nicht besser!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Jetzt hätte ich doch besser die Frage noch nicht zugelassen, weil ich gerade im nächsten Schritt sagen wollte, dass niemand behauptet, dass wir diese Erhöhung der Zuschüsse über Steigerungsraten in der Haushaltsposition erreichen. Wir erreichen sie über Umschichtung; das ist wahr. Aber eine Reduzierung von 80,7 auf 80 % ist überhaupt nicht existenzgefährdend,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nach dem alten Modell!)

während die Erhöhung, die ich eben genannt habe, existenz-erhaltend ist.

(Beifall bei der CDU)

Insofern kann ich nur sagen: Das Konzept trägt leicht geniale Züge.

(Heiterkeit – Abg. Wacker CDU: Zukunftweisend!
– Abg. Christine Rudolf SPD: Aber es ist nicht von Ihnen, oder?)

– Es ist ja nicht von mir, es ist von den Fraktionen. Ich kann nur sagen: Ich finde, das müssen Sie einmal hinkriegen: den einen 0,7 % nehmen und den anderen plus 24 % geben. So etwas schaffen nur Fraktionen. Das schaffe ich nicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Immer in der Relation!)

Ich bin bereit, alles Mögliche einzugestehen. Das ändert aber überhaupt nichts an unserer Haushaltslage. Diese ist, wie sie ist, im Jahr 2005, im Jahr 2006, und vermutlich wird sie auch im Jahr 2007 nicht viel besser werden.

(Abg. Wieser CDU: Da sind die Roten weg!)

Ich gestehe auch sofort zu – das habe ich übrigens schon gesagt, dazu war Ihre Frage gar nicht nötig –, dass das Bruttokostenmodell für viele charmant wirkt und dass auch viele sagen: Man muss hier einen Stufenplan entwickeln. Das Ministerium hat so etwas nie abgelehnt, aber ich sage Ihnen noch einmal: Meine Aufgabe – davon lasse ich mich nicht abbringen – besteht auch darin, sehr realistisch zu sehen, was möglich ist, und nichts anderes zu sagen als das, was möglich ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, es liegen zwei Wortmeldungen zu Zwischenfragen vor.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Nein, ich rede jetzt zu Ende.

Dann muss man auch hinzufügen: Vor zehn Jahren hat das Land Baden-Württemberg 589 Millionen DM für die Privatschulen ausgegeben, heute sind es 481 Millionen €. Das bedeutet in zehn Jahren eine Steigerung der Ausgaben um 60 %.

(Abg. Wacker CDU: Gigantisch!)

Dies unter anderem deshalb, weil es in dieser Zeit immer wieder Neugründungen gab. Deshalb meine herzliche Bitte: Wir sollten das, was wir jetzt an Besserstellung erreicht haben – 70 % –, nicht kleinreden. Das ist eine gute Botschaft.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir werden bei jeder Haushaltsberatung zu überlegen haben: Ist noch mehr drin? Wenn mehr möglich ist, werden wir mehr tun, und wenn nicht mehr möglich ist, müssen wir das den Leuten ehrlich sagen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rudolf.

(Abg. Wacker CDU: Jetzt ist doch wirklich alles gesagt!)

Abg. Christine Rudolf SPD: Mir ist schon klar, dass es Sie nicht freut, dass ich noch einmal hierher komme.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Ich muss einen kräftigen Schluck Wasser in diesen Wein gießen. Was Sie hier ausgeführt haben, kann man so nicht stehen lassen. Das betrifft in diesem Fall gar nicht das Ministerium, sondern es geht wirklich um das, was die Regierungsfractionen hier über Jahre veranstaltet haben und wo es heute zum Schlussakt kommt. Deshalb einfach noch einmal eine Nachbemerkung von mir.

Sie haben jahrelang Menschen bei den Schulen in freier Trägerschaft gebunden – zusammen mit dem Kultusministerium und dem Finanzministerium –, um eine gerechte Grundlage der Finanzierung zu erarbeiten. Diese Grundlage liegt sowohl für die allgemein bildenden Schulen als auch für die beruflichen Schulen vor und heißt Bruttokostenmodell.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und was, bitte, verstehen Sie darunter? Das wüsste ich jetzt wirklich gerne!)

Just in dem Moment, in dem Sie eine Gesetzesnovelle anstreben, erwarten natürlich alle, dass wenigstens dieser Begriff und diese Berechnungsart als Grundlage für weiteres gesetzliches Vorgehen vorgelegt werden.

(Abg. Wacker CDU: Das kostet viel Geld!)

Wirklich niemand hat erwartet, dass gleich ein ganz großer Schluck aus der finanziellen Pulle dazukommt,

(Abg. Zimmermann CDU: Weil da nichts drin ist!)

aber Sie haben einfach die geleistete Arbeit, den Beitrag, den die Schulen in freier Trägerschaft auch in unsere Arbeit eingebracht haben, mit Füßen getreten. Deswegen ist die Verärgerung bei den Schulen in freier Trägerschaft groß, zumindest bei denen, die jetzt Kürzungen erfahren, obwohl sie überhaupt keine Aussicht auf substanzielle Verbesserungen in den nächsten Jahren bekommen. Wir sind hier einfach auch ein Stück weit verpflichtet, das einzubringen, weil Sie selbst ja nicht bereit sind, weiter mit den Leuten zu reden.

(Abg. Wacker CDU: Nur! Wir reden ständig! Ständig reden wir!)

Sie haben sie ja nicht einmal über Ihr Vorgehen informiert. Das ist einfach ein Skandal.

(Zuruf von der SPD – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wacker CDU: Magerer Beifall bei der SPD!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Rudolf, Frau Rastätter, Sie haben es leider tatsächlich auch jetzt wieder nicht geschafft, uns zu sagen, was Sie unter Bruttokostenmodell verstehen. Das macht mich allmählich schon nachdenklich.

(Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD und Renate Rastätter GRÜNE)

Aber Sie haben auch völlig negiert, dass die Koalitionsfraktionen im Schulausschuss den Beschluss gefasst haben, dass wir dieses so bald wie möglich einführen wollen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Ja, ja! Das hätten Sie jetzt tun können! Das ist „so bald wie möglich“!)

Das ist kein Plakataushang, den wir nicht ernst nehmen wollen, sondern das ist unser festes Vorhaben.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Wann ist das? – Unruhe bei der SPD und den Grünen)

Allerdings hat Ihnen die Frau Ministerin gerade ganz klar gesagt, was es finanziell bedeuten würde, wenn wir nach diesem neuen Modell sofort auf 80 % gingen. Auch die Schulen in freier Trägerschaft haben gesagt: Das wollen wir gar nicht sofort.

(Lachen der Abg. Christine Rudolf SPD – Abg. Renate Rastätter GRÜNE schüttelt den Kopf.)

Wenn ich das aber ins Gesetz schreibe, dann steht morgen irgendjemand, der vielleicht gar nichts gesagt hat, vor einem Gericht und setzt es durch. Das können wir dem Landeshaushalt nicht zumuten.

(Abg. Wacker CDU: Das ist ein gutes Argument! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Stufenplan, Frau Berroth!)

(Heiderose Berroth)

Deshalb – genau, Frau Rastätter – müssen wir einen Weg suchen, der uns eine stufenweise Einführung ermöglicht. Ihr Gesetzentwurf hätte das leider nicht getan.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Selbstverständlich!)

Deswegen mussten wir den auch ablehnen. Wir müssen noch daran arbeiten, um das solide zu gestalten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abg. Berroth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage, sondern möchte jetzt noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass die SPD offensichtlich versucht, Windfall-Profits zu machen – mit etwas, von dem sie gar nicht weiß, was sie darunter verstehen soll.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit des Abg. Scheuermann CDU)

Auch die grünen Gutmenschen suggerieren hier gerne, sie könnten Wohltaten verteilen, obwohl sie dann auch wieder sagen, dass sie das Geld eigentlich doch nicht ausgeben wollten.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Jetzt sage ich Ihnen einmal, was wir wollen: Wir wollen ganz realistische Verbesserungen für die Schulen in freier Trägerschaft,

(Abg. Zeller SPD: Eine Kürzung ist bei Ihnen eine Verbesserung?)

und zwar schon deshalb, weil die FDP/DVP nachdrücklich daran interessiert ist, dass der Anteil der Schulen in freier Trägerschaft in unserer Schullandschaft erhöht wird.

(Abg. Zeller SPD: Deswegen kürzen Sie?)

Das kriegen wir nur mit solider Finanzierung hin. Daran werden wir tatkräftig weiterarbeiten. Sie können mich in einem Jahr gerne an meinen Worten messen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Christine Rudolf SPD: Das tun wir! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

– Jawohl, dazu stehe ich. Aber ich möchte es solide vorbereitet und nicht husch, husch. Geben Sie uns deswegen die Zeit dazu, dann machen wir etwas Rechtes daraus.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 13/3608.

Kann ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung bringen? – Sie sind damit einverstanden. Dann rufe ich den Gesetzentwurf im Ganzen auf.

Wer für die Annahme dieses Gesetzentwurfs ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf wurde mehrheitlich beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. Oktober 2004 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenprobe bitte! – Danke. Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist der neue Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

(Abg. Fleischer CDU: Entschließungsantrag! – Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, es liegt noch ein Entschließungsantrag vor! – Gegenruf der Abg. Christine Rudolf SPD: Der war doch zu einem Antrag, der gar nicht mehr existiert! – Unruhe)

– Bitte?

(Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, es liegt noch ein Entschließungsantrag vor! – Widerspruch bei der SPD)

– Mir liegt kein Entschließungsantrag vor. Es ist auch keiner aufgerufen.

(Abg. Hauk CDU: Okay! Gut, okay!)

Ich habe das gestern überprüft. Sie meinen wahrscheinlich den Antrag, der zu einem Antrag der Fraktion GRÜNE im Schulausschuss beschlossen wurde. Der kommt aber normal in den Geschäftsgang.

(Abg. Hauk CDU: Hat sich erledigt! – Gegenruf der Abg. Christine Rudolf SPD: Sie haben vergessen, ihn noch einmal einzubringen! – Unruhe)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuregelung des Gebührenrechts – Drucksache 13/3477

Das Präsidium hat für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung fünf Minuten Redezeit je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe. Nehmen Sie bitte Platz!

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich vermute, dass ich mit dem Gesetzentwurf, den ich heute einbringe, die Gemüter etwas beruhigen kann. Das ist im Gegensatz zum vorherigen Thema kein Thema, das die Emotionen stark hochgehen lässt.

(Abg. Stickelberger SPD: Abwarten! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Welche Gemüter mögen Sie denn beruhigen? – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ich möchte nämlich einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Gebührenrechts einbringen. Gestatten Sie mir, diesen Gesetzentwurf zu begründen.

Zur Ausgangslage: Mit unserem Gesetzentwurf novellieren wir im Wesentlichen das Landesgebührengesetz, wie es seit dem Jahr 1961 bestanden hat. Damals wurden die in Baden, Württemberg und Hohenzollern geltenden Regelungen zu einem einheitlichen Gebührenrecht des Landes Baden-Württemberg zusammengefasst.

In den vergangenen mehr als 40 Jahren haben sich die Verwaltungsstrukturen, die Handlungsformen der Verwaltung und die rechtlichen Rahmenbedingungen ganz entscheidend geändert. Das war für uns der Anlass, das Gebührenrecht des Landes auf den Prüfstand zu stellen und grundlegend zu überarbeiten. Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf übernimmt die Regelungen, die sich bewährt haben, und stellt sie in ein neues, zukunftsfähiges gebührenrechtliches Gesamtkonzept.

Lassen Sie mich auf die wesentlichen Eckpunkte eingehen:

Einer der wesentlichen Punkte ist die Dezentralisierung unseres Gebührenrechts. Mit der Verwaltungsstrukturreform haben wir die unteren Verwaltungsebenen nachhaltig gestärkt; mit dem vorliegenden Gesetzentwurf setzen wir diese Stärkung konsequent fort. Die Landratsämter, Verwaltungsgemeinschaften und Gemeinden können künftig als untere Verwaltungsbehörden ihre Gebührensätze selbst festsetzen. Die Kosten der Verwaltung vor Ort werden für den Bürger unmittelbar transparent. Er kann das Preis-Leistungs-Verhältnis gleichartiger öffentlicher Leistungen vergleichen und einen günstigeren Preis anmahnen.

Das erhöht die Motivation der Verwaltung, wirtschaftlich zu handeln. Gleichzeitig wird das Kostenbewusstsein der Verwaltung und des Bürgers gestärkt.

Ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, dass in Zukunft die Gemeinden und für viele dieser Gebühren die Landratsämter zuständig sind und dass natürlich der Vergleich unter den Gemeinden durchaus dazu führen kann, dass in den Gemeinderäten darüber diskutiert wird, wieso eine Gebühr in der eigenen Gemeinde höher als in einer anderen Gemeinde ist, ob das an der ineffizienten Erfüllung der Aufgabe liege oder ob falsch kalkuliert worden sei. Wir alle sind Anhänger der kommunalen Selbstverwaltung, und deswegen ist dies, glaube ich, der richtige Schritt.

Der nächste Punkt: Es sollen betriebswirtschaftliche Grundsätze eingeführt werden, vor allem ein Kostendeckungsgebot.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Der Gesetzentwurf berücksichtigt betriebswirtschaftliche Leitgedanken und knüpft damit auch an die Fortentwicklung unseres Haushaltsrechts aus dem Jahr 1998 an. Wir haben damals das Haushaltsrecht modernisiert und um betriebswirtschaftliche Elemente wie zum Beispiel die Kosten- und Leistungsrechnung erweitert. Durch den Einsatz der Neuen Steuerungsinstrumente in der Haushaltswirtschaft haben wir die Grundlagen für eine betriebswirtschaftliche Kostenkalkulation entscheidend verbessert.

Um auch da ganz praktische Beispiele zu nennen: Wir werden in Zukunft in der Lage sein, in jedem Fall Abschreibungen, auch kalkulatorische Abschreibungen, in die Kostengebühren einzusetzen, bis hin zur kalkulatorischen Verzinsung von Eigenkapital. Selbstverständlich werden wir neben dieser Kostendeckung immer auch noch die verfassungsrechtlichen Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der sozialen Gerechtigkeit berücksichtigen. Aber der Normalfall wird natürlich die Kostendeckung einer Gebühr sein müssen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! So ist es!)

Drittens: Entbürokratisierung und Deregulierung. Der Gesetzentwurf trägt auch den Entbürokratisierungs- und Deregulierungsbestrebungen des Landes Rechnung. Wir wollen überholte Spezialregelungen, zum Beispiel Gebührenmarken, abschaffen. Wir wollen Zustimmungsvorbehalte für die einzelnen Regelungen aufgeben, zum Beispiel den Zustimmungsvorbehalt des Finanzministeriums.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

Dort, wo es möglich ist, übernimmt das neue Gebührenrecht inhaltlich die Regelungen der Abgabenordnung oder lehnt sich an diese an. Mit der Abgabenordnung hat jeder Steuerzahler zu tun, und deswegen sind diese Regelungen vielleicht nicht unbedingt populärer, aber doch zumindest bekannter.

Dieser zuletzt von mir genannte Punkt führt auch zu einer höheren Rechtssicherheit für den Gebührenschuldner. Insbesondere kann bei Streitigkeiten auf die Auslegungskriterien des allgemeinen Abgabenrechts Bezug genommen werden.

Der Gesetzentwurf greift den vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Begriff der „öffentlichen Leistung“ auf. Bisher waren Begriffe wie „Amtshandlung“ und „(Be-)Nutzung“ üblich. Wir wollen hier aber ganz bewusst den Begriff „öffentliche Leistung“ einführen. Unter dem neuen umfassenden Begriff der „öffentlichen Leistung“ lassen sich heute alle praktizierten Handlungsformen der Verwaltung zusammenfassen. Der weite Begriff erleichtert auch die Einbeziehung neuer Rechtsentwicklungen bei den Formen des Verwaltungshandelns.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass das Land Baden-Württemberg ein Vorreiter ist. Der Bund ebenso wie auch andere Bundesländer versuchen seit vielen Jahren, ihr Gebührenrecht zu novellieren. Wir werden die Ersten sein, die ein solches modernes, flexibles und zukunftsfähiges Gebührenrecht haben, wenn der Landtag entsprechend zustimmt.

(Minister Stratthaus)

Wir gehen also mit unserer Gesetzesvorlage den Weg der Modernisierung unserer gesamten Landesverwaltung konsequent weiter, und ich möchte Sie um Ihre Unterstützung bitten. Einzelheiten werden wir wie gewohnt im Finanzausschuss diskutieren, und ich hoffe, dass wir eine breite Zustimmung zu diesem Gesetz finden werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Herrmann.

Abg. Herrmann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion begrüßt den Entwurf zur Neuregelung des Landesgebührenrechts, weil damit das über 40 Jahre alte Landesgebührenrecht in großem Umfang modernisiert und die Eigenverantwortung vor allem der kommunalen Ebene gestärkt wird. Darüber hinaus wird auf zwischenzeitlich überflüssig gewordene Vorschriften verzichtet.

Ich möchte insbesondere hervorheben, dass die Einführung der dezentralen Gebührenfestsetzung durch die unteren Verwaltungsbehörden, die in dem Gesetzentwurf vorgesehen ist, den Landratsämtern, Verwaltungsgemeinschaften und Gemeinden erstmals die Möglichkeit gibt, Gebühren – genauer gesagt, die gebührenpflichtigen Tatbestände und die Gebührensätze – eigenständig festzulegen. Diese Zuständigkeit lag bisher bei der Landesregierung, und man konnte individuelle Verhältnisse vor Ort nicht entsprechend berücksichtigen.

Das bedeutet aber auch, dass wir in den verschiedenen Landkreisen oder Verwaltungsgemeinschaften unterschiedliche Gebühren bekommen. Aber die Gebühren können dann stärker auf betriebswirtschaftliche Prinzipien hin ausgerichtet werden, weil sie explizit auf der Basis einer betriebswirtschaftlichen Kostenkalkulation errechnet werden und weil die Verwaltungskosten dann nach den betriebswirtschaftlich ansatzfähigen Kosten wie Personal-, Sach- und Gemeinkosten im jeweiligen Gebiet ermittelt werden.

Das kann – das will ich auch deutlich sagen – in dem einen oder anderen Fall zu Gebührenerhöhungen führen; es kann aber auch zu Gebührensenkungen führen, da zwischen den einzelnen Ebenen dann auch eine unmittelbare Vergleichbarkeit gegeben ist. Das Kostenbewusstsein und der Druck zu wirtschaftlichem Verwaltungshandeln werden dadurch erhöht, und das ist sicher im Sinne von uns allen.

Es werden auch Sonderregelungen in allgemeinen Bereichen wie zum Beispiel bei Stundung oder Erlass gestrichen, und es erfolgen Anpassungen an das allgemeine Abgaberecht. Das dient der Rechts- und damit auch der Verwaltungsvereinfachung.

Lassen Sie mich noch einen Einzelfall aus dem Gesetzentwurf ansprechen, zu dem wir im Finanzausschuss einen Änderungsantrag stellen werden. Es handelt sich hier um die fleischhygienerechtlichen Gebühren. Nach dem derzeitigen Entwurf gibt es zwei gebührenrechtliche Rückwirkungstatbestände in diesem Bereich. Einmal können bis zum 31. Dezember 2003 die Kreise die ihnen entstandenen Kosten für die Trichinenuntersuchungen und für die bakteriolo-

gischen Untersuchungen erheben, die aufgrund einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom November 2002 nicht mehr erhoben werden dürfen. Diese Gebühren können die Kreise bis 31. Dezember 2003 so erheben, wie es nach der alten Gebührenverordnung möglich war. Das bedeutet also keine Mehrbelastung des Gebührenschuldners.

Jetzt kommt der entscheidende Knackpunkt. Ab 1. Januar 2004 sollen die Kreise rückwirkend insgesamt kostendeckende Fleischhygienegebühren auf der Grundlage eigener Gebührensatzungen erheben. Wir haben jetzt Oktober. Wir werden das Gesetz im November endgültig verabschieden. Das hieße dann rückwirkend möglicherweise erhöhte Gebühren für elf Monate. Das halten wir nicht für richtig. Wir wollen einen Änderungsantrag dahin gehend einbringen, dass die ungedeckelten Gebühren nicht ab 1. Januar 2004, sondern erst mit Inkrafttreten des Gesetzes ab 1. Januar 2005 erhoben werden können. Das dient einfach auch dazu, dass die Gebührenschuldner gleich behandelt werden und wir keine rückwirkend erhöhten Gebühren erheben.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sehr gut!)

Diese Änderungswünsche sind uns von verschiedenen Bereichen, insbesondere aus dem Kreis der Landwirte und Schlachtbetriebe, mitgeteilt worden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Und von der Opposition!)

Wir halten das für überzeugend. Deshalb wird ein entsprechender Änderungsantrag in der zweiten Lesung kommen. Weitere Details können wir noch im Ausschuss besprechen. Ansonsten stimmen wir dem Gesetz im Grundsatz zu.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

Abg. Stickelberger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Finanzminister hat zu Recht angedeutet, dass dieses Gesetz keinen Anlass zu ideologischen Grabenkämpfen gibt. Gestatten Sie mir gleichwohl einige Bemerkungen.

Wir begrüßen natürlich die Anpassung des Gebührenrechts an das moderne Verwaltungshandeln insgesamt. Wir halten es für richtig, hier den Leistungsbegriff einzuführen, um dem Tätigwerden der modernen Verwaltung in seiner Breite Rechnung zu tragen. Das ist sicher der richtige Weg. Wir begrüßen auch die Festlegung des Kostendeckungsprinzips und des Äquivalenzprinzips in einfacher gesetzlicher Regelung. Diese Vorgaben haben wir schon bisher aufgrund der Rechtsprechung grundsätzlich im Gebühren- und Abgaberecht, aber es erfolgt jetzt eine Klarstellung, die sicher auch Rechtsklarheit für die Gebührenschuldner bringt.

Mit dem Gesetz wird auch das Ziel erreicht, dass das Gebührenhoheitsrecht, wenn man es einmal so sagen darf, der Aufgabe folgt. Insoweit ist die jetzige Gesamtregelung sicher auch konsequent im Hinblick auf die Zuständigkeitsveränderungen nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz. Die Gebühr folgt der Aufgabe, also derjenige, der die

(Stickelberger)

Verwaltungsleistung erbringt, soll auch die Hoheit haben, die Gebühr festzusetzen. Das ist sicher ein richtiger Weg, auch wenn wir natürlich – das wurde vom Kollegen Herrmann angedeutet – in den Landkreisen, in den unteren Verwaltungsbehörden zu unterschiedlichen Gebührensätzen kommen werden. Das mag im einen oder anderen Fall zu Beschwerden seitens der Gebührenschuldner führen, es mag aber auch Erleichterungen geben.

Ich gehe einmal davon aus, dass wir eine Phase bekommen werden, in der die Gebühren dann auch einer gerichtlichen Überprüfung unterliegen – wie auch bisher schon – und dann an den Grundsätzen des Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzips gemessen werden. Ich halte diese unterschiedliche Gebührenfestsetzung vor diesem Hintergrund auch für vertretbar.

Im Übrigen ist da ja auch der Wettbewerbsgedanke von Bedeutung. Den darf man nicht unterschätzen. Ich glaube, dass hier durchaus ein sinnvoller Wettbewerb im Verwaltungshandeln eintreten kann.

Sie, Herr Finanzminister, und auch der Kollege Herrmann haben auf einige Einzelheiten verwiesen. Darüber wird dann sicher noch im Ausschuss zu diskutieren sein. Wir haben einige Bedenken dagegen, dass wir in den Fällen, in denen keine tatbestandliche Regelung vorliegt, eine Gebühr von bis zu 10 000 € bekommen können. Wir haben Zweifel daran, dass dies dem Bestimmtheitsgebot entspricht. Es gibt auch die Gebührenregelung, dass, wenn etwa Genehmigungsfiktionen eintreten, genau so eine Gebühr ausgelöst wird wie beim eigentlichen Verwaltungshandeln selbst. Auch das ist möglicherweise nicht ganz unproblematisch. Aber darauf können wir im Ausschuss noch im Einzelnen eingehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Richtig! Da gehört das hin!)

Für nicht problematisch halten wir die Anregung des Landkreistags, die Sie in Ihrer Vorlage auch behandelt haben, bei der Erhebung von Gebühren durch die Landratsämter im kommunalen und staatlichen Bereich auf das Gebührengesetz zu verzichten und stattdessen das KAG generell zur Anwendung zu bringen. Dazu wird – meines Erachtens konsequent – ausgeführt, dass man zwischen den staatlichen Aufgaben, die die Kommunen wahrnehmen, und ihren Selbstverwaltungsaufgaben trennen muss und dass diese Unterscheidung verwischt würde, wenn man hier das KAG anwendete. Allerdings ist es für den Bürger zunächst einmal wenig transparent, dass ein Organ in dieser Gesellschaft einmal nach den gebührenrechtlichen Vorschriften handelt und im anderen Fall die Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes festsetzt. Das scheint mir aber im Ergebnis nicht ganz so bedeutsam zu sein; denn der Bürger wird die Gebühr in erster Linie danach beurteilen, wie hoch sie ist, und nicht danach, auf welcher gesetzlichen Grundlage sie festgesetzt wird. Gleichwohl ist diese systematische Präzision sicher strukturkonform, wenn man davon ausgeht, dass man die Gebührenhoheit der Aufgabe folgen lässt.

Klarstellungen sind auch im Bereich der persönlichen Gebührenfreiheit erfolgt. Dabei beschränkt man sich in be-

stimmten Bereichen auf die steuerpflichtigen wirtschaftlichen Betriebe. Auch das begrüßen wir.

Einen brisanten Punkt, der besonders auch die Verbände interessiert, haben Sie angesprochen, Kollege Herrmann. Es geht um die Rückwirkung in Bezug auf Leistungen, die aufgrund des Fleischhygienegesetzes erbracht werden. Ich darf auf die entsprechenden Veröffentlichungen, etwa vorgestern in der „Stuttgarter Zeitung“, verweisen. Ich gehe davon aus, dass diese Rückwirkung aufgrund des angekündigten Änderungsantrags abgemildert wird; denn sie führte sicher dazu, dass die fleischverarbeitenden Betriebe da in Schwierigkeiten kommen würden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, richtig!)

Sie sind ohnehin einem starken Wettbewerb ausgesetzt und können oder werden das möglicherweise bei ihren Kunden ihrerseits nicht mehr rückerheben.

Im Übrigen sind wir wahrscheinlich damit konfrontiert, dass aufgrund europarechtlicher und verwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung ohnehin wegen der neuen Gebührensicht auch Gebührenerhöhungen in diesem Bereich zu erwarten sind. Insofern glaube ich, dass man mit diesem Antrag, den Sie angekündigt haben, dann auch die entsprechenden Folgen abmildern kann. Insoweit warten wir die Beratungen im Ausschuss ab.

Insgesamt – das sage ich als Fazit – ist es sicher der richtige Weg, die Gebühren in dieser Form auf eine einheitliche, moderne gesetzliche Grundlage zu stellen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU und Oelmayer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

(Abg. Fischer SPD: Heute ist ein Großtag für Herrn Kleinmann! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber nur was die Quantität betrifft!)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kernpunkt des Entwurfs ist die Einführung der obligatorischen dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden. Diese Entscheidung folgt dem Grundsatz der Delegation von Verantwortung auf die Landratsämter sowie die Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, soweit diese Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde wahrnehmen.

Wir wollen die unteren Verwaltungsbehörden dadurch stärken. Sie sind als Landratsämter, Stadtkreise und Große Kreisstädte, Verwaltungsgemeinschaften oder Gemeinden näher an der Sache und können und sollen die gebührenpflichtigen Tatbestände, die Gebührensätze und die Gebührenerleichterungen in eigener Zuständigkeit und Verantwortlichkeit künftig selbst festsetzen. Die Landratsämter treffen diese Festsetzung durch Rechtsverordnungen, die Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften durch Satzungen.

(Kleinmann)

Mit der dezentralen Gebührenfestsetzung knüpfen wir an die in vielen Bereichen bereits vollzogene Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente in die Haushaltswirtschaft an. Der Herr Finanzminister hat bereits darauf hingewiesen. Der Preis für eine öffentliche Leistung wird anhand einer betriebswirtschaftlichen Kostenberechnung ermittelt, in die Personal- und Sachkosten sowie kalkulatorische Kosten einschließlich entsprechender Gemeinkostenanteile eingehen.

Mit der dezentralen Gebührenfestsetzung werden unterschiedliche Gebührensätze für prinzipiell gleiche öffentliche Leistungen zur Normalität, meine Damen und Herren. Dies sollte uns aber nicht schrecken. Denn in dieser Unterschiedlichkeit liegt gleichzeitig auch ein Anreiz, die unterschiedlichen Preis-Leistungs-Verhältnisse vergleichend zu analysieren und ein stärkeres Kostenbewusstsein zu entwickeln. Der Druck zu einer stetigen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns nimmt auf diese Art und Weise zu. Auch dieser Effekt ist durchaus erwünscht und sinnvoll.

Ein wesentlicher Punkt der Anhörung, in dem sehr unterschiedliche Positionen der kommunalen Landesverbände sowie der Kirchen und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege deutlich geworden sind, betrifft die Regelungen der Gebührenfreiheit gemäß § 10 des Gesetzentwurfs. Gebührenbefreit bleiben grundsätzlich das Land und die kommunalen Gebietskörperschaften. Gegenüber dem Gesichtspunkt einer höheren Kostentransparenz schlägt der mit einer konkreten wechselseitigen Gebührenerhebung verbundene erhöhte Verwaltungsaufwand allerdings stärker zu Buche.

Es bleibt auch bei der schon aus verfassungsrechtlichen Gründen gebotenen weitgehenden Gebührenfreiheit der Kirchen und anerkannten Religionsgemeinschaften. Und ebenso bleibt es bei der Gebührenfreiheit der Verbände der freien Wohlfahrtspflege. Dies alles gilt allerdings nicht uneingeschränkt. Es gilt dann nicht – –

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das war nicht so wichtig!)

– Sie brauchen nicht immer zu bekunden, dass Sie mit der Kirche nichts am Hut haben. Das wissen wir schon, Herr Oelmayer. Ihnen muss man einmal eine Ölung verpassen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU
– Abg. Fischer SPD: Er war Ministrant! – Abg. Fleischer CDU: Es muss ja nicht die Letzte sein! –
Abg. Oelmayer GRÜNE: Hoffentlich haben Sie nicht die Letzte gemeint!)

Ich habe bewusst das Wort „Letzte“ nicht genannt, zumal es das inzwischen auch gar nicht mehr gibt. Das heißt inzwischen Krankensalbung.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Die Kirchen könnten das doch selbst machen! Das ist doch nicht unser Job!)

Um zur Sache zurückzukehren: Es bleibt auch bei der Gebührenfreiheit für Verbände der freien Wohlfahrtspflege, allerdings nicht uneingeschränkt. Es gilt dann nicht, wenn die gebührenbefreiten Stellen berechtigt sind, die Gebühren Dritten aufzuerlegen oder auf Dritte umzulegen. Für die

Kirchen und Wohlfahrtsverbände gilt dies nur für deren steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe oder Betriebe gewerblicher Art. Die genannten Befreiungen gelten ferner nicht für Gebührenbereiche, in denen auch Dritte tätig sind, die nicht Behörde sind.

(Abg. Scheuermann CDU: Das steht alles im Gesetzentwurf!)

Dies dient der Wettbewerbsgleichheit zwischen Behörden der Landesverwaltung auf der einen Seite und Dritten, die gleiche öffentliche Leistungen erbringen, andererseits. Es wird niemals möglich sein, allen Interessen und Anregungen, die im Rahmen einer Anhörung eingebracht werden, gleichermaßen gerecht zu werden.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist eine insgesamt überzeugende Lösung. Der Grundsatz des Vertrauens in die Überlegenheit und Stärke dezentraler Lösungen ist richtig. Die Ziele der Verwaltungsvereinfachung und Deregulierung, einer höheren Kostentransparenz, des Verstärkens betriebswirtschaftlichen Denkens und einer Stärkung des Kostenbewusstseins öffentlicher Verwaltung werden von uns begrüßt.

Die erneut vorgebrachten Bedenken gegen einzelne Passagen des Gesetzentwurfs werden wir dennoch gründlich prüfen, Herr Stickelberger und Kollege Herrmann. Die erste Lesung ist nicht der Ort, hierauf im Einzelnen einzugehen. Wir werden dies bei der Beratung im Finanzausschuss vornehmen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat enthält dieser Gesetzentwurf, den der Finanzminister für die Landesregierung eingebracht hat, eigentlich keinen großen Sprengstoff. Auch wenn der Kollege Kleinmann das vielleicht anders sieht, bin ich trotzdem der Auffassung, dass für Gebührenerhebungen, Kirchensteuern usw. nicht die staatlichen Körperschaften zuständig sein sollten, sondern die Kirchen das in eigener Regie tun sollten. Aber dies ist nicht der Sprengstoff. Ich habe das ja schon ausgeführt. Damit will ich gleich das Fazit für meine Fraktion vorwegnehmen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Kennen Sie den Unterschied zwischen Gebühren und Steuern?)

– Och, ja, Kollege Kleinmann, jetzt aber! Das erkläre ich Ihnen dann nachher bilateral draußen!

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Also, wie kommen Sie dann zur Kirchensteuer?)

Ich darf für unsere Fraktion gleich einmal das Fazit vorwegnehmen: Herr Finanzminister, Sie können mit unserer Unterstützung dieses Gesetzentwurfs rechnen.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt ist Deutschland gerettet! – Unruhe)

(Oelmayer)

– Kollege Fleischer, Sie können ja einmal eine Spende an die Kirche machen, wenn Sie der Meinung sind, dass das so aufregend ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, das wäre schön! –
Abg. Fleischer CDU: Für Ihre Letzte Ölung?)

– Ich hoffe, nicht für die Letzte Ölung. Das hat mir ja nicht einmal der Kollege Kleinmann gewünscht.

(Abg. Fleischer CDU: Die Letzte Ölung, prophylaktisch hilfreich!)

– Ja, die Letzte Ölung, prophylaktisch.

Die drei Grundgedanken, die der Gesetzentwurf quasi in sich trägt – die Gebührenerhebungen an die Rechtsentwicklungen auch innerhalb der Verwaltung anzupassen, zu vereinfachen und zu mehr Kostenbewusstsein zu führen –, können eigentlich von keiner Fraktion in diesem Haus diskreditiert werden. Ich möchte trotzdem noch zwei, drei Details nennen, die wir in den Ausschussberatungen vielleicht noch etwas präziser miteinander diskutieren können.

Das ist zunächst einmal die Frage der Transparenz. Natürlich stellt dieser Gesetzentwurf und die Umsetzung dessen, was darin steht, für Fachleute und für Sie, Herr Finanzminister, tatsächlich mehr Transparenz dar. Wenn ich allerdings an die Bürgerinnen und Bürger denke, die die Gebührenbescheide bekommen, meine ich, dass das nicht ohne weiteres zutrifft. Die haben vielleicht mehr Transparenz insoweit, als der Gebührenbescheid nicht mehr aus Stuttgart oder einem anderen entfernten Ort, sondern tatsächlich gegebenenfalls von der Gemeinde kommt, bei der man dann schneller und einfacher Rücksprache halten kann. Insofern besteht wohl mehr Effizienz, und insoweit ist es vielleicht auch eine richtig verstandene Transparenz. Aber ich bezweifle, dass von den Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich das Äquivalenzprinzip verstanden wird. Ich habe manchmal den Eindruck, dass auch bei den Verwaltungen dieses oder jenes noch nicht ganz richtig angekommen ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Insofern sollte man Transparenz nicht an erster Stelle nennen.

Ein weiterer Punkt, den ich nennen möchte: Die unterschiedliche Gebührenhöhe, die ja jetzt durch diesen Gesetzentwurf – wenn er zum Gesetz wird, wovon wir ja jetzt ausgehen können – in den einzelnen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften und in den einzelnen Landkreisen –

(Abg. Schneider CDU: Ja!)

– Ja, mir war schon klar, dass der Kollege Schneider „ja“ ruft, und zwar einfach deswegen, weil er natürlich ein wettbewerbsorientierter Mensch ist

(Abg. Schneider CDU: Best practice!)

und mit seinem Landkreis versucht, den Wettbewerb gegenüber seinen Nachbarlandkreisen zu präjudizieren. Insofern glaube ich schon, dass der Wettbewerb ein Gedanke ist.

Aber es wird natürlich auch Gemeinden, Kommunen und Verwaltungsgemeinschaften geben, die sich nicht so leicht

tun, weil sie über andere Strukturen als ausgerechnet der Landkreis Biberach verfügen. Insofern finde ich die Regelung im Gesetzentwurf richtig, dies von Zeit zu Zeit – wenn ich es richtig weiß, nach zwei Jahren – zu überprüfen. Diese Bedenken kann man also als ausgeräumt ansehen.

Ein weiterer Punkt, der von unserer Seite noch angesprochen werden soll, betrifft das Thema der Harmonisierung, gegebenenfalls auch mit dem Kommunalabgabengesetz. Dort sehen wir auch wie hier bei den Gebühren – das wurde in der Begründung zum Gesetzentwurf auch irgendwo angesprochen – Reformbedarf.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Diskutieren wir im Ausschuss!)

Es wäre wahrscheinlich ein zu großes Projekt für das Ministerium gewesen, dies in einem Aufwasch zu tun. Aber wir sind der Auffassung, dass auch hier Reformen dringend angesagt sind.

Kurzum und zusammengefasst: Sie können mit der Zustimmung unserer Fraktion zum Gesetzentwurf rechnen. Einzelne Detailpunkte können wir im Ausschuss tatsächlich noch einmal beraten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Ein Sprengstoff, der vielleicht im Gesetzentwurf enthalten war, nämlich die Rückwirkung dieses Gesetzes für die Fleischschauungsgebühren, wenn ich dies einmal so sagen darf, wurde vom Kollegen Herrmann – natürlich wohl wissend, dass das von der Opposition sonst ohnehin gekommen wäre – schon abgeräumt.

(Abg. Herrmann CDU: Wir machen die Arbeit der Opposition mit!)

Das ist sehr zu begrüßen.

(Abg. Fischer SPD: Deswegen stimmen wir auch zu!)

Auch zu diesem Antrag, Kollege Kleinmann, signalisieren wir im Prinzip schon vorab Zustimmung. Deshalb denke ich, dass bei diesem Gesetzentwurf auch in den Ausschussberatungen nicht mehr allzu viel Sprengstoff vorzufinden sein wird.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für Ihre Aufmerksamkeit.

(Abg. Fleischer CDU: So gefallen Sie mir!)

Ich freue mich auch, dass ich einmal zu einem Vorhaben der Landesregierung nicht konfrontativ argumentieren musste, sondern konsensual Stellung nehmen durfte.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung – Drucksache 13/3491

Das Präsidium hat für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung befasst sich im Rahmen der Neuordnung der Wirtschaftsförderung mit den rechtlichen Auswirkungen der Auflösung des Landesgewerbeamts Baden-Württemberg. Die Konzeption in Bezug auf das Landesgewerbeamt sieht in ihren Grundzügen wie folgt aus:

Im Zuge der Verwaltungsreform wird das Landesgewerbeamt zum 1. Januar 2005 alle hoheitlich geprägten Aufgabenbereiche an die Regierungspräsidien abgeben. Für die nicht hoheitlichen Aufgaben des Landesgewerbeamts ist Folgendes vorgesehen:

Als zentrale Anlaufstelle der Wirtschaft wurde bereits vor kurzem der W-Punkt im Haus der Wirtschaft eröffnet. An der Eröffnung hat übrigens Herr Abg. Schmiedel teilgenommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Und ich bin nicht begrüßt worden! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Deswegen erwähne ich das hier ausdrücklich, Herr Abgeordneter.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Fischer SPD: Jetzt steht es sogar im Protokoll!)

Mit dem W-Punkt sollen Ratsuchende zum Thema Wirtschaftsförderung schnell und fachkundig darüber informiert werden, welche Organisationen welche Förderangebote bereithalten. Für diese Aufgabe stehen drei langjährige Mitarbeiterinnen des früheren LGA, die in den unterschiedlichen Themen der Wirtschaftsförderung erfahren sind, ganztägig zur Verfügung. Sie werden – das ist mir wichtig – von den Mitarbeitern des betreffenden Fachreferats im Wirtschaftsministerium – das sind vier Beamte des höheren Dienstes und drei Beamte des gehobenen Dienstes – intensiv unterstützt und geschult.

Die Arbeitsschwerpunkte des W-Punkts in den kommenden Monaten sind die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, die Optimierung des Internetauftritts und die intensivere Zusammenarbeit mit den Partnern – das sind die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die L-Bank sowie kommunale und regionale Wirtschaftsförderungseinrichtungen. Ich glaube, wir sind da mit dem W-Punkt auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, die Kernbereiche der operativen Wirtschaftsförderung werden in das Wirtschaftsministerium aufgenommen. Damit gelingt es – so ist unsere Sicht –, konzeptionelle Arbeiten mit der Umsetzung der jeweiligen

Maßnahmen und Projekte zu verbinden. Bei einer Zerlegung der wirtschaftsfördernden Maßnahmen in konzeptionelle, beratende und finanzielle Förderung ginge die angestrebte Bündelung der Wirtschaftsförderung verloren. Denn die Besonderheit der Mittelstandsförderung besteht gerade in einer engen Verzahnung von konzeptioneller Tätigkeit und Wirtschaftsfördertätigkeit. Der enge Kontakt zu Wirtschaftsorganisationen ist Grundlage der Entwicklung und Planung von Programmen und Aktivitäten des Wirtschaftsministeriums.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Gibt es noch Geld für diese Programme?)

Meine Damen und Herren, die Aufgaben des Betriebs des Hauses der Wirtschaft und des Veranstaltungsmanagements werden in einem Referat des Wirtschaftsministeriums wahrgenommen. Auch damit erhoffen wir uns Synergien in den Querschnittsbereichen.

Für das Design Center und die Aufgabenbereiche Technik und Patente sind die Untersuchungen über die zukünftige Zuordnung noch nicht abgeschlossen. Hier laufen noch Gespräche mit den für eine Aufnahme infrage kommenden Institutionen.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass diese Neuordnung der Wirtschaftsförderung spürbare Verbesserungen erbringen wird. Konzepte und Umsetzungen kommen aus einer Hand, Entscheidungswege werden kürzer, das Beratungsangebot an die Wirtschaft wird intensiviert,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

die Angebote für Unternehmen werden transparenter, die verschiedenen Ebenen und Prozesse werden besser vernetzt, die Koordination wird ausgebaut.

Ich möchte zum Schluss noch einmal betonen: Die Wirtschaftsförderung wird nicht zerschlagen, sondern optimiert, denn es entsteht eine schlagkräftige Wirtschaftsförderung aus einem Guss. Daher bitte ich, dem Gesetzentwurf in den Ausschussberatungen zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weiter erteile, darf ich auf der Zuhörertribüne eine Delegation des Ausschusses für Wirtschaft, Privatisierung und Unternehmen des Nationalrats der Slowakischen Republik unter Leitung des Ausschussvorsitzenden Ján Rusnák besonders begrüßen. Begleitet wird die Delegation vom Generalkonsul der Slowakischen Republik, Herrn Petr Mišik, sowie von Herrn Honorarkonsul Christoph Goeser. Herzlich willkommen hier im Landtag von Baden-Württemberg!

(Beifall im ganzen Haus)

Unsere slowakischen Gäste befinden sich auf einem dreitägigen Informationsbesuch in Baden-Württemberg. Sie werden auch mit den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses des Landtags zu einem Gedankenaustausch zusammentreffen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen und informativen Aufenthalt und hoffe, dass Sie Baden-Württemberg in guter Erinnerung behalten.

Das Wort erhält Herr Abg. Fleischer.

Abg. Fleischer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Rein formal gesehen bedarf der Gesetzentwurf eigentlich nicht der Diskussion. Denn es geht lediglich darum, das umzusetzen und zu vollziehen, was bereits beschlossen ist, nämlich die Neuordnung der Wirtschaftsförderung. Dabei geht es darum, dass die Gründungsnorm des Landesgewerbeamts von 1952 jetzt außer Kraft gesetzt werden soll – das ist logisch – und dass im Übrigen der Begriff Landesgewerbeamt, wenn es diese Behörde als solche nicht mehr gibt, aus den entsprechenden gesetzlichen Vorschriften genommen werden soll.

Die Redezeiten, die zu diesem Punkt vereinbart wurden, basieren sicherlich auf dem Hintergrund, dass man zu den inhaltlichen Fragen, die hinter der Neuordnung stehen, einig sein sollte. Dem komme ich in Ergänzung dessen, was der Herr Staatssekretär gerade gesagt hat, gern nach.

Wir sind der Auffassung, dass die beschlossene Konzentrierung und Erhöhung der Transparenz im Ministerium sehr wichtig, sehr richtig und sehr gut ist. Das ist ein richtiger Weg, was gerade auch für einen Bereich gilt, der für unser exportorientiertes Land von besonderer Bedeutung ist, nämlich die Auslandsmarkterschließung mit Standortmarketing. Das wurde neu geordnet, indem ausdrücklich das Hochschulmarketing hinzugekommen ist.

Ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen: Bei den Reisen, an denen wir den jeweiligen Minister begleitet haben – ob das Schaufler, Spöri oder Döring war oder ob es jetzt Pfister sein wird –, wenn wir mit mittelständischen Unternehmen unterwegs waren, haben wir immer wieder alle zusammen parteiübergreifend und fraktionsübergreifend gemerkt, dass an uns fast genauso viele, manchmal sogar noch mehr Fragen zum tertiären Bildungsbereich und zur Forschungsförderung gestellt wurden als zur eigentlichen direkten Wirtschaftsförderung. Deswegen war es dringend geboten, dass man beide Bereiche nunmehr unter einem Dach vereinigt hat und dass eine extra Abteilung für den Forschungsbereich geschaffen wurde. Beim Wirtschaftsministerium und beim Wissenschaftsministerium ressortierten unterschiedliche Institute: Fraunhofer-Institute, Max-Planck-Institute usw. In der angewandten und in der theoretischen Forschung waren damit zwei Häuser zuständig. Insofern ist es sehr sinnvoll und sehr gut, dass man dies nunmehr zusammenbringt, damit wir – der Minister, der Staatssekretär, aber auch wir Abgeordnete, die sie begleiten – in der Zukunft entsprechende Antworten aus einer Hand geben und nacharbeiten können.

Es ist auch für das Tourismusland Nummer 1 in unserer Republik sehr wichtig, dass man die Förderung zusammenbindet und zu vernünftigen Konzentrierungen kommt. Das sollte ebenfalls fraktionsübergreifend einheitliche Meinung sein.

Zwar müssen mit der neuen Förderung lieb gewonnene, verschieden verlaufende Traditionen zwischen Baden und Württemberg nunmehr aufgegeben werden, doch machen

die Zeichen der Zeit und vor allem der besondere Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg diese Konzentrierung notwendig, um einerseits schlanker und andererseits schneller und wirksamer werden zu können.

Aus diesem Grunde werden wir den Gesetzentwurf im Ausschuss mit sehr positiver Grundeinstellung begleiten. Wir können schon heute signalisieren, dass wir die rein formalen Dinge, die ja nur zur Entscheidung stehen, mit beschließen werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Wirtschaftsförderung ist immer dann gut aufgestellt, wenn es eine Tür für die verschiedenen Anliegen von Unternehmen gibt: one door.

(Zurufe: Oi! – Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Er spricht fließend Englisch!)

Gemessen an diesem Prinzip ist der Titel des Gesetzentwurfs

(Abg. Drexler SPD: Katastrophal!)

„Neuordnung der Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg“ natürlich ein Schuss in den Ofen, denn hier wird ja nichts zusammengeführt.

(Abg. Drexler SPD: Ein Schuss in mehrere Türen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Ein Schrotgewehr!)

An wen wendet sich denn beispielsweise ein Biotechunternehmen, das um die zweite Runde der Finanzierung kämpft? An wen wendet es sich in Baden-Württemberg: an Herrn Staatsrat Beyreuther, an den Staatssekretär, an den Geschäftsführer von BIOPRO, an die LKB oder an den Biotechfonds der L-EA, der wieder woanders sitzt? An wen wendet es sich?

(Abg. Kurz CDU: Am besten an den Kollegen Schmiedel! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das machen in der Zwischenzeit auch viele!)

– Das machen sie, ja.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Leider erfolglos!)

Aber ich stehe doch vor demselben Problem. Ich schreibe dann dem Wirtschaftsminister: „BIOPRO schreibt: ‚Wunderbar. So, wie die es machen, ist es beispielhaft.‘“ Dann schreibt der Wirtschaftsminister an die LKB: „So, wie die es machen . . .“

(Abg. Drexler SPD: Ist es richtig! – Abg. Hofer FDP/DVP: Beispielhaft!)

Die LKB schreibt dann zurück: „Aber wir sehen es anders.“ Dann schreibt der Wirtschaftsminister mir wieder zurück: „Es tut mir Leid, aber ich muss mich . . .“ Das ist doch nicht eine Tür.

(Schmiedel)

(Abg. Fleischer CDU: Was passiert, wenn die es gleich sehen?)

Das führt im Prinzip dazu, dass nicht nur ein Unternehmen, sondern mehrere Unternehmen sich in andere Länder begeben, wo das eben aus einer Hand dargestellt wird, wo es einen einzigen Ansprechpartner gibt.

(Abg. Drexler SPD: One door!)

Wie Sie gerade gesagt haben, Herr Staatssekretär, geht es darum, die strategische Ausrichtung der Wirtschaftsförderung zusammenzubringen mit Finanzierungsfragen. Mitnichten geschieht das hier. Mitnichten!

(Abg. Drexler SPD: Völliges Durcheinander!)

Was macht denn jetzt ein Unternehmen, das ein europäisches Problem hat? Wo geht es hin?

(Abg. Drexler SPD: Zu Herrn Hofer! – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP: Zu mir kommen auch viele, ja!)

Geht es zum Wirtschaftsministerium, geht es zum Steinbeis-Europa-Zentrum, oder meldet es sich beim Regierungspräsidium in Karlsruhe an?

(Abg. Drexler SPD: Zum Beispiel! – Abg. Fleischer CDU: Wer die Wahl hat, hat die Qual!)

Sie sehen, es gibt nach wie vor das Kuddelmuddel der verschiedenen Ansprechpartner.

(Abg. Fleischer CDU: „Kuddelmuddel“ ist jetzt nicht richtig! – Abg. Dr. Birk CDU: „Schmiedelmuddel“!)

Deshalb hat man ja – Sie sagen, das sei das Wichtigste – diese neue Informationszentrale geschaffen,

(Abg. Drexler SPD: Na ja!)

bei deren Einweihung ich dabei war. Ich wollte mir das natürlich anschauen.

(Abg. Drexler SPD: Das Callcenter ist wahrscheinlich in Neu-Delhi!)

Jetzt habe ich gedacht, das könnte ja so ein One-door-Prinzip sein. Da geht jemand hin und sagt: „Hier habe ich meine Unterlagen zu dem und dem Thema.“ Dann sitzen da Leute und sagen: „Okay, geben Sie her. Nicht Sie laufen, die Akte läuft.“ Das hätte ja sein können, aber das ist nicht der Fall,

(Abg. Fleischer CDU: Das andere ist auch nicht schlecht! – Abg. Drexler SPD: Nein, es läuft die Akte! – Abg. Fleischer CDU: Alles muss laufen!)

sondern die zentrale Botschaft des Herrn Wirtschaftsministers an die versammelten Gäste aus den Behörden und IHKS bei der Einweihung war: „Sie sehen, wir haben jetzt vier Telefone. Jetzt sorgen Sie bitte dafür, dass auch angerufen wird.“ Das Hauptproblem dieser zentralen Informationsstelle ist: Wer kennt sie denn?

(Abg. Drexler SPD: Niemand! Keiner!)

Wo findet man sie? Was machen die eigentlich?

(Abg. Drexler SPD: Nichts!)

Sie können ja einmal eine Statistik vorlegen, wie viele Vorgänge jetzt schon durch diese Informationsstelle gegangen sind. Wir haben ja gehört, es sind nicht nur vier Leute, die telefonieren; jetzt kommen noch einmal vier aus dem Ministerium dazu, die beraten.

(Abg. Drexler SPD: Au! – Lachen bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Die beraten, wie man telefoniert! – Abg. Fleischer CDU: Das passiert nur, wenn Sie kommen!)

Sie sehen, wir sind nicht zufrieden.

Mir hat ein bekannter Fabrikant in Sachen Blumenerden, der weltweit Blumenerdenwerke unterhält, gesagt, dass er bei der Entscheidung, wo er sich niederlässt, ein Prinzip hat: Er fragt: „Finde ich vor Ort einen Ansprechpartner, der sich um meine Themen kümmert?“ Er will nicht mit diesem Amt da und jenem Amt dort verhandeln, sondern er möchte einen Ansprechpartner.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Fleischer hat es begriffen! – Abg. Fleischer CDU nickt. – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Der Mann ist gut! Von dem Mann können Sie viel lernen! – Abg. Drexler SPD: Kollege Fleischer hat es jetzt begriffen!)

Dieser Unternehmer ist wirklich erfolgreich. Bei seinen Prinzipien käme er, wenn er nicht hier geboren wäre, nie auf die Idee, hier ein Werk einzurichten. Denn Sie könnten ihm ja niemanden nennen. Sie können nur sagen: „Wir haben eine zentrale Infostelle, da rufen Sie an, und dann bekommen Sie verschiedene Telefonnummern.“ Dann geht es in die nächste Runde.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Aber es gibt eine Rufweiterleitung! – Abg. Drexler SPD: Da gibt es noch andere Zentren, die machen das auch mit einer Nummer!)

Also werden wir dem, auch wenn es sich um Formalien handelt, jetzt nicht zustimmen können,

(Abg. Fleischer CDU: Sie waren so amüsant, und jetzt werden Sie wieder böse!)

sondern hoffen noch immer, dass die zugegebenermaßen neuen Synergien, die im Bereich der Außenwirtschaft geschaffen wurden, verwendet und die Potenziale, die wir im Bereich der Wirtschaftsförderung im Land selbst haben, gebündelt werden,

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

um zu versuchen, das One-door-Prinzip zu schaffen. Wir werden nach wie vor dafür kämpfen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: One man, one door! – Abg. Dr. Birk CDU: Durchgefallen! Setzen! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

(Abg. Dr. Birk CDU: So, Herr Hofer, jetzt machen Sie mal „indoor“! – Heiterkeit)

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat hätten wir diese vier oder fünf Artikel heute ohne Aussprache beschließen können, was das Rechtstechnische anbelangt. Aber ich habe volles Verständnis dafür – ich würde es auch tun, wenn ich in der Opposition wäre –, dass das Thema Wirtschaftsförderung noch einmal beleuchtet wird, wie es Herr Fleischer auch getan hat.

Was Sie hier gemacht haben, Herr Schmiedel, ist selbst für Ihre Verhältnisse schon sehr überzeugend, muss ich sagen.

(Abg. Fleischer CDU: Das will etwas heißen! – Abg. Dr. Birk CDU: Plump! – Abg. Ruth Weckemann SPD: Nur kein Neid, Herr Hofer!)

Allein der Umstand, dass Sie bei der Veranstaltung zur Eröffnung des W-Punkts nicht begrüßt worden sind, ist dafür auch noch kein Grund.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt ist er erschrocken, dass sich das einer anguckt!)

Ich kann an dieser Stelle nur eines sagen: Was im Außenwirtschaftsbereich gemacht wird – ich brauche das nicht mehr zu wiederholen –, ist wirklich hervorragend.

(Abg. Fleischer CDU: Gut!)

Selbst Sie, der Sie zur Kritik neigen – was ja kein Fehler ist –, haben da wirklich nichts Negatives gefunden, sonst hätten Sie es vorgetragen. Ich will das an dieser Stelle auch nicht weiter ausführen.

Ich will auch nicht überziehen. Insofern sage ich: Man hat mit Recht auch andere Alternativen geprüft, zum Beispiel das, was man mit der Außenwirtschaftsförderungsgesellschaft, der neuen Baden-Württemberg International GmbH, gemacht hat. Man hat geprüft, dies im Grunde genommen in eine einzige Gesellschaft hineinzubringen und das Gleiche auch für den Innenbereich zu tun. Sie wissen, dass das Finanzministerium geprüft und klipp und klar festgestellt hat, dass die Ausreichung von Haushaltsmitteln in den Kernbereichen Berufsbildung, Mittelstandsförderung etc. rechtlich nicht möglich ist.

Dann hat man sich für eine Anlaufstelle ausgesprochen. Ich nenne einmal ein Stichwort, das auch in diversifizierten Verwaltungen üblich ist: Man macht eine Backoffice-Lösung. Jetzt sage ich einmal: „One door“ hat immer auch eine Backoffice-Lösung hinter sich.

(Oh-Rufe von der SPD – Heiterkeit des Abg. Schmiedel SPD – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Das sollten Sie eigentlich wissen. Es ist in der Tat wichtig – wir erleben das in vielen anderen Bereichen –, eine zentrale Anlaufstelle zu haben, die übrigens auch mit anderen Förderinstitutionen vernetzt sein muss, insbesondere regionalen

Wirtschaftsförderergesellschaften. Dabei ist es wichtig, dass es sich nicht nur um ein Telefon mit irgendeinem Anrufbeantworter handelt, sondern dass es wirklich eine Anlaufstelle ist. Wir haben das in vielen Bereichen. Das muss mit Leben erfüllt werden. Da ruft jemand an, und wenn er nur etwas abzugeben hat, wird das weitergeleitet.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

In vielen anderen Fällen – das gibt es zum Beispiel bei Bürgerinformationszentren; wir haben das alles – ist es nicht möglich, einfach die Akte weiterzuleiten, sondern es wird ein persönlicher Kontakt hergestellt, indem man einen Termin vereinbart. Dann wird man von demjenigen, den man im Backoffice genau und zielgerichtet ausgesucht hat, an die Hand genommen. Das erwarte ich von dieser zentralen Anlaufstelle,

(Abg. Fleischer CDU: So läuft es!)

denn so läuft es heute auch bei jedem größeren Rathaus und in vielen anderen Bereichen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Dann funktioniert das und ist eine hervorragende, höchst moderne Sache. Zu glauben, man könnte alles zentrieren, ist ein Irrglaube.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Denn wenn ich einen Finanzexperten brauche, dann brauche ich den in der Finanzverwaltung und kann den nicht auch noch mit hineintun, und wenn ich jemanden für eine technische Frage brauche, etwa bei der Biotechnologie, dann kann ich das auch nicht alles zentral ansehen.

Deshalb, lieber Herr Schmiedel, lassen Sie sich doch einfach einmal positiv überraschen! Unsere Aufgabe ist eigentlich, dafür zu sorgen, dass genau diese Anlaufstelle nicht nur ein Feigenblatt ist – technisch ausgerüstet mit Telefon, mit PC und Anrufbeantworter –, sondern dass sie eine Anlaufstelle ist, in der die dort tätigen Damen und Herren mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums die Pflicht haben, die Kontakte, die dort hergestellt werden, so mit Leben zu erfüllen, dass die Leute an die Hand genommen

(Abg. Fleischer CDU: Ja!)

und an die Stelle geführt werden, bei der sie richtig aufgehoben sind. Das ist keine zentrale Stelle, sondern eine Stelle, wo ihre Fragen fachkundig,

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

schnell und richtig bearbeitet werden. Das ist der richtige und moderne Weg, nichts anderes.

Ich danke.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Zielsetzung und Logistik sind in Ordnung!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Wirtschaftsförderung dieses Landes hatte lange Zeit Doppelstrukturen. Das schaffte Ineffizienzen und Überkapazitäten. Mit der Auflösung des LGA wird das jetzt abgebaut, und das ist eine Sache, die auch wir Grünen begrüßen.

Als Zweites komme ich zu der bereits angesprochenen Servicestelle. Da jetzt hier der Wettbewerb der Fremdworte ausgebrochen ist, darf ich nach „One door“ und „Backoffice“ auch noch unsere Version beisteuern: „One-Stop-Agency“. So hat meine Vorgängerin in der Funktion des wirtschaftspolitischen Sprechers unserer Fraktion das genannt.

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE, Hofer FDP/DVP sowie Dr. Birk und Fleischer CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: Das meinte ich!)

Diese One-Stop-Agency soll eine Servicefunktion übernehmen und die Anfragen der Betriebe in die richtige Richtung leiten.

Herr Schmiedel, Sie haben hier eine nette Karikatur gezeichnet. Vier Telefone sind zwar wichtig, aber wichtiger ist, dass da Menschen sind, die auch Ahnung haben,

(Abg. Fleischer CDU: Und die telefonieren können!)

die auch Anfragen gezielt weiterleiten können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Jetzt rate ich etwas zur Gelassenheit. Wir sollten – der Fachbegriff heißt ja jetzt W-Punkt – diesen W-Punkt erst einmal arbeiten lassen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

und wir werden dann sicherlich im Wirtschaftsausschuss nachfragen, ob dieser W-Punkt den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprochen hat. Insbesondere ist zu fragen, ob es, wenn ein Unternehmen Fragen zur Finanzierung oder zur Betriebswirtschaft hat, entsprechende Kompetenzen im Wirtschaftsministerium gibt oder ob da die L-Bank oder die regionale Wirtschaftsförderung einbezogen werden muss.

(Abg. Dr. Birk CDU: Genau! Er hat es begriffen! Schmiedel geht in Nachhilfe zu Witzel!)

Das sind Fragen, die wir stellen werden, wenn der erste Erfahrungsbericht vorliegt. Dann erwarten wir möglicherweise eine Weiterentwicklung.

(Abg. Scheuermann CDU: Wenn Sie doch mit dem gleichen Realitätssinn Energiepolitik machen würden! – Heiterkeit)

Jetzt darf ich noch eines ergänzen: Der Herr Staatssekretär hat dargestellt, dass in diesem Gesetzentwurf noch die Frage offen ist, was mit den Restposten des Landesgewerbeamts passiert, Stichworte Patentberatung und Design Center.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Steinbeis!)

Zunächst einmal: Die Patentberatung sollte nach unserer Meinung dort sein, wo Existenzgründer sind, wo neue Patente entwickelt werden. Daher sollte diese Aufgabe an die Stellen für Technologietransfer, also die Steinbeis-Zentren, abgegeben werden. Das sind die richtigen Stellen, von denen das übernommen werden sollte.

(Beifall der Abg. Hofer und Kleinmann FDP/DVP sowie Fleischer CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Dort, wo Firmen über bestehende Patente informiert werden sollen oder sich darüber informieren wollen, sollten wir im Sinne der Konzentration auf das Kerngeschäft sagen: Diese Aufgabe geben wir ab; das ist keine staatliche Aufgabe. Das Internet liefert heute vielfältige Informationen. Wir müssen Aufgaben abbauen, und diese Aufgabe sollten wir dann auch einmal abgeben. Wir müssen hier Ernst machen mit der Konzentration auf das Kerngeschäft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Fleischer CDU)

Gleichermaßen müssen wir auch beim Design Center vorgehen. Das Design Center war sicher bisher eine schöne Kür der Wirtschaftsförderung, aber eine spezielle Wirtschaftsförderung zum Thema Gestaltung ist aus unserer Sicht heute nicht mehr gerechtfertigt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Auch richtig!)

Wenn eine entsprechende Nachfrage besteht, dann gibt es sicher in der Steinbeis-Struktur oder anderswo einen entsprechenden Platz dafür.

(Abg. Fleischer CDU: Dahin wird es ja laufen!)

Es gibt vielleicht Leute, die sich darum kümmern und die sich dafür einsetzen, dass das passiert. Aber wenn wir von einer Konzentration auf das Kerngeschäft sprechen, um staatliche Aufgaben zu reduzieren, müssen wir sagen: Das Design Center ist keine staatliche Aufgabe; da sollten wir uns zurückziehen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Zum Abschluss noch ein Punkt: Die Auflösung des Landesgewerbeamts bedeutet ja auch, dass Personal frei wird. Jetzt müssen wir auch hier die Frage stellen, was mit diesem Personal passieren soll. Natürlich muss alles sozialverträglich ablaufen, aber die Grundlinie muss sein, dass durch die Auflösung des Landesgewerbeamts überflüssig gewordenen Personal eingespart wird. Es kann nicht sein, dass wir dem Personal, das jetzt frei wird, eine neue Aufgabe schaffen, zum Beispiel in der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ oder anderswo. Die Auflösung des LGA ist ein wichtiger Schritt, hier werden Aufgaben reduziert und Strukturen verschlankt. Unter dem Strich muss dabei auch herauskommen, dass Personal eingespart wird. Das heißt, es fallen dann irgendwann Stellen weg. Ich will damit nicht sagen, dass die Personen, die dort bisher gearbeitet haben, entlassen werden müssen, aber die Stellen müssen wegfallen, und die Personen müssen irgendwo anders ihre Be-

(Dr. Witzel)

schäftigung finden. Hier ist ein Punkt, an dem wir mit der Personaleinsparung wirklich Ernst machen müssen. Ich sage Ihnen dafür die Unterstützung der Grünen zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut, Herr Witzel! – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Vorgeschlagen ist die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Wirtschaftsausschuss. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:51 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:01 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2243

Das Präsidium hat eine Redezeit von fünf Minuten für die Begründung und von fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache festgelegt.

Frau Abg. Berroth, Sie erhalten das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir in Baden-Württemberg keine Binnenschifffahrt hätten, würde auf unseren Straßen gar nichts mehr laufen. Insbesondere hier in der Region Stuttgart und im Bereich Heilbronn sowie im Rhein-Neckar-Raum bringt die Binnenschifffahrt eine spürbare Entlastung unserer Autobahnen. Schließlich transportiert ein Güterschiff so viel wie 80 Lastkraftwagen. Jeder kann sich vorstellen, was los wäre, wenn diese zusätzlich auf unseren Straßen wären. Allerdings wird das selten zur Kenntnis genommen. Deswegen tut sich auch so wenig. So hat es jetzt auch ganz aktuell Alexander Schwarzer, der Direktor des Karlsruher Rheinhafens, formuliert, was auch in den „Stuttgarter Nachrichten“ abgedruckt war: „Die Binnenschifffahrt ist eine echte und gute Alternative, nur leider wissen das zu wenige.“ Deshalb haben wir bereits im letzten Jahr unsere diesbezügliche Initiative eingebracht, um uns einmal die Situation und die Perspektiven der Binnenschifffahrt in Baden-Württemberg darlegen zu lassen.

Die Landesregierung ist ja durchaus aktiv, und wir bedanken uns für die ausführliche und informative Stellungnahme zu unserem Antrag. Erstaunt hat eigentlich lediglich, dass zum Umsatz- und Beschäftigungsvolumen nur Bundeszahlen und keine Landeszahlen vorgelegt werden konnten.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist doch kein Wunder!)

Landeszahlen würde ich mir wirklich wünschen, damit wir auch darlegen könnten, welches Wirtschaftsvolumen dieser Zweig auch in Baden-Württemberg tatsächlich bringt und welche Chancen darin liegen, wenn wir diesen Zweig ausbauen könnten.

Schließlich ist die Binnenschifffahrt auch künftig ein leistungsfähiges Transportmittel im Güterverkehr. Umso schlimmer ist es, dass sie seit etwa zehn Jahren, gemessen an der echten erbrachten Verkehrsleistung, kontinuierlich stagniert, allerdings mit Ausnahme der Containerbeförderung, die seit 1995 bis heute kontinuierlich um mehr als das Doppelte gestiegen ist.

Hier liegt aber auch gleich das Problem. Die modernen Containerschiffe, die neu gebaut werden, passen nicht mehr in unsere Neckarschleusen, und zwar nicht nur wegen der Höhe, Herr Kollege Kurz, sondern vor allem wegen ihrer Länge. Die Binnenschiffer haben mir gesagt, dass die Höhe nicht unbedingt das Problem sei. Wenn sie nämlich mit den verlängerten Schiffen fahren könnten, würden ihnen auch zwei Containerlagen durchaus reichen, um wirtschaftlich effizient zu fahren. Dann kommt man auch unter der Heidelberger Brücke wunderbar durch. Aber die Länge ist das Problem. Wenn ich ein Schiff habe, das 135 Meter lang ist, die Schleuse aber nur 120 Meter lang ist, ist ohne große mathematische Kenntnisse nachzuvollziehen, dass das Schiff nicht durch die Schleuse kommt.

Deswegen ist die Politik der Bundesregierung – es handelt sich ja beim Neckar um eine Bundeswasserstraße – sehr, sehr kurzsichtig und wird dazu führen, dass die Binnenschifffahrt auf dem Neckar auf absehbare Zeit – in 10 bis 15 Jahren – ausstirbt, wenn sich nichts ändert. Das können wir alle uns nicht wünschen, weil es auch angesichts der Verkehrssituation auf unseren Straßen überhaupt nicht nachvollziehbar wäre.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die Binnenschifffahrt ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Deswegen bestehen Handlungszwänge. Das bis 2015 prognostizierte Transportaufkommen mit Steigerungsraten von über 60 % kann bei der gegenwärtigen Situation nicht bewältigt werden. Alle, die davon träumen, das auf die Bahn zu verlagern, sollten endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Bahn diese Kapazität auch nicht schafft. Außerdem liegen die ökologischen Vorteile des Verkehrsträgers Wasserstraße nachweislich auf der Hand, auch wenn das manchmal bestritten wird.

Der Bund trägt die verkehrs- und finanzpolitische Verantwortung für den Ausbau. Im letzten Bundesverkehrswegeplan wurde festgestellt, die Feststellung des Bedarfs berücksichtigt eine qualifizierte Substanzerhöhung auf heute übliche Standards und Normen. Allerdings ist für mich ein heute üblicher Standard, dass eine Schleuse 130 Meter lang ist.

(Abg. Kurz CDU: 135!)

– 135 Meter, jawohl. Wir geben noch ein bisschen Spielraum, weil das Schiff im Wasser nicht so genau zu verorten

(Heiderose Berroth)

ist, vor allem wenn Wasser zu- oder abfließt. Da haben Sie Recht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Um was geht es jetzt eigentlich?)

Es war eine Kosten-Nutzen-Rechnung, die ich absolut nicht nachvollziehen kann, die dazu geführt hat, dass diese Verlängerung der Neckarschleusen nicht im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist. Auch die Landesregierung hat diese Rechnung angezweifelt. Ich habe jetzt gehört, ein neues Gutachten solle Anfang des nächsten Jahres vorliegen. Leider ist der Bundesverkehrswegeplan bereits beschlossen. Ich weiß nicht, wie wir dann damit umgehen, dass er aufgrund völlig falscher Zahlen beschlossen wurde. Da werden wir noch über Konsequenzen nachdenken müssen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warten Sie das Gutachten doch mal ab! Das wissen Sie doch gar nicht!)

– Wenn es richtig gerechnet ist und nicht so falsch wie manches andere, was Eingang in den Bundesverkehrswegeplan gefunden hat – –

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist ja wohl ein Hammer, was Sie den Gutachtern da gerade bescheinigen, Frau Berroth!)

– Ich habe auch Zahlen von Straßenbauvorhaben, bei denen ich genau weiß, dass da mit falschen Zahlen gearbeitet worden ist. Ich habe nicht gesagt, dass das Absicht war, aber es war nachlässig.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es ist alles falsch, weil es ja von Rot-Grün kommt!)

Das stimmt einfach nicht. Deswegen warten wir ab, was herauskommt. Dann werden wir beschließen, was zu tun ist.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist ja ein dicker Hund!)

Auf jeden Fall werde ich nicht zulassen, dass der Neckar künftig nicht mehr für den Güterverkehr genutzt werden kann, weil das für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg schädlich wäre.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Tun Sie es doch selber! Baggern Sie ihn doch selber aus! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU)

Den Rest erzähle ich Ihnen nachher.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kurz.

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst darf ich mich bei der Kollegin Berroth herzlich dafür bedanken,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dass sie diese Anfrage gestellt hat!)

dass sie einen Wirtschaftszweig, der üblicherweise nicht in der Betrachtung der Öffentlichkeit steht, einmal etwas über das Wasser herausgehoben hat.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wieser CDU – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das Thema Binnenschifffahrt haben wir wiederholt im Ausschuss behandelt! – Abg. Wieser CDU: Herr Kollege Kurz, sind Sie nicht eigentlich für den Luftverkehr zuständig? – Heiterkeit)

– Wer sich in der Luft bewegt, muss sich im Wasser auskennen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der Grünen – Abg. Kiefl CDU: Für den Fall, dass er abstürzt!)

Die aktuelle Lage der deutschen Binnenschifffahrt lässt sich etwa wie folgt analysieren: Sie lebt von der Substanz.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aber sie lebt!)

Die Partikuliere halten sich durch Selbstausschüttung über Wasser. Viele fallen ins Wasser. Die deutsche Flotte schrumpft seit Jahren. Die Mannschaften überaltern.

(Abg. Haller SPD: Manche schreiten über das Wasser!)

Dazu gibt es ein von der Bundesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten, das PLANCO-Gutachten.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das liegt vor!)

Das liegt vor. Es kommt zu einem erschreckenden Ergebnis über den Istzustand der Binnenschifffahrt und stellt auf Seite 30 eine für mich sehr beunruhigende Wirkungskette dar: Rentabilitätsschwäche, gesunkene Frachtdaten, unwirtschaftliche Schiffe, Eigenkapitalschwäche, Innovationschwäche, weitere Verstärkung der Rentabilitätsschwäche, Nachwuchsmangel, Überalterung und Innovationsmangel.

(Zuruf von der SPD)

Deutschland verfügt im Vergleich zu anderen Ländern in Europa über das am weitesten ausgebaute Binnenstraßennetz. Der volkswirtschaftliche Nutzen einer so wichtigen Verkehrskomponente wird meines Erachtens allgemein etwas zu gering eingeschätzt. Obwohl wir dieses ausgebaute Netz haben, verlieren die deutschen Binnenschifffahrtsunternehmen mehr und mehr Marktanteile. Die Binnenschifffahrt hat während der vergangenen zehn Jahre die Fähigkeit und die Bereitschaft gezeigt, dem gestiegenen Wettbewerbsdruck durch deutliche Produktivitätssteigerungen zu antworten. Dementsprechend kommt dieses Gutachten zu dem Ergebnis, dass die Ursachen für den massiven Verlust von Marktanteilen nicht in einer grundsätzlich schlechteren Leistungsfähigkeit der deutschen Unternehmen liegen, sondern in gravierend ungleichen Wettbewerbsbedingungen zu den Nachbarstaaten, etwa den Niederlanden und Belgien.

Einer der gravierenden Nachteile ergab sich aus der Tatsache, dass in Deutschland die Möglichkeit der steuerbegünstigten Reinvestition gemäß § 6 b des Einkommensteuergesetzes

(Kurz)

setzes abgeschafft wurde. Bis dahin konnten zumindest 50 % des Buchwertes bei einer Schiffsveräußerung steuerbegünstigt reinvestiert werden. Diese Möglichkeit wurde nun im Steuerentlastungsgesetz gestrichen, während beispielsweise die Binnenschifffahrt in den Niederlanden die sich ergebenden Veräußerungsgewinne aus Schiffsverkäufen zu 100 % steuerunschädlich reinvestieren kann.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Hört, hört!)

In Belgien kommt die Zulässigkeit der Pauschalbesteuerung der steuerlichen Regelung in den Niederlanden in etwa gleich. In beiden Nachbarländern können dadurch die Binnenschifffahrtsunternehmen bei Investitionen auf Eigenkapital zurückgreifen, während dieses dem deutschen Schiffs-eigner durch die steuerliche Belastung abgenommen wird.

Die Folge: Im Jahr 2003 wurden in Holland 40 Schiffsneubauten für die Binnenschifffahrt in Dienst gestellt, in Deutschland nur ein einziger Neubau. Diese Zahl belegt eindrucksvoll, dass sich die Niederländer Marktanteile holen und die Deutschen Marktanteile verlieren. Daher enthält das PLANCO-Gutachten die als dringlich formulierte Empfehlung, diese Veräußerungsgewinne mit 100 % Reinvestitionsmöglichkeit zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig ist es erforderlich, die Gründerförderung der KfW und der Förderbanken der Länder mit präferenzierten Krediten fortzuentwickeln und zusätzlich auf bestehende Unternehmen der Binnenschifffahrt auszudehnen. Nur durch die Kombination dieser beiden Maßnahmen, nämlich Stärkung der Eigenkapitalbasis und spezielle Förderung von Investitionen, wird die Binnenschifffahrt in die Lage versetzt, wieder verstärkt zu investieren.

Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags hat die Bundesregierung aufgefordert, bis zum Jahresende einen Bericht über die Umsetzung des PLANCO-Gutachtens vorzulegen. Das von Verkehrsminister Stolpe einberufene Gremium „Binnenschifffahrt und Logistik“, dem die Verbände der Binnenschifffahrt und auch der BDI angehören, befasst sich mit diesem Thema und will entsprechende Vorschläge aufarbeiten.

Meine Zeit geht langsam zu Ende.

(Zuruf: Redezeit! – Abg. Döpfer CDU: Es ist gerade so interessant!)

Ich möchte noch auf einen Aspekt zu sprechen kommen, nämlich auf den Aspekt des Bundesverkehrswegeplans. Dort ist bezüglich des Zustands von Wasserstraßen von Risiken für die Betriebssicherheit und Standsicherheit die Rede. Das PLANCO-Gutachten spricht von der Gefahr des Systemversagens.

Um nur das Notwendigste in Gang zu halten, werden rund 90 % der für die Wasserstraßen vorgesehenen Investitionsmittel durch reine Erhaltungsmaßnahmen aufgebraucht. Wer die für unsere Volkswirtschaft lebenswichtigen Wasserstraßen trotz der Bewertung im PLANCO-Gutachten über die brachliegenden Potenziale in dieser Weise vernachlässigt, handelt politisch unklug und verspielt leichtfertig eine umweltfreundliche Alternative zur Schiene und zur Straße.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das verkehrspolitische Ziel muss darin liegen, der Binnenschifffahrt neue Perspektiven zu vermitteln und sie vor allen Dingen in die Lage zu versetzen, sich an dem künftigen Zuwachs der Güterverkehrsmengen zu beteiligen.

Wir brauchen eine Rückbesinnung. Baden-Württemberg wird von einem dynamischen und innovativen Gewerbe getragen. Ein solches Gewerbe kann sich nur im Rahmen einer wirklich leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur entwickeln. Daher müssen wir darauf achten – dabei komme ich auf Sie, Frau Kollegin Berroth, zurück –, dass die Neckarstraße wirklich leistungsfähig ausgebaut wird.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Neckarstraße?)

– Wasserstraße Neckar! – Denn so, wie sich diese Wasserstraße Neckar im Augenblick präsentiert, ähnelt sie eher einem Wasserstraßenmuseum als einem wirklich modernen und vor allem leistungsfähigen Verkehrsweg, der durch seine Funktion zur Standortsicherung der Industrie in Baden-Württemberg beiträgt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Neckarstraße ist beim SWR!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Schmidt-Kühner.

Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

Ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass das Thema „Binnenschifffahrt als Verkehrsträger“ ein ganz wichtiges Thema nicht nur für Baden-Württemberg, sondern auch insgesamt ist. Wir müssen nämlich erreichen, dass wir das, was in den nächsten Jahren an Zunahme beim Güterverkehr erfolgen wird, ökologischer als in der Vergangenheit abwickeln. Dazu gehört die Stärkung der Binnenschifffahrt genauso wie die des Güterverkehrsträgers Bahn. Das sind die zwei Träger, auf die es ankommen wird. Es kann nicht sein, dass die hohen Zuwachsraten ausschließlich auf der Straße abgewickelt werden. Darüber sind wir uns in diesem Haus einig.

Wir brauchen uns auch nicht darüber zu unterhalten, welche Bedeutung die Binnenschifffahrt hat. Die Frage ist natürlich: Wie können wir die Binnenschifffahrt stärken, und an welcher Stelle ist einzugreifen?

Wir haben das Thema Binnenschifffahrt wiederholt im Umwelt- und Verkehrsausschuss bearbeitet.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr richtig!)

Wir haben das Thema Neckarausbau auf Antrag der SPD behandelt. Dort ist genau diskutiert worden, wie es denn auf dem Neckar aussieht, was diese Sache betrifft. Auch in der Stellungnahme der Landesregierung wurde festgestellt, dass es im Istzustand des Neckars noch erhebliche Kapazitätsreserven gibt. Wenn dies in der Stellungnahme der Landesregierung formuliert wird, darf man sich auch nicht darüber wundern, wenn hinterher bei einer Bewertung im Bundesverkehrswegeplan eine Kosten-Nutzen-Rechnung

(Regina Schmidt-Kühner)

von 0,44 herauskommt. Dieses Ergebnis liegt deutlich unter dem Wert 1 und rechtfertigt es deswegen nicht, in den Bundesverkehrswegeplan einen Schleusenausbau aufzunehmen.

Das ist genau das Problem. Wir haben die Kapazitätsreserven. Es ist nicht darstellbar, dass dieser Schleusenausbau so viel wirtschaftlichen Nutzen bringen würde, dass tatsächlich die damit verbundenen riesigen Investitionen gerechtfertigt wären. Das ist das Problem bei allen Bewertungen, die wir im Grundsatz im Bundesverkehrswegeplan haben. Wenn wir bei der Kosten-Nutzen-Rechnung knapp unter 1 gewesen wären, hätte sicherlich jeder gesagt: Wir müssen das noch einmal politisch diskutieren und achten vielleicht nicht so sehr auf den Wert. Aber ein Unterschied von mehr als 0,5 zum Kosten-Nutzen-Faktor 1, der hätte gegeben sein müssen, ist einfach zu viel. Das zeigt auf, dass es im Moment nicht richtig wäre, den Ausbau zu betreiben.

Wir können das Geld für unsere Verkehrsinfrastruktur eben nur einmal ausgeben. Es ist richtig, es für die Schiene auszugeben und dort Effizienz beim Güterverkehr zu erreichen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Straße!)

– Nein, beim Güterverkehr müssen wir Potenziale im Bereich der Schiene ausbauen, damit er überhaupt schnell und zügig abgewickelt werden kann, Frau Fauser.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir haben doch das Problem, dass im Güterverkehr die ökologischen Verkehrsträger in einer strukturellen Benachteiligung sind, weil sie nämlich, was die Geschwindigkeit der Gütertransporte betrifft, so langsam sind, dass die meisten Spediteure, die meisten Verschicker von Gütern sagen: Wir müssen das auf der Straße transportieren, weil es dann eben schneller bei unseren Kunden ist. Deshalb müssen wir gerade im Schienenverkehr Erhebliches leisten, damit eine Beschleunigung der Güterverkehrsströme erfolgt. Genau das ist unsere Aufgabe. Die Bahn AG muss in die Lage versetzt werden, genau dies zu leisten. Das wird man mit Investitionen für den Güterverkehr machen müssen, und zwar Investitionen in neue Verteilanlagen und zum Teil auch in neue Verkehrswege.

Ich denke, wir sollten das Thema weiter diskutieren. Wir werden hier heute auch nicht zu einem abschließenden Ergebnis kommen. Es wird nämlich außerordentlich spannend sein, was das Ergebnis des Forums „Binnenschifffahrt und Logistik“, das die Bundesregierung im Mai dieses Jahres aus der Taufe gehoben hat, sein wird. Die PLANCO-Studie ist die Grundlage für die Arbeit dieses Forums; Herr Kurz, Sie haben es ja freundlicherweise gesagt. Nach der Information, die wir erhalten haben, ist eine Vorlage der Studie für Ende des Jahres beabsichtigt. Daher denke ich, wir werden das Thema erneut aufgreifen, wenn wir genau wissen, welche Wege bei der Binnenschifffahrt eingeschlagen werden.

Die Bundesregierung hat erkannt, dass die Binnenschifffahrt wichtig ist. Wenn sie es nicht erkannt hätte, hätte sie das genannte Forum nicht einrichten müssen. Die Bundesregierung will an dem Thema arbeiten, und zwar in Zusammenarbeit mit den Betroffenen und auch mit den Umwelt-

verbänden, sodass auch der ökologische Ausbau und die ökologische Gestaltung der Binnenschifffahrtswege im weiteren Ablauf thematisiert werden. Ich denke, wir sollten uns die Gelassenheit nehmen und nicht einfach nur sagen: Wir müssen jetzt mit aller Gewalt ganz schnell an einer Stelle große Schleusen ausbauen, deren Ausbau zum Teil auch ökologisch schwierig ist. Wir bauen da vielleicht Wege aus, die dann gar nicht effizient sind, und könnten das Geld, das wir für die Binnenschifffahrt und deren Strukturverbesserung ausgeben wollen, sehr viel effizienter an anderer Stelle einsetzen. Ich glaube, das muss Sinn der Sache sein, gerade angesichts der schwierigen Situation unserer Finanzen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Palmer.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oi! – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Zimmermann, ich werde nicht über Lastentransport mit Fahrrädern sprechen, obwohl Sie sich bei den Kollegen, die in China gewesen sind, durchaus über die Möglichkeiten des Kohletransports mit Fahrrädern kundig machen könnten; da ist einiges drin. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss ist darüber informiert.

(Zurufe der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Röhms CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ohne Dampf!)

Meine Damen und Herren, im Unterschied zum Kollegen Kurz bin ich nicht der Auffassung, dass es Grund zur Dankbarkeit für diese Debatte und den vorliegenden Antrag gibt. Denn wenn Sie die bisherigen Reden verfolgt haben, werden Sie festgestellt haben: Es gibt nicht ein einziges landespolitisches Handlungsfeld,

(Abg. Dr. Caroli SPD: So ist es!)

über das wir hier diskutieren könnten. Ich bin der Meinung, dass dieses Parlament nicht zum Palavern da ist, sondern dazu, über reale Handlungsoptionen der Landesregierung und des Landesparlaments zu sprechen.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn Sie dazu Vorschläge haben, würde ich darauf gerne eingehen. Wenn es aber nur dazu dient, über die Steuerpolitik und die Investitionspolitik der Bundesregierung herzufallen, was Sie wieder gemacht haben, halte ich das schlicht für eine Zeitverschwendung in diesem hohen Haus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Kurz CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Herr Präsident, Herr Kollege Kurz möchte eine Zwischenfrage stellen.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Palmer hat die Zwischenfrage schon genehmigt. – Herr Kurz, bitte schön.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Abg. Kurz CDU: Herr Kollege Palmer, aus Ihrer Aussage schließe ich, dass Sie insbesondere den Verkehrsweg Wasserstraße für unsere Industrie hier im Ballungsbereich Stuttgart, aber auch insgesamt in Baden-Württemberg für nicht notwendig erachten.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sieht so aus!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war jetzt natürlich ein logischer Fehlschluss, Herr Kurz. Ich habe nicht gesagt, Bundeswasserstraßen seien nicht notwendig. Ich habe nur gesagt, dafür sei der Bund zuständig und der solle das bitte schön regeln. Wir können darüber nichts beschließen.

Aber zu den drei Themen, zu denen man hier etwas sagen kann, werde ich das in aller Kürze tun.

Erstens: Schleusenverlängerung, Schleusenausbau. Frau Kollegin Berroth, Sie sollten halt einmal kurz dazusagen, wie viele Hundert Millionen Euro ein solcher Schleusenausbau kostet und was er dann tatsächlich an volkswirtschaftlichem Gewinn bringt. Dann stellt man fest, es lohnt sich nicht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: So ist es!)

Sie sind doch sonst immer die Partei, die auf Wirtschaftlichkeit achtet.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie rechnet ja auch dauernd!)

Warum spielt das eigentlich keine Rolle mehr, wenn es darum geht, Lobbyverband für diese oder jene Industriegruppe zu sein? Das ist mir völlig unverständlich.

Wenn Sie schon auf Schleusenausbau drängen: Wir könnten uns ja vielleicht darauf verständigen, gegenüber dem Bund einmal an einer Stelle zu intervenieren. Das wäre ja eine vernünftige Schlussfolgerung aus einer solchen Debatte. Dann sollten aber nicht alle Neckarschleusen von Mannheim bis Plochingen ausgebaut werden.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Vielmehr sollte die einzige Neckarschleuse, die derzeit nur auf 106-Meter-Standard ist, nämlich die Schleuse bei Benningen, auf 110 Meter verlängert werden, damit alle Schiffe der 110-Meter-Klasse den Neckar befahren können. Wir haben nur eine Schleuse, die zu kurz ist, um 110 Meter lange Schiffe zu bewältigen. Damit könnte man den Neckar für eine Schiffsgeneration mit einer Länge von 110 Metern ausbauen. Das wäre ein pragmatischer Weg. Aber über solche Lösungen unterhalten Sie sich nicht. Denn dann könnten Sie ja nicht auf Berlin schimpfen, sondern müssten sich selbst ein paar Gedanken machen, und das ist Ihnen zu anstrengend.

(Beifall der Abg. Dr. Witzel und Brigitte Lösch GRÜNE – Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Zweiter Punkt: Steuervergünstigung. Ich habe noch im Ohr – da sind auch die Herren gefragt, die sich hier jetzt so hinfläzen –, wie die CDU vor einem Dreivierteljahr auf einem Parteitag über die Irrungen und Wirrungen des Steuerrechts

hergefallen ist. Da wurde betont, wie kompliziert das alles sei, dass wir endlich diese unsäglichen Ausnahmen abschaffen müssten und ein einfaches Steuerrecht benötigten. Jetzt sagen Sie, wieder im Verein mit der FDP, die schon immer für Stufentarife und für ein einfaches Steuerrecht war: „Da haben wir aber wieder eine Kleingruppe, von der der Rest der Menschheit gar nicht weiß, dass sie ein Steuervergünstigungsproblem hat. Die muss jetzt wieder eine Steuervergünstigung bekommen.“ Das passt nicht zusammen,

(Abg. Göschel SPD: Das passt auf keinen Bierdeckel! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

so wenig wie ein 110 Meter langes Schiff in eine 105 Meter lange Schleuse passt.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Der dritte Punkt, über den man vielleicht noch ernsthaft miteinander reden kann: Sie sollten auch einmal darüber nachdenken, dass die Bundeswasserstraße Neckar nicht nur einen wirtschaftlichen Effekt hat, der zweifellos positiv ist. Sie hat auch einen negativen Effekt; denn dass der Neckar eine Bundeswasserstraße ist, ist der Grund, dass er in Stuttgart praktisch nicht besichtigungsfähig ist, dass man ihn nicht erleben kann, dass es dort keine Naherholungsqualität gibt. Wenn Sie lesen, was jetzt durch den Architekten Grub allmählich angestoßen wird, die Debatte darüber,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

wie man die Stadt wieder an den Fluss holen kann, dann müssen Sie sagen, dass die Bundeswasserstraße eher ein Problem als ein Segen ist. Es geht darum – darüber könnte man diskutieren –, Lösungen und Wege zu finden, wie man den Schifffahrtsbetrieb auf dem Neckar erhalten und gleichzeitig den Neckar als Naherholungsgebiet gewinnen kann. Da wären wir im Land vielleicht auch gefordert, indem wir der Region Stuttgart Kompetenzen geben, sie vielleicht sogar mit einer eigenen Steuerquelle ausstatten. Darüber könnten Sie sich Gedanken machen. Aber hören Sie auf, uns mit diesem Geschimpfe auf Berlin zu belästigen.

(Beifall der Abg. Dr. Witzel und Brigitte Lösch GRÜNE sowie bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Hillebrand.

(Abg. Zeller SPD: Das ist die Premiere, oder wie?)

Staatssekretär Hillebrand: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bin ich dankbar dafür, dass die Kollegin Berroth, nicht zuletzt aufgrund in früher Jugend gemachter persönlicher Erfahrungen auf einem Binnenschiff,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Oi! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Woher wissen Sie das?)

ein Thema aufgegriffen hat, das zum einen eine zutiefst menschliche,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was hat sie denn auf dem Schiff gemacht?)

(Staatssekretär Hillebrand)

zum anderen aber auch eine wirtschaftliche Dimension hat, die aber in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung eher ein Schattendasein führt.

Ich sage dies völlig wertfrei und ohne Kritik: Nur wenigen in diesem hohen Haus ist es vergönnt, die Probleme der Binnenschifffahrt und der in diesem Gewerbe tätigen Familien aus eigener Anschauung zu kennen. Wer war schon einmal vor Ort auf einem Binnenschiff

(Abg. Stichelberger SPD: Ich!)

wie etwa unser früherer Umwelt- und Verkehrsminister, der Kollege Ulrich Müller? Wer hat sich die Sorgen und Nöte der Partikuliere plastisch vor Augen geführt? Für die Zuhörer darf ich vielleicht sagen: Partikuliere sind die Schiffeigner in der Regel eines Lastschiffs. Man könnte es auch anders ausdrücken: die Ich-AGs der Binnenschifffahrt.

Der Tenor bzw. die Conclusio aus dem bisher Gehörten ist: Das deutsche Binnenschifffahrtsgewerbe ist gekennzeichnet durch eine zu geringe Eigenkapitalausstattung und durch einen sich in den nächsten Jahren zunehmend verschärfenden Nachwuchsmangel.

Beides hat natürlich Ursachen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die nicht nur konjunkturell bedingt oder gar hausgemacht sind, sondern auch in den politischen Rahmenbedingungen liegen. Für diese politischen Rahmenbedingungen, Frau Schmidt-Kühner, gibt es natürlich auch politische Verantwortliche. Diese, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, gilt es – insofern hat der Kollege Boris Palmer natürlich Recht – heute zu benennen. Die politisch Verantwortlichen für diesen Bereich sind eindeutig beim Bund anzusiedeln. Der Bund ist nach dem Grundgesetz zuständig für die Bundeswasserstraßen und für die Konditionen, zu denen diese genutzt werden können.

Lassen Sie mich aber jetzt noch ein paar landespolitische Fakten ansprechen. Was den Güterumschlag in den insgesamt 27 bundesdeutschen Binnenhäfen anlangt, belegen die baden-württembergischen Häfen mit Platz 5 (Mannheim), Platz 6 (Karlsruhe), Platz 8 (Heilbronn) und Platz 16 (Kehl) durchaus respektable Plätze in der vorderen Hälfte der Tabelle des Statistischen Bundesamts. Die exakten Zahlen, liebe Frau Berroth, haben mir bis gestern auch nicht vorgelegen, aber ich habe sie gestern erhalten,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Super!)

und ich kann sie Ihnen gern zur Verfügung stellen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aber sie wird nachrechnen!
– Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Darauf können Sie Gift nehmen!)

Ich kann auch gleich die zweite Frage der Kollegin Berroth beantworten. In Baden-Württemberg sind nach Zahlen des Statistischen Bundesamts insgesamt leider nur noch 119 Unternehmen der Binnenschifffahrt mit 689 Beschäftigten gemeldet. Hinzurechnen muss man natürlich noch das Hafenpersonal, will man der wirtschaftlichen Bedeutung der Binnenschifffahrt gerecht werden.

Lassen Sie mich jetzt ein paar grundsätzliche Ausführungen machen. Es ist schade, dass der Kollege Palmer offensichtlich schon wieder auf Wahlkampf ist.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir erzählen ihm alles weiter!)

Ein Binnenschiff – das hätte er sicher gerne gehört – ist ein zuverlässiges, leistungsfähiges und vor allen Dingen umweltschonendes Transportmittel. Immerhin erreicht die Binnenschifffahrt 80 bis 90 %, Frau Schmidt-Kühner, der Gütertransportleistung der Schiene.

(Abg. Göschel SPD: Alles richtig!)

Trotzdem wird die Bedeutung der Binnenschifffahrt in der Politik und in der Öffentlichkeit vielfach unterschätzt.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Zur Zukunft der Binnenschifffahrt in ganz Deutschland möchte ich zwei Fakten in den Raum stellen.

Erstens: Was die Prognose der Transportleistung bis 2015 anlangt, haben wir einen absoluten Anstieg wie bei allen Verkehrsträgern, aber einen relativen Rückgang im Vergleich zur Schiene und zum Lkw.

Zweitens: Ausweislich des bereits vielfach zitierten PLANCO-Gutachtens nimmt die Transportleistung der verschiedenen Verkehrsträger beim Lkw zu, bleibt auf der Schiene konstant und nimmt beim Binnenschiff prozentual in gleicher Höhe ab, wie sie beim Lkw zunimmt. Allein schon hieraus, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, folgt: Die Binnenschifffahrtsbranche befindet sich in schwieriger wirtschaftlicher Lage.

(Abg. Zimmermann CDU: „Fahrwasser“ wäre besser!)

Herr Kollege Birzele, Frau Kollegin Berroth möchte –

Stellv. Präsident Birzele: Nein, das war die Wortmeldung für nachher.

Staatssekretär Hillebrand: Ach so, Entschuldigung.

Stellv. Präsident Birzele: Frau Berroth will die Dinge, die Sie dargelegt haben, kommentieren.

Staatssekretär Hillebrand: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten in der deutschen Binnenschifffahrt im Bereich Gütertransport ist also deutlich rückläufig. Für Baden-Württemberg habe ich die Zahlen soeben genannt. Mit Sorge registrieren wir: Der Nachwuchs fehlt, und Neugründungen bleiben aus. Korrespondierend hierzu verzeichnen wir einen steigenden Marktanteil der ausländischen Konkurrenz. Kurzum: Das Gewerbe braucht Unterstützung auf allen Ebenen. Hier unterscheiden wir uns jetzt – angefangen von der steuerlichen Behandlung von Veräußerungsgewinnen bei Reinvestitionen über Investitionshilfen bis hin zu Zuschüssen für Ausbildungsplätze.

Was den Infrastrukturausbau anbelangt, muss das Binnenschiff verstärkt Teil moderner Logistikhäfen werden. Dazu ist der Ausbau der Häfen und der Wasserstraßen dringend notwendig. Leider, Frau Schmidt-Kühner, stellt der Bund nicht die ausreichenden Mittel für den Erhalt und den Ausbau der schiffbaren Bundeswasserstraßen zur Verfügung.

(Staatssekretär Hillebrand)

(Abg. Stickelberger SPD: Dafür kann Frau Schmidt-Kühner nichts!)

– Da haben Sie Recht, Herr Stickelberger. Sie kann nicht unbedingt etwas dafür.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Es muss aber auch ein Nutzen errechenbar sein! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Hillebrand, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Staatssekretär Hillebrand: Aber bitte schön, Herr Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass die letzte Schleuse flussaufwärts am Rhein in Kaiseraugst – ich komme von dort – vor acht Jahren für einen Betrag von 18 Millionen DM auf 135 Meter ausgebaut wurde und dass seither dem Vernehmen nach noch nicht ein einziges langes Schiff dort durchgefahren ist?

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe)

– Dafür will ich nicht garantieren. Wenn aber dort schon einmal eines durchgefahren wäre, hätte man die Ladung günstiger per Fleurop versenden können.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Staatssekretär Hillebrand: Vielen Dank, Herr Kollege. Das Zweite wissen Sie offensichtlich selber nicht genau: ob schon ein solches Schiff durchgefahren ist oder nicht.

(Abg. Teßmer SPD: Das wäre ihm gemeldet worden!)

Ich unterstelle einmal, dass die modernen Schiffe, die den Rhein befahren, in der Zwischenzeit eine Länge von 135 Metern haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber nicht alle bis zum Hochrhein durchfahren!)

Ich spreche im Wesentlichen von der Situation am Neckar, wo wir ein enormes Defizit haben, meine Damen und Herren.

(Abg. Teßmer SPD: Nesenbach!)

27 Schleusen müssen da ertüchtigt werden. Wir haben einen hohen Investitionsbedarf von 75 Millionen €, die der Bund eben leider nicht bringt. Ich muss es noch einmal sagen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Und wie groß ist die Nachfrage im Verhältnis dazu? Das muss man doch erst einmal ordentlich zusammenbringen! Das ist nicht darstellbar!)

– Liebe Kollegin Schmidt-Kühner, die Ausgaben für die Bundeswasserstraßen – ich fasse es noch einmal zusammen – sind somit – da bin ich anderer Auffassung als Sie – im Vergleich zur Straße und zur Schiene völlig unzureichend. Für die Straße bringt der Bund, Planung Bundeshaushalt 2005,

(Abg. Teßmer SPD: Sie sollten sich mal den Landeshaushalt ansehen!)

4,6 Milliarden € pro Jahr, für die Schiene 3,7 Milliarden € und für die See- und die Binnenschifffahrt gerade einmal 0,6 Milliarden €

(Abg. Göschel SPD: Plädieren Sie für eine Umschichtung von der Straße zur Wasserstraße?)

– Lieber Helmut Göschel, der geschätzte Bedarf – jetzt zitiere ich jemand völlig Unverdächtigen, nämlich das Institut der deutschen Wirtschaft – beträgt allein für die Gewährleistung funktionsfähiger Wasserstraßen 1,1 Milliarden € pro Jahr.

Liebe Kollegin Schmidt-Kühner, auch im Bereich der Schiene tut der Bund deutlich zu wenig. Ich wäre jetzt versucht, Ihnen das näher zu erläutern.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Wir sind nicht im Bundestag, Herr Hillebrand!)

– Aber es betrifft unsere Infrastruktur, die Infrastruktur im Land. Ich denke, Rot-Grün ist einmal mit der Maßgabe angetreten, speziell für die Schiene mehr zu tun. Jetzt haben wir die Situation, dass gerade in diesem Bereich Kürzungen vorgenommen werden.

(Abg. Teßmer SPD: 16 Jahre lang haben Sie im Bund gar nichts gemacht! – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: Das sind diese alten Sprüche! – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das Transportaufkommen der Binnenschifffahrt im Jahr 2003 war rückläufig.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das hat zwei Gründe: erstens das Niedrigwasser aufgrund des trockenen und heißen Sommers im letzten Jahr und zweitens einen konjunkturbedingten Rückgang – und darüber können wir uns überhaupt nicht freuen – der Transportleistung von Baustoffen um 7 % wegen des Einbruchs der Bauindustrie. Betrug das Transportaufkommen in Baden-Württemberg in den letzten Jahren – von 1998 bis 2002 – noch rund 36 Millionen Tonnen pro Jahr, so waren es 2003 gerade noch ca. 31,5 Millionen Tonnen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Was wollen Sie jetzt damit sagen?)

– Das kommt noch, Frau Schmidt-Kühner.

Ein Lichtblick am Horizont ist die sehr positive Entwicklung bei der Containerverladung. Dabei haben wir eine Steigerung des Umschlags von 2001 bis 2002 um 3,6 % sowie im Vergleich zu 1995 eine Verdoppelung.

(Abg. Teßmer SPD: Merken Sie etwas? Seit 1998 geht es aufwärts!)

Im ersten Halbjahr 2004 war bundesweit eine Steigerung um 20 % im Vergleich zum Vorjahr zu vermelden. Die Containerverladung, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht im Hafen Mannheim bereits mehr als die Hälfte des

(Staatssekretär Hillebrand)

Umschlags aus, und durch den Bau des neuen Logistikzentrums von Daimler-Chrysler im Stuttgarter Hafen ist auch dort mit substanzieller Steigerung zu rechnen. Die Firma Daimler-Chrysler hat die Zeichen der Zeit erkannt, und hierfür sind wir ihr dankbar.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, hier ist schon die Frage gestellt worden: Was tut das Land für die Binnenschifffahrt?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Genau!)

– Jawohl, Herr Dr. Caroli! Was tut das Land? – Das Land hat sich zunächst einmal beim Bund erfolgreich für die Erteilung eines neuen Auftrags zur Verkehrsprognose bis 2025 auf der Bundeswasserstraße Neckar eingesetzt. Der Grund hierfür ist – ich habe es aufgrund der Frage des Kollegen Winkler bereits angesprochen –: Der Ausbau der 27 Neckarschleusen ist dringend notwendig. Ich habe auch die Schiffsgröße von 135 Meter genannt; wir brauchen Schleusen von 140 Meter Länge, und das kostet 75 Millionen €. Wir verlangen ja gar nicht, dass das alles auf einmal gemacht wird, aber es sollte einmal ein Anfang gemacht werden.

Der Verkehr auf dem Neckar wird zunehmen. Wir haben mit Blick auf die Stilllegung des Kraftwerks Obrigheim im nächsten Frühjahr mit mehr Kohletransporten auf dem Neckar zu rechnen. Wir haben zunehmende Containertransporte.

Was hat das Land noch getan? Das Land hat – das ist angesprochen worden – zusammen mit Sachsen-Anhalt Mitte 2003 im Bundesrat einen Antrag zur Wiedereinführung des Steueraufschubs für Veräußerungsgewinne im Falle von Reinvestitionen in Binnenschiffe eingebracht. Ich muss schon sagen: Es tut mir Leid, dass der Kollege Boris Palmer jetzt nicht da ist.

(Abg. Braun SPD: Das glaube ich nicht, dass Ihnen das Leid tut!)

Sie dürfen ihm etwas ausrichten. Ich beziehe mich auf etwas, was er vorhin in diesem Zusammenhang gesagt hat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Er sprach – ich habe es mir aufgeschrieben – vom „Rest der Menschheit“. Er sagte, die Partikuliere seien der „Rest der Menschheit“. Das ist menschenverachtend, und es ist keine Art, hier – wenn man Politik für eine Gruppierung macht, die es ohnehin schwer genug hat – vom „Rest der Menschheit“ zu sprechen!

(Abg. Wieser CDU: Das hat Stuttgart nicht verdient!)

– Lieber Kollege, das ist nicht die Art und Weise, wie man mit einer Gruppe Menschen umgeht, die es ohnehin schwer haben. Darüber sind wir uns einig.

Der Antrag des Landes Baden-Württemberg wurde – um der Wahrheit die Ehre zu geben – vom Bundesrat gebilligt. Ein entsprechender Antrag wurde im Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im Oktober 2003 von den Koalitionsfraktionen abgelehnt, obwohl das vom Bund in Auftrag gegebene PLANCO-Gutachten „Potenziale und Zukunft der deutschen Binnenschifffahrt“ zu dem Er-

gebnis kommt, dass diese Maßnahme von sehr hoher Dringlichkeit zur Stärkung des deutschen Binnenschifffahrtsgewerbes ist.

Die Wettbewerbsverzerrungen bzw. die Nachteile der unter deutscher Flagge fahrenden Partikuliere gegenüber den niederländischen und den belgischen Mitbewerbern hat Kollege Rolf Kurz deutlich aufgezeigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier bleibt der Bund aufgefordert, für Waffengleichheit zu sorgen. Das Land setzt sich darüber hinaus für den Ausbau der so genannten trimodalen Standorte Mannheim, Stuttgart, Kehl, Heilbronn und Karlsruhe ein. Hier sollen Schnittstellen für Lkw, Eisenbahn und Schiff auf Vordermann gebracht werden. Das Land, liebe Frau Schmidt-Kühner,

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Ich habe gar nichts gesagt!)

hat zu diesem Zweck in den letzten Jahren ca. 12 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Letztlich – und das ist keineswegs der unwichtigste Punkt –: Das Land drängt beim Bund immer wieder darauf, ausreichende Finanzmittel für Bundeswasserstraßen zur Verfügung zu stellen.

Als Resümee bleibt festzuhalten:

(Abg. Teßmer SPD: Da gab es gar nichts zu kürzen, denn da war ja gar nichts da!)

Die Binnenschifffahrt hat es schwer, ihre Bedeutung ins rechte Licht zu rücken. Darüber hinaus bleibt festzuhalten, dass sich das Land auf den unterschiedlichsten Ebenen immer wieder mit Nachdruck für die Binnenschifffahrt einsetzt. Wir werden das auch weiterhin tun.

(Abg. Teßmer SPD: Aber nur, wenn es nichts kostet! – Abg. Kaufmann SPD: Aber nur, wenn es kein Geld kostet!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herzlichen Dank all denen, die sich mit den Belangen der Binnenschifffahrt doch recht differenziert auseinander gesetzt haben. Für all die, die jetzt so besonders neugierig sind, wie zum Beispiel der Kollege Haas: Ich bin als Jugendliche

(Abg. Teßmer SPD: Da waren Sie Schifferin!)

mehrfach im Rahmen eines Ferienjobs im Zahlmeisterbüro beim ersten Flusskreuzfahrtschiff Europas mitgefahren, das damals im 14-Tage-Rhythmus zwischen Stuttgart und Rotterdam verkehrte. Dabei hat man natürlich auch Kontakt zur Güterschifffahrt gehabt; das ist keine Frage. Alles Weitere, Herr Haas, machen wir dann einmal bei einem Viertele, wenn Sie noch mehr wissen wollen.

(Heiderose Berroth)

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Die Erfahrungen möchte ich gern wissen! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Auch ich bedaure, dass der Kollege Palmer hier zuerst eine große Sache ins Land gesetzt hat und dann einfach verschwunden ist. Frau Kollegin Lösch, die ihm alles ausrichten wollte, ist inzwischen auch nicht mehr da. Aber vielleicht gibt es jemanden, Herr Kretschmann, der Herrn Palmer sagt, dass dies sehr wohl ein landespolitisches Handlungsfeld ist, wenn es um die Wirtschaftskraft des Standorts Baden-Württemberg geht. Vielleicht richten Sie ihm insbesondere aus, dass es auch ein städtisches Handlungsfeld wäre, weil Stuttgart nämlich einen großen Hafen hat

(Unruhe und Zurufe, u. a. des Abg. Fischer SPD: Was für einen?)

und sicherlich auch im Hinblick auf das, was dort wirtschaftlich abläuft, einiges an Steuern einnimmt und auf die dortigen Arbeitsplätze dringend angewiesen ist.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Kollegin, die Reden im Parlament werden protokolliert, falls Sie das noch nicht wissen!)

– Gut, dann hoffe ich doch und bin sicher, dass Herr Palmer sie auch lesen wird.

Es wurde schon gesagt: Das Bundesverkehrsministerium hat ein Gutachten in Auftrag gegeben und veröffentlicht, in dem der ökologische und ökonomische Nutzen – eben auch der ökologische Nutzen – eindrucksvoll dargestellt sind, genauso wie der Handlungsbedarf beim Ausbau. Die Antworten liegen also eigentlich auf dem Tisch. Trotzdem wurde noch einmal ein neues Forum gegründet, Frau Schmidt-Kühner, und ich hoffe, dass man daraus dann auch die richtigen Konsequenzen zieht.

Sie haben natürlich Recht: Es gibt noch Kapazitätsreserven. Aber fragen Sie sich doch einmal selbst, ob Sie heute in eine Branche investieren würden, bei der man deutlich sieht, dass es nicht möglich ist, sich ein modernes Schiff zu kaufen, um damit zu fahren, wenn dann, wenn das alte Schiff verkauft wird, alles, was da an stillen Reserven realisiert wird, versteuert werden muss. Der Schiffer hat dann also kein Geld mehr, um sich ein neues Schiff zu kaufen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Zuruf von den Grünen: Das ist ja gar nicht wahr!)

Das liegt nämlich an dem § 6 b des Einkommensteuergesetzes, der in der Debatte bereits beschrieben wurde, und es handelt sich dabei nicht um einen kleinen Teil der Menschheit. Dieser § 6 b tut unserem Mittelstand insgesamt so gnadenlos weh, dass der Mittelstand sich Stück für Stück verabschiedet. Genau das wollen die Gewerkschaften. Ich hoffe, dass das nicht gelingt und dass der Mittelstand es schafft, durchzuhalten.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch vor 1998 niedergegangen! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Aber das ist doch kein Problem der letzten fünf Jahre, Frau Berroth! – Abg. Teßmer SPD: Zehn Jahre nichts getan, und dann die große Klappe!)

Der Grund dafür, dass da Kapazitätsreserven sind, ist die fehlende Zukunftsperspektive. Und genau diese Zukunftsperspektive wollen wir schaffen. Deshalb bitte ich die Landesregierung darum, sich zu überlegen, inwieweit sie bezüglich des § 6 b im Hinblick auf die Reinvestierung noch einmal initiativ werden könnte. Denn man sieht doch deutlich:

(Abg. Teßmer SPD: Sie haben doch schon vor 1998 alles kaputtgehen lassen!)

Als das Land 1998 das Containerterminal gebaut hat, gab es diesen Aufschwung. Deshalb brauchen wir weitere trimodale Umschlagplätze,

(Abg. Teßmer SPD: Was für Dinger?)

um einfach die Zukunftsfähigkeit im Binnenschiffverkehr auch für Baden-Württemberg offen zu halten.

Die ökologischen Vorteile des Schiffs sind, auch wenn es immer wieder bestritten wird, offensichtlich. Das höhere Transportvolumen wurde angesprochen. Auch die Kraftstoffverbrauchswerte je transportierte Tonne sind beim Schiff günstiger als bei allen anderen Verkehrsträgern, und Schiffsmotoren heutiger Generation sind, auch was den Wellenschlag betrifft, absolut umweltfreundlich. Natürlich streben wir genau das an, was Herr Palmer angeregt hat, nämlich dass wir sowohl Schifffahrt als auch Erholungsraum haben. Gerade aus meiner frühen Jugenderfahrung weiß ich, dass sich das sehr wohl miteinander verträgt und dass das keine Gegensätze sind.

Die Niederlande haben ein Zuschussprogramm für die Binnenschifffahrt aufgelegt, das genau den Wechsel zu den umweltfreundlichen Motoren fördert. Vonseiten des Bundes ist allerdings auch hier Fehlanzeige. Ich meine, dass sich auch die anderen Länder etwas dabei denken, wenn sie ihre Binnenschifffahrtswege ausbauen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Der Neckar darf nicht, so wie es der Kollege Kurz angedeutet hat, zum Museum verkommen. Auf dem könnten dann nämlich nicht einmal mehr Personenschiffe fahren, weil mit den Personenschiffen allein die Schleusen nicht ausgelastet sind. Das heißt, der Neckar würde dann insgesamt ein nicht nutzbares Gewässer, auch nicht nutzbar für den Freizeitverkehr, höchstens noch für ein paar Paddler. Dazu wäre der Fluss wirklich zu schade.

(Abg. Teßmer SPD: Dann kommen Sie überhaupt nicht mehr aufs Schiff!)

Die Bundesregierung trägt letztlich die Verantwortung. Wir dürfen es nicht zulassen, dass der Transportbereich Binnenschifffahrt weiter vernachlässigt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Göschel SPD: Wie während der Regierung Kohl! – Abg. Teßmer SPD: Wie bis 1998!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bei dem Antrag Drucksache 13/2243 handelt es sich um einen Berichts Antrag. Ich stelle fest, dass er durch die Aus-

(Stellv. Präsident Birzele)

sprache erledigt ist. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Entwicklung und Situation des Lehrstellenmarktes in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2327

Das Präsidium hat eine Redezeit von fünf Minuten für die Begründung des Antrags und von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, für die Aussprache festgelegt.

Wer wünscht das Wort? – Herr Abg. Schuhmacher, Sie erhalten das Wort.

Abg. Schuhmacher CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jedes Jahr ist es die gleiche Debatte, und ich halte es für richtig, dass wir in dieser Jahreszeit über die Lehrstellensituation in unserem Land reden. Da wird sicher die eine Seite von Erfolg reden, und die andere Seite wird von Desaster und von Katastrophe reden. Die Zahlen werden ja jedes Jahr und sicher auch in diesem Jahr unterschiedlich bewertet. Ich freue mich jedenfalls, dass wir in diesem Jahr auf Bundesebene 3,1 % mehr Auszubildungsverhältnisse haben: 695 600 Lehrverträge. Damit sind 94 % der Lehrstellenbewerber versorgt, leider 6 % noch nicht.

Bei uns im Land melden die IHKs ein Plus von 3,7 %, die Handwerkskammer meldet ein Plus von 2 %. Dies sind im Bereich der IHKs 5 743 neue Lehrstellen und 4 960 Praktikumsplätze. Ich halte Praktikumsplätze für eine gute Möglichkeit, in den Beruf hineinzuschnuppern. Vereinbart waren am 29. Juni 2004 3 800 Lehrstellen und 3 200 Praktikumsplätze. Ich denke, dies ist ein gutes Ergebnis, wenn wir die Gesamtsituation unserer Wirtschaft ansehen. 5 000 Lehrstellen sind weggebrochen, wie die IHK gesagt hat. Trotzdem sind diese 5 700 neu hinzugekommen.

Die Kostenbelastung der Betriebe wird immer höher. Ich nenne jetzt nur Material- und Energiepreise. Dies ist eine schlimme Situation, gerade für die Zulieferindustrie. Die Gewinne sind auf Talfahrt. Auch dies möchte ich jetzt nicht weiter ausführen. Der DIHK sagt, dass der Exportboom, der unsere Wirtschaft derzeit sehr stark trägt, im nächsten Jahr zurückgehen werde, und Creditreform redet von weiteren Pleiten.

Wir können feststellen: Der Ausbildungspakt in unserem Land und in der Bundesrepublik, der auf drei Jahre abgeschlossen ist, ist bereits nach drei bis vier Monaten ein voller Erfolg. Die Ausbildungsplatzabgabe wäre garantiert das falsche Instrument und eine weitere Kostenbelastung. So möchte ich heute Danke sagen, weil unsere Wirtschaft die Zusagen eingehalten hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich danke allen Ausbildungsbetrieben, allen Kammern und den Vermittlern. Ich weiß, wie sehr sie gelaufen sind. Sie sind auch oft bei mir gewesen und haben oft mit mir telefoniert. Ich habe auch in meinem Betrieb das Mögliche getan. Ich danke auch allen Behörden, dem Wirtschaftsministeri-

um, unserem Ministerpräsidenten und allen, die für diesen Pakt geworben haben.

(Abg. Teßmer SPD: Dem Bundeskanzler!)

Ende Oktober wird unser Wirtschaftsminister ein Spitzengespräch gerade zum Lehrstellenmarkt führen. Es wird eine Nachvermittlung geben. Ich hoffe und wünsche, dass wir alle uns an dieser Nachvermittlung beteiligen. Ich habe schon oft mit den Bürgermeistern geredet und gesagt, sie sollten runde Tische einrichten und die Betriebe und auch die Abgeordneten mit dazunehmen und wirklich versuchen, die restlichen Jugendlichen noch unterzubringen. Ich bin überzeugt, wir werden es schaffen, dass niemand auf der Straße bleibt.

Eine Umfrage der IHK hat ergeben, dass im nächsten Jahr 15 % der Unternehmen ihr Ausbildungsangebot steigern wollen. 56 % wollen es stabil halten, und 8 % wollen es verringern. 21 % wollen nicht ausbilden. Eine Aufgabe, der wir alle uns stellen müssen, liegt auch darin, bei diesen Betrieben darauf hinzuwirken, auszubilden.

Es ist ein Erfolg, dass es nun im Bund 35 000 neue Lehrstellen gibt, die vorher nicht existiert haben. Ich sage trotzdem noch einmal als Appell: Auch die übrigen Betriebe müssten ausbilden.

Für mich und die CDU heißt es: Ausbildung bedeutet, in die Zukunft zu investieren. Deswegen einige Punkte zur Zukunft der Ausbildung:

Erstens: Wir müssen das duale Ausbildungssystem erhalten. Aber wir müssen bei neuen Berufen die gleiche Dynamik entwickeln, wie sie – ungewollt – bei den wegfallenden Berufen entstanden ist. Viele Berufe sind weggefallen.

Es dauerte viel zu lange, bis neue Berufe anerkannt wurden. Auch hier muss eine Abkürzung kommen, damit wir neue Berufe schneller in die Tat umsetzen können. Ich war beispielsweise an der Schaffung des Berufsbildes Zerspanungsmechaniker beteiligt. Es hat zehn Jahre gedauert, bis wir dieses Berufsbild tatsächlich umsetzen konnten. Dies darf in Zukunft bei den neuen Technologien nicht mehr so sein. Wir brauchen schnellere Entscheidungen im Elektronikbereich, bei Steuerungen, Schaltungen, bei den neuen Werkstoffen, bei Oberflächentechniken, Beschichtungen, Härtetechniken, im Bio- und Gentechnologiebereich und auch bei den alternativen Energien. Hier bahnen sich eine ganze Reihe von Berufen an.

Aber ich meine auch, dass man bei den IHKs über externe Prüfungen nachdenken sollte, und zwar vor allem für niederschwellige Berufe. Dem hat auch die Leiterin der Bundesagentur hier in Baden-Württemberg das Wort geredet.

(Abg. Zeller SPD: Landesagentur!)

Ich habe auch eine leichte Kritik bei einer IHK anzubringen; denn ich hätte eigentlich gedacht, dass es dort schneller laufen würde. Dies betrifft den Fall eines Betriebs, bei dem ein Zerspanungsmechaniker, Fachrichtung Frästechnik, einen Lehrling eingestellt hat und ihn dann wieder entlassen musste, weil die IHK gesagt hat, der Betrieb hätte zu moderne Maschinen und keine konventionellen Maschinen

(Schuhmacher)

mehr. Ich denke, dass ich dieser Sache nachgehen muss und auch nachgehen werde.

(Abg. Fischer SPD: Ja!)

Dies sind Dinge, die etwas hemmen.

Zweitens: Berufsausbildung muss ein Lebensfundament für die jungen Menschen sein. Manche Berufe beklagen die mangelnde schulische Aus- oder Vorbildung. Außerdem ist heute Gruppenarbeit gefragt. Hier beklagen manche mangelndes Sozialverhalten, mangelnde Teamfähigkeit. Auch dies muss man aufgreifen. Im Zeichen der Globalisierung brauchen wir darüber hinaus immer mehr Sprachkenntnisse, weil auch die Monteure ins Ausland müssen. Deswegen heißt es „lebenslanges Lernen“.

Drittens: Wie kann die Wirtschaft zu angemessenen Kosten zukunftsorientierten Nachwuchs bekommen? Es müssen einige Rahmenbedingungen geändert werden. Die Lohnzusatzkosten müssten geändert werden. Wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik muss gemacht werden, wie wir alle wissen. Es gibt zu hohe Kosten und Klagen über Entgelte und auch Prüfungsgebühren. Dies trifft allerdings in meinem Bezirk nicht zu. Dort gibt es niedrige Prüfungsgebühren. Ich sage dies ausdrücklich. Bürokratie und administrativer Aufwand sollten wirklich zurückgeführt werden.

Einige Schlussbemerkungen:

Ausbildung, Qualifizierung ist und muss eine Daueraufgabe bleiben. Und wir müssen besser sein als die anderen. Ich war vor einiger Zeit mit unserem Wirtschaftsminister in Polen und in Tschechien. Von dort droht uns wirklich eine große Konkurrenz, vor allem für die weniger qualifizierten Berufe. Wir müssen uns anstrengen, wir müssen besser sein, wenn wir den Wettbewerb gewinnen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unsere Betriebe brauchen wieder mehr Spielräume, um sich dies alles leisten zu können.

Der Ausbildungspakt zeigt Wirkung. Er wird noch mehr Wirkung zeigen, wenn wir alle mithelfen.

Zum Schluss noch ein gesellschaftspolitisches Problem, das ich gestern in der „Welt“ gelesen habe. Viele Betriebe und wir alle meinen ja, dass es an verschiedenen Ecken noch hapert. Die „Welt“ schreibt gestern:

Die mangelnde Motivation der Jugendlichen und die fehlende Unterstützung des Elternhauses sind Teil des Problems.

Ich möchte dies nicht verallgemeinern, aber es ist sicher ein Teil des Problems. Ich möchte dringend auch an die Eltern appellieren, weil ich ganz genau weiß – ich habe elf Auszubildende in meinem Hause –, wie sehr es darauf ankommt, dass die Eltern hinter ihren Kindern stehen und ihre Kinder unterstützen. Dies beginnt bei der Schule und endet bei der Berufsfindung und bei der Berufsbildung. Ich bitte Sie alle mitzuhelfen. Dann werden wir sicher bis zum Ende des Jahres ein zufrieden stellendes Ergebnis haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Analyse und Bewertung des Lehrstellenmarktes ist gegenüber den Vorjahren nun noch komplizierter und undurchschaubarer geworden, nachdem Wirtschaft und Politik den so genannten Ausbildungspakt geschlossen haben, dessen Ziel die Schließung der in den vergangenen Jahren immer größer gewordenen Ausbildungsplatzlücke ist.

Meine Damen und Herren, wenn schon der Übergang von der Schule in die Berufsbildung für viele junge Menschen eine große Hürde darstellt, besonders wenn sie zu den 20 % eines Jahrganges in Baden-Württemberg gehören, die nicht oder nur bedingt ausbildungsfähig sind, wird die Lage für sie bei fehlenden Ausbildungsplätzen dann natürlich fast völlig hoffnungslos.

(Abg. Stichelberger SPD: Richtig!)

Wenn aber junge Menschen in unserer Gesellschaft nicht ausgebildet werden, ist nicht nur ihre eigene Zukunft chancenlos, sondern ist darüber hinaus die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft infrage gestellt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Göschel SPD: Sehr richtig!)

Nun zur Lehrstellensituation, Stand 30. September dieses Jahres. Lassen Sie mich zusammenfassend zunächst sagen:

Erstens: Wenn die Initialzündung des Ausbildungspaktes, wie die Zahlen der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern aussagen, bisher zu einem Zuwachs von 3 % bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen gegenüber dem Vorjahr geführt hat, ist das sehr erfreulich.

Zweitens: Ob die Erfüllung der vereinbarten neu eingeworbenen Lehrstellen ein voller Erfolg ist, wie die Wirtschaft sagt, muss jedoch anhand der Größenordnung des Zuwachses und seiner Relation zu den Bewerberzahlen hinterfragt werden.

(Abg. Zeller SPD: Richtig!)

Drittens: Während sich insbesondere bei der Bereitstellung von Praktikumsplätzen zur Einstiegsqualifikation die Kammern hervorgetan haben, haben die Wirtschaftsverbände insgesamt zu wenig oder gar nichts getan und sich somit von den Vereinbarungen des Ausbildungspaktes verabschiedet.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Viertens: Die von allen Seiten bestätigte noch bestehende Lehrstellenlücke zeigt, dass wir auch in diesem Herbst nicht jedem Jugendlichen, der sich beworben hat, einen Ausbildungsplatz anbieten konnten, weil es eben davon auch diesmal zu wenig gegeben hat.

Und nun die Zahlen zu Baden-Württemberg etwas genauer, Herr Kollege. Wenn die Wirtschaft die Zahl der vereinbar-

(Wintruff)

ten 3 800 neu eingeworbenen Ausbildungsplätze sogar übertroffen hat, so besagt das eigentlich fast gar nichts. Die Zahl bezieht sich ja erstens auf das ganze Jahr 2004 – der Ausbildungspakt kam aber erst im Juni – und müsste zweitens mit der Zahl der im gleichen Zeitraum weggefallenen Ausbildungsplätze verglichen werden. Diese Zahlen gibt es aber nicht.

Auslöser des Ausbildungspakts war der stetige Rückgang der real neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Der Rückgang von 77 700 im Jahr 2000 auf 71 700 im Jahr 2003 entsprach einem Minus von 7,7 %. Selbst wenn bis jetzt, wie Sie dargelegt haben, im Land 3 % mehr Verträge abgeschlossen wurden, wird damit der Abbau, der in den vergangenen Jahren stattgefunden hat, nicht aufgeholt. Für unsere Jugendlichen ist damit also die Lehrstellenlücke größer als im Vorjahr.

Hinzu kommt, dass wir auch eine größere Zahl von Bewerbern haben; denn gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Bewerber nochmals um 6,2 % gestiegen.

Deshalb gab es eben Anfang September bei den Agenturen Baden-Württembergs noch 20 000 unvermittelte Bewerber auf lediglich 6 700 unbesetzte Ausbildungsstellen. Die Bilanz der Landesagentur weist nun zum Ende des Ausbildungsjahres, also 30. September, nur drei, vier Wochen später, die aktuellen Zahlen aus. Im Zeitraum von Anfang September bis Ende September wurden aber plötzlich aus den 20 000 unversorgten Bewerbern um einen Ausbildungsplatz nur noch – man wundere sich – 3 400.

Tausende Jugendlicher, meine Damen und Herren, sind nicht etwa vermittelt worden, sondern sind in Alternativen jenseits der dualen Ausbildung ausgewichen. Diese Bilanzmanipulation ist jedoch – das gebe ich zu – staatlich legitimiert und führt dann noch zu dem Effekt, dass Baden-Württemberg in der Statistik bei der Angebot-Nachfrage-Relation sogar im positiven Bereich liegt.

Das Ausbildungsjahr endete also am 30. September. Nach Einschätzung der Wirtschaft wird sich an der Bilanz bis zum Jahresende nicht mehr viel ändern, Herr Schuhmacher. Weil die Betriebe nämlich für ihre Entscheidung ein Jahr Zeit hatten, wird es für das abgelaufene Ausbildungsjahr auch nicht mehr viele neue Lehrstellen geben.

Andersherum: Man muss sich anstrengen, dass die 2 000 Plätze, die noch offen sind, vermittelt und weitere Praktikumsplätze geschaffen werden.

Die Ausbildungssituation 2004 zeigt, dass trotz Ausbildungspakt auch in Baden-Württemberg nicht allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen eine Vermittlung in das duale Ausbildungssystem angeboten werden konnte.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Das ist die Realität. Wenn nur 15 % der Unternehmen im kommenden Jahr ihre Ausbildungsbereitschaft steigern wollen, wie die IHK mitteilt, wird das auch im kommenden Jahr die Lage nicht verbessern.

Die Landesregierung hat somit ihre im Ausbildungspakt unterschriebene, als verbindlich bezeichnete Verpflichtung,

allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung im dualen System zu unterbreiten, nicht erfüllt, Herr Wirtschaftsminister. Sie trägt schwer an dieser Verantwortung, weil sie sich in den vergangenen Jahren eben leider damit begnügt hat, die geschönten Bilanzen der Statistik als Erfolg zu verkaufen. Sie hat dem kontinuierlichen Abwärtstrend bei der Zahl der Ausbildungsplätze tatenlos zugesehen.

(Abg. Schmiedel SPD: Däumchen gedreht! – Abg. Dr. Birk CDU: Wo leben Sie eigentlich?)

Trotz der wachsenden Zahl der Schulabgänger, die zu versorgen waren, hat sie weiter nichts getan.

Die Landesregierung hat auch, wie das Ergebnis der eingeführten Kompetenzchecks bei den Kammern zeigt, nichts gegen die große Zahl der nicht vermittelbaren Jugendlichen getan. Wenn 20 % der Jugendlichen eines Jahrgangs aufgrund mangelnder Berufsvorbereitung den theoretischen Anforderungen anerkannter Ausbildungsberufe im dualen System nicht mehr gewachsen sind, muss sich doch die Frau Kultusministerin, die die Verantwortung im Bildungssystem trägt, hinterfragen lassen und die von der OECD getroffene Kritik einstecken.

(Beifall bei der SPD – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Birzele: Ich bitte darum.

Abg. Wintruff SPD: Meine Damen und Herren, in unserem Bildungssystem stimmt doch etwas nicht mehr, wenn ein Hauptschüler heute kaum noch seinen Traumberuf des Kfz-Mechanikers erlernen kann, weil die gewachsenen Anforderungen den Abschluss der mittleren Reife fast unabdingbar für diesen Beruf machen. Somit muss sich aber doch die Kultusministerin die Kritik an einem veralteten, selektiven Dreiklassenschulsystem gefallen lassen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Das Handwerk braucht eben auch ausbildungsfähige Bewerber mit einer guten schulischen Grundlage und hat die Politik schon mehrfach aufgefordert, zu reagieren. Die Verweigerungshaltung der Bildungspolitik in diesem Land

(Abg. Kübler CDU: Glauben Sie das selbst?)

bleibt damit aber leider weiterhin eine der Ursachen dieser Ausbildungsplatzmisere.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: So ist es! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege, Sie wollten vor geraumer Zeit zum Schluss kommen.

(Abg. Kübler CDU: Das wäre gut!)

Abg. Wintruff SPD: Meine Damen und Herren, im Interesse unserer Jugend und ihrer Chancengerechtigkeit muss sich bald einiges ändern, auch in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr gute Rede! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag, der Grundlage für die heutige Diskussion ist, gibt Auskunft über die Lehrstellensituation im Sommer des vergangenen Jahres. Wir alle wissen, das ist Schnee von gestern.

Interessant ist aber, im Rückblick festzustellen, dass Baden-Württemberg, wie in den vergangenen Jahren, bei der Angebot-Nachfrage-Relation unter allen Bundesländern mit weitem Abstand den Platz Nummer 1 im positiven Sinne einnimmt. Herr Wintruff, Ihrem Vortrag zufolge scheinen Sie ein ganz kleines bisschen in einer anderen Welt zu leben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Wolkenkuckuckshaus! – Abg. Wintruff SPD: Nein, nein! Sie haben halt keine Ahnung! Wenn Sie mehr Ahnung hätten, würden Sie so etwas nicht sagen!)

Beeindruckend ist die Vielfalt der Aktivitäten, die die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe im Land erhöhen.

(Abg. Wintruff SPD: Haben Sie gestern zufällig Zeitung gelesen?)

Ich brauche sie nicht alle aufzuführen; die meisten kennen sie. Mein Dank gilt insbesondere den Unternehmern, den Handwerksbetrieben, die ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung nachgekommen sind. Denen gilt es zu danken.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Besorgniserregend ist – das zeigt auch der Rückblick –, dass sich die Schere zwischen der Zahl der gemeldeten Stellen auf der einen Seite und der Zahl der Bewerber auf der anderen Seite im Jahr 2003 deutlich geöffnet hat. Das heißt, einem Rückgang der Zahl der gemeldeten Stellen um immerhin 10,8 % steht ein Anstieg der Zahl der Bewerber um 3,2 % gegenüber.

Jetzt wollen wir natürlich alle wissen, wie es ein Jahr später aussieht. Noch im Juli dieses Jahres – auch das muss man konstatieren, weil wir hier ja keine heile Welt vermelden wollen – war die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber groß. Die Schere hat sich sogar noch weiter geöffnet. Das sind die genannten 20 000 Jugendlichen, die noch nicht mit einer Lehrstelle versorgt sind.

(Abg. Wintruff SPD: Das stimmt nicht! Die waren Ende August!)

– Meinetwegen auch Ende August.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Meinetwegen auch Ende August! Mir geht es nicht um Zahlen, sondern um die Jugendlichen. Man muss sich um die Jugendlichen kümmern, nicht um das Ranking.

(Abg. Wintruff SPD: Nur: Hinter jeder Zahl verbirgt sich ein Jugendlicher!)

Diese Zahlen basieren allerdings auf den freiwilligen Meldungen der Betriebe und spiegeln nicht die tatsächliche Situation auf dem Lehrstellenmarkt wider. Wir alle wissen – hierzu gibt es Tabellen; ich kann Ihnen nachher eine zeigen –: Jedes Jahr findet zwischen Ende August und Ende September ein dramatischer Rückgang dieser Zahlen im Verhältnis 1 : 10 statt.

(Abg. Wintruff SPD: Ja! Manipulation! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Hinzu kommt, dass der Einschaltungsgrad der Bewerber, wenn es angespannte Situationen gibt – jeder, der sich da auskennt, weiß das –, umgekehrt auch bei den Betrieben sinkt. Das heißt, immer mehr Lehrlinge kommen ohne Vermittlung über die Arbeitsagenturen zu den Betrieben. Das ist ein Fakt.

(Abg. Wintruff SPD: Ach, „immer mehr“! Es sind vielleicht 10 %!)

Auch dürfte die Diskussion über die Ausgleichsabgabe eher negativ auf die Meldungen durch die Betriebe gewirkt haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Na, na, na! Das ist aber eine waghalsige Interpretation!)

Besser sind dann auch die Zwischenzahlen der Kammerstatistik. Bei den Industrie- und Handelskammern war im August ein Anstieg um 5,5 % zu verzeichnen. Allerdings dümpelte das Handwerk immer noch mit einem Minus von 4 % hinterher.

Natürlich sind die Zahlen auch bei den schulischen Ausbildungsangeboten gestiegen – schon aufgrund der demografischen Entwicklung. Ich habe keinen Zweifel: Das sind Warteschleifen, die viel Geld kosten. Es ist immer besser, möglichst viele Absolventen von den allgemein bildenden Schulen direkt in die berufliche Ausbildung zu holen.

Wie ist die Situation gegenwärtig? Uns liegen die Zahlen von Ende September nun vor. Der auf drei Jahre abgeschlossene Ausbildungspakt hat sich bereits nach drei Monaten als voller Erfolg erwiesen – nicht nur deshalb, weil er die unsinnige Ausbildungsplatzabgabe verhindert, sondern weil erfolgreich zusätzliche Anstrengungen bewirkt worden sind.

Im Wesentlichen geht es darum, das, was wir in Baden-Württemberg bisher schon immer machen, verstärkt weiterzuführen – Einstiegsqualifizierung, Callcenter bei der Agentur für Arbeit. Wichtig ist auch, dass Nachvermittlungen für Auszubildende in Angriff genommen werden.

Zu den Zahlen: 3 800 neue Plätze, 3 200 Praktikaplätze waren im Pakt versprochen. Allein im IHK-Bereich – das sind 55 % der genannten Stellen – hat man diese Zahlen mit 5 743 bzw. mit 4 960 schon weit übertroffen.

(Abg. Wintruff SPD: Und was sagen Ihnen die Zahlen?)

Sie sagen, dass man nicht wisse, wie viele Plätze weggefallen seien. Sie hätten bei der Pressekonferenz dabei sein sollen: Man weiß das.

(Abg. Wintruff SPD: Nein, man weiß das nicht!)

(Hofer)

Diese Zahl ist überkompensiert worden. Es sind etwa 5 000 weggefallen, und es sind allein durch die IHKs fast 6 000 hinzugekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Im Übrigen hat sich mit 2 578 die Zahl der Betriebe, die neu ausbilden, gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Ich denke, wir können zuversichtlich sein. Ich danke allen, die sich engagiert haben.

Dass das in den anderen Bundesländern auch alles so ist, glaube ich nicht. Aber es geht hier nicht um Rankings, es geht hier nicht um Statistiken. Vielmehr geht es darum, dass wir sagen: Wir wollen uns anstrengen, um die Jugendlichen zu vermitteln.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wintruff SPD: Das sagen Sie schon zehn Jahre lang!)

Dazu sage ich Ihnen zum Abschluss noch einiges.

Wenn ich Personal führe, wenn ich Anstrengungen von anderen fordere, dann mache ich sie nicht schlecht, sondern ermutige sie, gebe ihnen neue Impulse.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich halte es mit denen, die etwas machen, aber nicht mit denen, die nicht mitmachen. Zum Beispiel macht der DGB beim Ausbildungspakt nirgendwo mit.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Unglaublich!)

Ich möchte einmal wissen, wie viele neue Stellen dort geschaffen worden sind.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Keine!)

Bei den IHKs hat man die Zahl verdoppelt.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich möchte die Zahlen gerne hören.

Ich halte auch nichts von den Miesmachern, ich halte etwas von den Machern.

(Abg. Schmiedel SPD: Wie viele hat die FDP neu eingestellt? – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Deshalb noch einmal der Dank an alle, die sich hier anstrengen. Seien Sie ermutigt, machen Sie weiter! Die nächsten Jahre werden schwer genug. Da ist es wie im Fußball. Wenn ein Spiel gewonnen wurde, heißt es: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.

Wir sollten auch einmal ein paar Tabus angehen. Wir sollten auch einmal überlegen, ob die Ausbildungsvergütungen in der gegenwärtigen Höhe bleiben können. Wenn da eine Änderung erfolgt, wird nämlich auch mehr ausgebildet.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich sage auch noch etwas Selbstkritisches: Ich habe gehört, dass im Land überlegt wird, vollzeitschulische Ausbildungsangebote so zu gestalten, dass Leute, die einen Betrieb noch nie von innen gesehen haben, bei den Ausbildungsprüfungen Leuten im dualen System gleichgestellt werden. Ich persönlich habe da einen großen Nachholbedarf.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Denn das zerstört unser duales System und dessen Image. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam weitermachen.

(Abg. Wintruff SPD: Haben Sie schon einmal etwas von einer Novellierung gehört?)

Halten wir es mit denen, die sich anstrengen, und nicht nur mit denen, die negativ kommentieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Keine Ahnung! Die Rede halten Sie schon zehn Jahre lang, immer die gleiche! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein schwieriges Ausbildungsjahr hat begonnen, auch bei uns in Baden-Württemberg. Wir haben diese Woche von den Regionaldirektionen für Arbeit die Zahlen zum Stand Ende September bekommen. Auch wenn beim Arbeitsamt meist mehr Bewerber gemeldet sind, als es wirklich gibt, so sind die Probleme am Ausbildungsmarkt doch unbestreitbar leider weiterhin groß. Der Kollege Wintruff hat darauf hingewiesen: Eine Ursache dafür ist, dass wir mehr Jugendliche haben, die einen Ausbildungsplatz suchen. Die Jahrgänge werden zurzeit stärker, und nach mehreren Jahren Ausbildungskrise suchen nun viele der schon etwas älteren Jugendlichen, die zuvor in irgendeiner Maßnahme geparkt wurden, ebenfalls einen Ausbildungsplatz. Das verschärft das Problem.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch gute Nachrichten. Die IHKs in Baden-Württemberg melden – das ist schon gesagt worden – 3,7 % mehr abgeschlossene Ausbildungsverträge als im Vorjahr. Daraus schließe ich für meine Fraktion: Der Ausbildungspakt, den die Bundesregierung mit den Wirtschaftsorganisationen bundesweit geschlossen hat und der auch hier in einem Landesausbildungspakt umgesetzt wurde, wirkt. Ich darf an dieser Stelle für meine Fraktion all denen einen Dank aussprechen, die einen Beitrag geleistet haben, damit hier im Land Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.

(Beifall bei den Grünen)

Aber Wirtschaft und Politik hier im Land dürfen sich jetzt nicht zurücklehnen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Jeder Jugendliche, der jetzt nicht ausgebildet wird, fehlt später als Fachkraft, und jeder Jugendliche, der jetzt nicht ausgebildet wird, hat oft auf lange Zeit keine Chance am

(Dr. Witzel)

Arbeitsmarkt und damit für einen wichtigen Teil seines Lebens.

Meine Fraktion hat sich seit einem Jahr immer für den Ausbildungsakt und gegen eine Ausbildungsplatzabgabe eingesetzt.

(Abg. Rückert CDU: Das war richtig!)

Wir meinen, dass eine Abgabe in dieser Situation auch nicht zu mehr Ausbildungsplätzen geführt hätte.

(Abg. Wintruff SPD: „Umlage“ heißt das!)

Umso mehr ist es jetzt notwendig, dass wir den Ausbildungsakt zu einem Erfolg führen. Dafür gibt es nicht nur eine Maßnahme, sondern dafür brauchen wir ein Bündel von Maßnahmen.

Wir sehen auf der einen Seite das Bemühen der Betriebe, aber leider reicht das allein noch nicht aus. Die Nachvermittlungskaktion von Kammern und Arbeitsagentur muss hier noch deutliche Verbesserungen erbringen. Wir glauben auch, dass die neu eingeführten Praktikumsplätze eine wichtige Lücke zwischen Ausbildung und schulischen Maßnahmen schließen werden.

Aber auch die Landesregierung muss Ernst machen mit ihrem Beitrag zu einer besseren Ausbildungssituation hier in Baden-Württemberg. Da sehe ich vor allem drei Punkte:

Zum einen betrifft das die Situation an den allgemein bildenden Schulen. Wir alle wissen: Viele Schulabgänger sind nicht ausbildungsreif. Wir alle haben Gespräche mit Unternehmern geführt, die gesagt haben: „Wir hätten ja Ausbildungsplätze, aber wir haben keine geeigneten Bewerber.“ Das muss sich ändern. Bei diesem Problem hat auch die Landesregierung versagt. Bei den beruflichen Schulen hat sie zwar mit mehr Deputaten den Anstieg der Schülerzahlen aufgefangen, aber die strukturelle Unterversorgung bleibt bestehen. Nach wie vor brauchen wir eine Schulreform, die dafür sorgt, dass Schulabgänger grundlegende Fähigkeiten wirklich beherrschen, sodass sie in der Lage sind, eine Ausbildung aufzunehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Als zweiten Punkt möchte ich daran erinnern, dass auch das Land selbst einen größeren Beitrag zum Ausbildungsakt leisten muss, als es ihn bisher in Aussicht gestellt hat. Die Politik muss auch hier Ernst machen mit dem Erfüllen ihrer Versprechungen. Die Landesregierung will laut Ausbildungsakt die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildungsverhältnisse in der Landesverwaltung im Jahr 2005 um 20 % steigern. Meine Damen und Herren, warum verspricht das Land hier eine Erhöhung erst für das Jahr 2005, warum kommt sie nicht jetzt im Jahr 2004, wo wir doch jetzt die Probleme haben? Das Land bleibt damit hinter dem nationalen Ausbildungsakt zurück. Auch die Zahlen, die genannt werden – der Ministerpräsident hat die Zahl 114 genannt –, sind schön gerechnet, denn aus anderer Quelle, aus einer Stellungnahme des Finanzministeriums, wissen wir: 20 %, die das Land versprochen hatte, wären 166 Ausbildungsplätze. Das müssen wir umsetzen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich darf einen dritten Punkt nennen. Dieser ist zwar zahlenmäßig weniger bedeutend, aber er ist hier im Hause auch konkret anzugehen. Er betrifft die Landtagsverwaltung. Es kann nicht sein, dass sich der Landtagspräsident nicht imstande sieht, fünf jungen Menschen einen Ausbildungsplatz in der Landtagsverwaltung zu bieten, wie es zum Beispiel die SPD gefordert hat. Wir Grünen als kleine Fraktion hier im Landtag haben es erreicht, dass wir ein Ausbildungsbetrieb sind.

(Abg. Fischer SPD: Und wir auch!)

In diesem Jahr schaffen wir es zum zweiten Mal, einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Wenn eine so kleine Fraktion wie die der Grünen das schafft, dann sollte der Landtag als Ganzes mit seinem großen Apparat es doch schaffen, fünf Ausbildungsplätze bereitzustellen!

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Herr Präsident, hier fordere ich von Ihnen entsprechende Aktivitäten ein.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Sie sehen: Viele Puzzlesteine müssen zusammengesetzt werden, um die Ausbildungskrise zu bewältigen. Nur wenn Wirtschaft und Politik sich gemeinsam anstrengen, können wir die Ausbildungskrise überwinden. Aber hinsichtlich der Verbesserung der Schulbildung und der Bereitstellung eigener Ausbildungsplätze ist die Landesregierung wirklich am Zuge.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Wirtschaftsminister Pfister.

Wirtschaftsminister Pfister: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will einmal versuchen, Ihnen den Streitwert deutlich zu machen, um den es heute, Stand 7. Oktober, geht – mehr wissen wir noch nicht; was am 27. Oktober sein wird, müssen wir abwarten –: Am 7. Oktober suchen in Baden-Württemberg – und nur von Baden-Württemberg spreche ich – 3 500 junge Leute einen Ausbildungsplatz,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

und es sind noch 2 000 Ausbildungsplätze als offen gemeldet. Wenn ich einmal davon ausgehe, dass wir diese 2 000 offenen Ausbildungsplätze tatsächlich noch besetzen, dann ist der Streitwert der, dass in ganz Baden-Württemberg 1 500 junge Leute noch einen Ausbildungsplatz suchen.

(Widerspruch des Abg. Wintruff SPD – Zuruf von der SPD: Unsinn!)

– Lieber Kollege Wintruff, bevor ich so herumjammern und herumnölen würde, würde ich mich an Ihrer Stelle anstrengen, dass diese 1 500 Plätze in Baden-Württemberg auch noch besetzt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Das war aber nicht ministrabel! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des von Ihnen angesprochenen Herrn Abg. Wintruff?

Wirtschaftsminister Pfister: Ich habe doch gerade erst angefangen!

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das war eben aber keine ministeriale Ausdrucksweise!)

– „Jammern“ ist absolut ministrabel.

(Abg. Seimetz CDU: Dann wäre ja Herr Wintruff ministrabel!)

Bitte.

Abg. Wintruff SPD: Herr Minister, bevor Sie sich weiter in falsche Zahlen hineinknien:

(Zuruf von der SPD: Steigern!)

Es ist doch leicht nachvollziehbar. Ich habe Ihnen gesagt, dass es Anfang September 20 000 unversorgte junge Menschen gab und diese Zahl bis Ende September auf die auch von Ihnen genannte Zahl 3 500 reduziert worden ist. Ich frage Sie: Wo sind die übrigen 16 500 Jugendlichen geblieben? Marlene Dietrich würde singen: „Wo sind sie geblieben?“ Geben Sie eine Antwort darauf. Wo sind sie geblieben?

(Abg. Schmiedel SPD: Bei Frau Schavan, im BVJ!
– Abg. Hofer FDP/DVP: Wenn Sie das nicht wissen, tun Sie mir Leid! – Abg. Seimetz CDU: Das war die Frage eines Miesepeters! – Weitere Zu- und Gegenrufe)

Wirtschaftsminister Pfister: Herr Kollege Wintruff, es bleibt dabei. Die Zahlen, die ich Ihnen genannt habe, sind offizielle Zahlen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das ist doch keine Antwort, Herr Pfister! – Abg. Wintruff SPD: So antworten Sie doch! Wo sind die alle?)

Ich behaupte ja noch nicht, dass alles in trockenen Tüchern sei. Das behaupte ich gar nicht. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir noch eine bestimmte Anzahl von Ausbildungsplatzbewerbern versorgen müssen. Ich setze darauf, dass dies durch entsprechende Nachqualifizierungsmaßnahmen und durch eine zweite Runde der Vermittlung, die jetzt beginnt, geschehen kann. Ich bin mir sehr sicher, dass wir am Ende des Monats Oktober, zu unserem Ausbildungsplatzgipfel, auch noch diese 1 500 jungen Leute untergebracht haben.

Im Übrigen darf ich vielleicht noch eines vorweg sagen. Ich schätze, dass 95 % der Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg damals Ja zu diesem nationalen Pakt und Nein zur Ausbildungsplatzabgabe gesagt haben. Ich halte das für eine richtige Entscheidung. Ich bin davon überzeugt: Wenn wir den Weg über eine Ausbildungsplatzabgabe gewählt hätten, dann hätten wir – jedenfalls in Baden-Württemberg – nicht den Erfolg, den wir schon heute haben.

(Abg. Wintruff SPD: Reine Spekulation!)

Deshalb war der Weg des nationalen Pakts auch für Baden-Württemberg absolut richtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Das ist doch spekulativ! Vielleicht!
– Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Ich möchte Ihnen sagen, dass ich nach wie vor dafür stehe und alles, was ich kann – ich komme auf einige konkrete Details zurück –, dafür tun werde, um am Ende dieses Monats oder allerspätestens dieses Jahres, wenn endgültig Bilanz gezogen wird, zu erreichen, dass jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige junge Mensch einen entsprechenden Ausbildungsplatz bekommt. Dies ist und bleibt Ziel der Landesregierung, und das ist auch absolut notwendig. Das ist im Interesse der jungen Leute notwendig, weil ich sie nach der Schule in der Tat nicht in die Perspektivlosigkeit entlassen will. Das ist aber auch im Interesse der Wirtschaft notwendig; denn die Wirtschaft braucht in der Zukunft verstärkt die Qualifikation der jungen Leute.

Wie gesagt, es ist noch nicht alles in trockenen Tüchern – das will ich gern zugeben –,

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

aber inzwischen ist viel erreicht worden. Ich habe Ihnen die Zahlen genannt, und ich weise noch einmal darauf hin: Es war von Anfang an vorgesehen, dass dann, wenn noch ein Rest von Ausbildungsplatzbewerbern nicht versorgt ist, in einer zweiten Tranche eine neue Qualifizierungs- und Vermittlungswelle anlaufen soll. Inzwischen ist sie angelaufen, und Sie werden sehen, dass wir die restlichen 1 500 jungen Leute – rechnerisch meine ich jetzt – mit dieser zweiten Vermittlungswelle in ein Ausbildungsverhältnis hineinbringen bzw. dass wir ihnen einen Praktikantenplatz vermitteln werden.

(Zurufe der Abg. Schmiedel und Wintruff SPD)

Meine Damen und Herren, was kann das Land Baden-Württemberg tun? Es geht, wie gesagt, um 3 800 neue Ausbildungsplätze,

(Abg. Wintruff SPD: Nein, es geht nicht darum!)

es geht um 3 200 neue Praktikantenplätze. Diese Ziele sind inzwischen schon allesamt übertroffen; diese Ziele sind erreicht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Hört, hört! – Abg. Wintruff SPD: Mit manipulierten Zahlen! Mit fast gefälschten Zahlen!)

Zweitens: Das Land hat sich verpflichtet, für das Jahr 2005 zusätzliche Ausbildungsplätze im dualen Bereich, also in der öffentlichen Verwaltung, zur Verfügung zu stellen. Ich gehe selbstverständlich davon aus, dass das Land Baden-Württemberg hier seiner Aufgabe nachkommen wird.

(Zurufe von der SPD)

Drittens: Ich will darauf hinweisen, dass das Land Baden-Württemberg die Förderkonditionen bei den so genannten Wirtschaftswerbern verbessert hat, offensichtlich mit Erfolg. Die waren bisher mit einem Zuschuss von 50 % zu den Personalkosten versorgt, und der ist jetzt auf 75 % der

(Minister Pfister)

anfallenden Personalkosten aufgestockt worden. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass die Lehrstellenwerber zusammen mit anderen viel getan haben; das bisher positive Ergebnis hat die Richtigkeit dieser Maßnahme bestätigt. Es sind Klinken geputzt worden, es ist vieles getan worden, um zusätzliche Ausbildungs- und Praktikantenplätze zu akquirieren.

Selbstverständlich wird auch in der Zukunft das Programm fortgeführt, was die Förderung der überbetrieblichen Ausbildung und was die Förderung der Verbundausbildung angeht. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt, weil wir einfach wissen, dass nicht alle Betriebe, vor allem nicht die kleineren Betriebe, in der Lage sind, einen Ausbildungsgang über die gesamte Breite der Ausbildung anzubieten. Also fördert man überbetriebliche Verbundausbildungen. Auch dies kann zu zusätzlichen Ausbildungsplätzen führen, was ja ganz offensichtlich auch der Fall ist.

Wir werden uns insbesondere auch in den kommenden Wochen noch einmal massiv für die Bereiche einsetzen, für die im Grunde noch Ausbildungsplatzbewerber gesucht werden – zum Beispiel im Hotel- und Gaststättengewerbe –, in denen es darum geht, noch Ausbildungsplatzbewerber zu finden, weil es dort einen Mangel gibt. Wir werden uns insbesondere auch um die leistungsschwächeren Schüler kümmern. Das ist bereits geschehen. Sie wissen, dass wir da zusätzliche Angebote gemacht haben, um eben auch den schwächeren Schülern, den schwächeren Ausbildungsplatzbewerbern eine berufliche Perspektive zu geben.

Dies alles ist in der Vergangenheit gelaufen. Ich sage es noch einmal: Noch ist nicht alles in trockenen Tüchern, aber die Chancen, dass wir am Schluss zu einem ausgeglichenen Lehrstellenmarkt kommen, sehe ich nach wie vor. Wie gesagt: Die gemeinsame Nachvermittlungsaktion der Kammern und der Agenturen für Arbeit hat bereits begonnen.

Meine Damen und Herren, ich halte es für wichtig, dass wir uns in dieser Situation, in der, wie gesagt, noch nicht alles in trockenen Tüchern ist, überlegen, auch Last-Minute-Aktionen zu machen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

– Herr Kollege Wintruff, es gibt zwei Möglichkeiten, Politik zu gestalten. Die erste Möglichkeit ist, es beim Jammern zu belassen, und die zweite Möglichkeit ist, dass wir uns überlegen, was wir an Maßnahmen zusätzlich zu denen, die bis jetzt erfolgreich ergriffen worden sind, hinzufügen können.

Ich schlage konkret vor – ich glaube, Kollege Hofer hat darauf hingewiesen –, dass in den Gemeinden jetzt noch kurzfristig Ausbildungsplatzbörsen durchgeführt werden. Ich habe das in einigen Gemeinden modellhaft studieren können: Da lädt entweder die Gemeinde oder eine Schule oder ein Kreditinstitut auf der einen Seite ganz konkret diejenigen Jugendlichen, die in der Gemeinde X noch keinen Ausbildungsplatz haben, ein.

(Abg. Wintruff SPD: Das hätten Sie doch schon längst machen müssen! Warum nicht im Mai oder im Juni? – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Viele Schulen machen das!)

Auf der anderen Seite werden die Unternehmer eingeladen, die noch Auszubildende suchen. Man führt eine Ausbildungsplatzbörse durch und kommt auf diese sehr konkrete Art und Weise noch zu zusätzlichen Ausbildungsplätzen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist zu spät! – Abg. Wintruff SPD: So etwas macht man im Mai!)

Das alles geschieht. Aber ich rate dazu, überall in den Gemeinden Ihres Wahlkreises – –

(Abg. Wintruff SPD: Das machen wir doch!)

– Wenn Sie das machen, ist es ja gut.

Ich rate sehr dazu, genau in die Gemeinden hineinzuschauen und Ausbildungsplatzbörsen auch jetzt noch anzubieten. Denn auf diese Art und Weise können selbstverständlich auch heute noch zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

(Abg. Wintruff SPD: Wir haben die Schönfärberei einfach satt! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Wie gesagt, wir werden bis zum 27. Oktober, Herr Kollege Wintruff –

(Abg. Wintruff SPD: Dabei ist doch auch noch nichts herausgekommen! Das machen Sie jedes Jahr! – Abg. Seimetz CDU: Wintruff, der Miesepepeter!)

so lange werden wir uns noch gedulden –, noch einmal die Ärmel hochkrepeln. Bis zum 27. Oktober wird all dies, was ich Ihnen vorgetragen habe, noch mit Volldampf gemacht werden. Wenn es dann noch gelingt, zusätzliche Aktionen durchzuführen, soll es mir sehr recht sein. Am 27. Oktober wird eine Zwischenbilanz gezogen, und dann werden wir sehen, was bei dieser Geschichte herauskommt. Alle werden dabei sein. Ich setze da wirklich auf die Breite der Teilnehmer im Ausbildungsbereich.

(Abg. Schmiedel SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Nach dem 27. Oktober werden wir ein erstes Zwischenergebnis bekommen. Ich bin trotz aller Schwierigkeiten, die ich ja gar nicht abstreite, auch was die demografische Seite angeht – wir sind nun einmal in einer Situation, in der, demografisch gesehen, noch auf einige Jahre hinaus zusätzliche junge Leute auf den Ausbildungsmarkt kommen; das muss man wissen, das ist nun einmal so –, sehr optimistisch, dass am Ende dieser Veranstaltung das steht, was ich will, nämlich ein Ausbildungsplatz für alle jungen Leute. Das ist wichtig im Interesse der jungen Leute, aber auch im Interesse der Wirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, Herr Abg. Schmiedel hat noch eine dringende Zwischenfrage.

Wirtschaftsminister Pfister: Was jetzt, wie jetzt? Sie müssen sich melden, Herr Kollege!

Stellv. Präsident Birzele: Er hat sich gemeldet, aber ich wollte Ihren Redefluss bei Ihrem Satzeschluss nicht unterbrechen.

Wirtschaftsminister Pfister: Herr Kollege Schmiedel, immer!

Abg. Schmiedel SPD: Vielen Dank, Herr Minister. – Viele von uns, wahrscheinlich alle, sprechen ja mit vielen Unternehmern und werben – so, wie Sie das auch angemahnt haben – um jeden einzelnen Ausbildungsplatz. Wenn Sie und wir mit Unternehmern sprechen, dann hören Sie und auch wir doch erschreckend häufig: „Ich würde gerne, ich habe mir auch Bewerberinnen und Bewerber angeschaut, aber beim besten Willen: Es geht nicht.“

Meine Frage an Sie lautet: Wie hoch schätzen Sie denn den Anteil der Schulabgänger in Baden-Württemberg, die im dualen System aufgrund ihrer Qualifikation nicht ausbildungsfähig sind?

(Abg. Zeller SPD: Und was geschieht mit denen?)

Wie beurteilen Sie diese Quote? Finden Sie nicht, dass sie erschreckend hoch ist?

Wirtschaftsminister Pfister: Ich schätze die Quote derjenigen jungen Leute, die in einem klassischen Lehrverhältnis beispielsweise einen Gesellenabschluss machen, auf etwa 85 %, und ich schätze weiter, dass plus/minus 15 % der Jugendlichen insbesondere ein Theoriedefizit haben.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Niemals!)

Sie wissen, dass wir seit Jahr und Tag empfehlen, für diese Jugendlichen einen Ausbildungsgang anzubieten, der nicht so sehr auf die theoretischen, sondern eher auf die praktischen Fähigkeiten setzt,

(Abg. Wintruff SPD: Gibt es doch!)

und zwar nach dem Baukastenystem. Das kann ja in den kommenden Jahren baukastenartig alles entsprechend aufgebaut werden. Aber ich halte es immer noch für wesentlich besser, jungen Leuten einen solchen dualen zweijährigen Ausbildungsgang anzubieten, als sie in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, was ja im Grunde die Folge wäre.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Zeller SPD: Das ist richtig, aber wer soll das machen? – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Abg. Capezzuto SPD: Warum?)

– Ganz einfach deshalb, Herr Abgeordneter, weil sie darum gebeten hat.

(Heiterkeit)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz, aber da so viel über Bildung gesprochen worden ist, glaube ich, Sie werden verstehen, dass ich jetzt darauf eingehe.

Ich beginne mit einem ganz konkreten Punkt, den Herr Kollege Hofer angesprochen hat. Es geht nicht darum, dass Schüler nur Schule erlebt haben und dann zur Kammerprüfung zugelassen werden. Es geht vielmehr um einen anderen wichtigen Punkt, für den ich in der Tat werbe, und zwar nicht nur in Baden-Württemberg. Wir haben eine steigende Zahl von guten Absolventen, zum Beispiel von Realschulen. Die besuchen erfolgreich ein zweijähriges kaufmännisches Berufskolleg. Wenn sie dann eine Lehrstelle antreten und eine duale Ausbildung aufnehmen,

(Abg. Zeller SPD: Fangen sie von vorne an!)

fangen sie noch einmal komplett neu an. Das halte ich für einen unverantwortlichen Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Wintruff SPD: Noch einmal drei Jahre! Noch einmal denselben Stoff!)

Es sind viele; ich habe eine genaue Statistik. Das können wir alles ganz sachlich austauschen. Ich will nur dafür werben. Das sind nicht ein paar, sondern immer mehr.

Wir kommen in der beruflichen Bildung auf 13, 14 und 15 Schuljahre. Deshalb ist mein Vorschlag, der auch ins neue Berufsbildungsgesetz der Bundesregierung aufgenommen werden soll, dass wir zu Vereinbarungen auf der Ebene der Länder kommen, unter welcher Voraussetzung die Zulassung zu einer Kammerprüfung möglich ist. Zum Beispiel kann man sagen: Wer ein Jahr oder eineinhalb Jahre ein Praktikum in einer Bank macht, also fünf Tage in der Woche in der Bank ist, der wird dann zur Kammerprüfung zugelassen. Ich will keinen Tag weniger Praxis, aber ich möchte nicht, dass bis zum endgültigen Abschluss fünf Jahre berufliche Schule liegen. Das ist mein Anliegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! Wo bleibt der Beifall der CDU? Wie kann man die eigene Ministerin so im Regen stehen lassen? – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Wir sind doch keine Ideologen, Herr Kollege! Beruhigen Sie sich ein wenig! Bei Ihnen tritt ja schon die Halsschlagader hervor!)

Da möchte ich einfach um Ihre Unterstützung bitten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja, bitte schön.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Ministerin, ich bin sehr dankbar, dass man das Thema erörtern kann. Ihnen ist sicherlich bekannt, dass seitens der Unternehmer große Klagen und viele Briefe kommen, in denen größte Bedenken geäußert werden, eine duale Ausbildung, die wir ja haben, ohne einen praktischen betrieblichen Teil durchzuführen.

(Abg. Wintruff SPD: Was hat denn das damit zu tun?)

(Hofer)

Meine Frage ist – das muss ja nicht die ganze Zeit sein –: Kann ich Ihren Worten entnehmen, dass Sie auf die Klage der Unternehmer eingehen und dass ein betrieblicher Teil

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Hofer, die sind doch im Betrieb!)

immer mit dabei sein wird, oder geht die Klage der Unternehmer an Ihnen vorbei?

(Abg. Wintruff SPD: Herr Hofer, Sie haben es noch nicht begriffen! Einmal ganz langsam für Herrn Hofer! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Seien Sie doch ruhig, dann kann ich anfangen. Sie sind gerade die Lautesten.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wie in der Schule, liebe Freunde! – Abg. Fleischer CDU: Sie bekommen bald eine Strafarbeit!)

Es ist doch alles nicht so schwierig. Ich habe nie den Standpunkt vertreten, dass der Schulbesuch allein für die Kammerprüfung reicht. Das ist ein schlichtes Missverständnis. Übrigens haben wir ausführlich mit den Präsidenten und den Hauptgeschäftsführern der Handwerkskammern und der Industrie- und Handelskammern in Brüssel darüber gesprochen. Natürlich kann man sagen: Eine Gefahr könnte sein, dass es für Schüler und ihre Eltern attraktiv ist, erst einmal ein Berufskolleg zu absolvieren und dann über die zusätzliche Praxiszeit zur Kammerprüfung zugelassen zu werden. Nur müssen wir abwägen.

Damit komme ich zum zweiten Punkt. Wir haben in diesem Schuljahr in den beruflichen Vollzeitschulen eine Zunahme der Schülerzahlen um 5 200 und in den Berufsschulen einen Rückgang um 3 500 Schüler.

(Abg. Wintruff SPD: Jetzt kommen wir zu Zahlen, Herr Hofer!)

Ich habe mich deshalb gemeldet, weil ich sagen muss, dass ich der Wirtschaft für jede Lehrstelle dankbar bin, die sie zur Verfügung stellt. Ich sage das bei jeder Gelegenheit. Ich bin aber auch den Schulen dafür dankbar, dass sie das alles wieder verkraften. Die verkraften jetzt wieder sehr viel mehr Schüler, sehr viel größere Klassen, und dieser Prozess führt zu sehr viel mehr Verstaatlichung der beruflichen Bildung als alles, was wir zur Verzahnung tun können. Deswegen werbe ich für Verzahnung. Es darf keinen Verlust an Praxiszeit geben, und praktische Erfahrung ist die Stärke der dualen Ausbildung. Ich stelle aber nach neun Jahren Amtszeit fest, dass jedes Jahr der Anteil derer zunimmt, die in beruflichen Vollzeitschulen sind, und dass das Angebot an Lehrstellen auch in einer so guten Situation, wie wir sie an sich haben, abnimmt. Das ist unser Problem. Da müssen wir Gegenstrategien entwickeln.

Dritter und letzter Punkt. Dann bin auch ich fertig.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie vorher zwei Zwischenfragen, nämlich von Frau Abg. Netzhammer und von Herrn Abg. Winkler?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Bitte schön.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Frau Ministerin, ich habe nur eine ergänzende Frage. Sie haben vorhin gesagt, die in der Berufsschule absolvierte Unterrichtszeit sei eine Verschwendung von Lebenszeit dieser jungen Menschen.

(Abg. Zeller SPD: Sie hat es nicht kapiert! – Abg. Wintruff SPD: Bisher müssen wir es doch machen!)

Ist es nicht auch eine Verschwendung von teuer bezahlter Unterrichtszeit, wenn diese jungen Erwachsenen doppelt und dreifach die gleichen Ausbildungsinhalte absolvieren müssen?

(Abg. Fischer SPD: Das ist doch kein Widerspruch! – Abg. Wintruff SPD: Wo ist denn da ein Widerspruch?)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Unbestritten. Es ist im Hinblick auf die Ökonomie des Lebens und des öffentlichen Haushalts in jeder Hinsicht eine Entwicklung, die nicht gut ist und die wir stoppen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Die Wirtschaft ist aber immer noch dagegen!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Frau Ministerin, zum Stichwort „berufliche Vollzeitschule“, wie von Ihnen bereits mehrfach erwähnt: Ist Ihnen bekannt, dass ein Chemiebetrieb für die Ausbildung zum Prozessleitelektiker bei einem sehr guten Realschulabschluss ein Jahr Vollzeitschule voraussetzt, damit der Betreffende dann eine Lehre machen kann, die dreieinhalb Jahre dauert? Das bedeutet viereinhalb Jahre Ausbildungszeit für einen Facharbeiterberuf – bei einem erstklassigen Realschulabschluss.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja. Auch das ist mir bekannt. Ich habe eben nur das eine Beispiel exemplarisch genannt. Ich könnte eine Menge weiterer Beispiele nennen, die allesamt darauf hinweisen: Wir müssen alle diese Bildungsgänge einmal durchgehen und auch überlegen, was man Schülern zumutet. Es ist ja keine Frage: Die Anforderungen sind gestiegen. Der Ausbildungsbetrieb und die Schule müssen den gestiegenen Anforderungen gerecht werden. Aber das kann nicht zu einer immer weiter ausufernden Bildungszeit führen. Da sind wir uns einig.

Ich sage einmal: Im Bundesrat ist das jetzt durch alle Ausschüsse gegangen. Wir müssen an dieser Stelle weiterkommen. Man muss da überhaupt keinen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Schule aufbauen, sondern da müssen gemeinsame Konzepte entwickelt werden.

Dritter und letzter Punkt: Ich bitte aber auch, ein bisschen behutsamer zu sein. Wenn Sie hier das dreigliedrige Schulsystem kritisieren, weil dabei zum Beispiel eine Selektion stattfindet, dann wissen Sie doch: Baden-Württemberg hat europaweit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Nirgends in Europa gelingt der Übergang von Bildung und Ausbildung in Beschäftigung so gut wie bei uns.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das liegt aber nicht am dreigliedrigen Schulsystem!)

Wenn es jetzt wirklich 20 % sind –

(Abg. Wintruff SPD: PISA, OECD! – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Sie reden von der Risikogruppe –, dann muss man doch sagen: Unser differenziertes Bildungswesen mit dem Zusammenspiel von allgemein bildenden und beruflichen Schulen – denken Sie an die Kooperationsklassen – ist, bislang jedenfalls, europaweit der wirksamste Weg, um den Anteil der Risikogruppe von 20 % auf einen am Ende noch übrigen Restanteil von 4 % zu bringen. Die 4 % sind mir auch noch zu viel. Aber nirgends gelingt dieser Übergang so gut. Deshalb sollten Sie die Leistungsfähigkeit unseres Bildungswesens nicht dauernd infrage stellen, zumal es kein Nachfolgemodell in Europa gibt, das zu einer solch hohen Wirksamkeit und Nachhaltigkeit mit Blick auf Beschäftigung und berufliche Biografien kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Ich habe aber gefragt, wie Sie den Hauptschülern helfen wollen!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Beim Antrag Drucksache 13/2327 handelt es sich um einen Berichts Antrag. Er ist mit dieser Aussprache erledigt. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 abgeschlossen.

Ich rufe noch einmal **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuregelung des Gebührenrechts – Drucksache 13/3477

Hier wird von den Fraktionen beantragt, dass dieser Gesetzentwurf zur Mitberatung auch an den Ausschuss Ländlicher Raum und Landwirtschaft überwiesen werden soll. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung endgültig abgeschlossen.

Ich rufe nunmehr **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und den Vereinigten Staaten von Amerika – Drucksache 13/2269

Für die Begründung hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten, für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Das Wort erhält Frau Abg. Netzhammer.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stütze der baden-württembergischen Wirtschaft ist der Export. Dem Export verdanken wir in Baden-Württemberg die mit derzeit 6,1 % bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote, und ihm

verdanken die Menschen in unserem Lande einen Teil ihres Wohlstands.

Beim Export spielen einerseits der europäische Wirtschaftsraum sowie andererseits die USA eine wichtige Rolle. Als einzelnes Land sind die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1997 das wichtigste Exportland für die heimische baden-württembergische Wirtschaft mit rund 14 Milliarden € Umsatz und einem Anteil von über 13 % an der Gesamtausfuhr Baden-Württembergs. Der USA-Export Baden-Württembergs trägt darüber hinaus 20 % zum gesamtdeutschen Export in die USA bei.

Für die Kernindustrie in Baden-Württemberg wie die Automobilindustrie, den Maschinenbau und die elektrotechnische Industrie sind die USA ein wichtiger Vertragspartner. Insofern ist die amerikanische Wirtschaft für unser Land eine Konjunkturlokomotive. Wächst die amerikanische Wirtschaft, dann stärkt dieses Wachstum auch bei uns den Export und legt die Basis für das dringend benötigte und herbeigesehnte Wirtschaftswachstum auch bei uns.

Auch in diesem Jahr wächst die US-Wirtschaft deutlich schneller als die Wirtschaft der restlichen industrialisierten Welt, nämlich um 4,5 % im ersten Quartal und 2,8 % im zweiten Quartal. Das sind Werte, von denen wir nur träumen können; wir in Deutschland feiern schon einen halben Prozentpunkt als Wachstumserfolg.

Hätten wir diesen Export in die USA nicht, dann müssten wir uns auch in Baden-Württemberg angesichts der seit Jahren schwächelnden Binnenkonjunktur mit ganz anderen Arbeitslosenzahlen herumplagen und dann wäre auch die Steuerkraft der heimischen Wirtschaft und des Landes Baden-Württemberg deutlich schwächer. Wir alle leben gut vom Export – direkt und indirekt.

Weil dies so ist, kann es uns auch nicht gleichgültig sein, wie gut oder wie schlecht die Beziehungen auf der politischen Ebene sind. Selbstverständlich kann und wird es immer Meinungsunterschiede zwischen der amerikanischen und der deutschen Politik geben. Aber auch hier gilt: Der Ton macht die Musik. Selbst in der Hitze von Wahlkämpfen sollte man einen kühlen Kopf bewahren und nicht ohne Not außenpolitisches Porzellan zerschlagen, wie es im Bundestagswahlkampf 2002 vonseiten des Bundeskanzlers mehrfach der Fall war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Abg. Fischer SPD: 2001!)

– Ich bin noch nicht fertig.

Wenn die „Financial Times Deutschland“ in diesen Tagen schreibt, die deutsche Außenpolitik sei auf eine zweite Amtszeit von Präsident Bush

(Unruhe)

– hören Sie noch zu! – so wenig vorbereitet, wie sie auf seine erste Amtszeit vorbereitet war, obwohl eine Wiederwahl sehr wohl im Bereich des Möglichen liegt, und wenn dieselbe Zeitung die Außenpolitik Fischers mit den Worten bewertet, es werde sich zum Schluss herausstellen, dass sie

(Veronika Netzhammer)

nicht im nationalen Interesse war, sondern höchstens im Interesse des eiteln Außenministers selbst,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wie war das mit dem kühlen Kopf? Bewahren Sie ihn doch einmal!)

dann heißt dies, von der Außenpolitik des Bundes ist keine substantielle Unterstützung für das Verhältnis der USA zu Deutschland bzw. zu Baden-Württemberg zu erwarten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD – Abg. Fischer SPD: Wer hat Ihnen denn einen solchen Blödsinn aufgeschrieben?)

– Lesen Sie Zeitung! Wer lesen kann, ist klar im Vorteil. „Financial Times Deutschland“, ich kann sie Ihnen geben. Herr Fischer, ich pflege selber zu lesen.

(Abg. Capezzuto SPD: Sie müssen die „Frankfurter Allgemeine“ lesen!)

Es geht sicher auch auf diese Außenpolitik der Bundesregierung zurück, dass der Truppenabzug aus Europa in besonderem Maße deutsche Kommunen trifft – mit allen wirtschaftlichen Folgen.

(Abg. Capezzuto SPD: Ammenmärchen! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Hätten wir mitlaufen sollen? Was wollen Sie denn?)

Da gehen auf einen Schlag Arbeitsplätze und Kaufkraft in nicht unerheblichem Maße verloren. Es spricht aber für die Stabilität der Demokratie in den USA, dass sich die deutsch-amerikanischen Differenzen im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt letztlich nicht auf die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen ausgewirkt haben

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ungeheuerlich, was Sie erzählen!)

und Boykottaufrufe einzelner Kongressabgeordneter im Nichts versandet sind.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Wir Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses waren schon beeindruckt, als wir auf unserer Reise im Oktober letzten Jahres miterleben durften,

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

mit welcher Ernsthaftigkeit und Anteilnahme die deutsch-amerikanischen Wirtschaftskammern den Tag der Deutschen Einheit begingen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stelly. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, man hört die Rednerin kaum. Bitte bewahren Sie mehr Ruhe.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sie dokumentierten damit, dass sie die Wiedervereinigung Deutschlands als gemeinsames Projekt der USA und Deutschlands begreifen.

(Unruhe)

Gemeinsam erlebte Geschichte – 40 Millionen US-Amerikaner bekennen sich zu ihrer deutschen Herkunft – und jahrelange Aufenthalte von Amerikanern in Deutschland als Mitglieder der amerikanischen Streitkräfte haben einen Boden bereitet, auf dem wir säen und den wir nicht mutwillig zertrampeln sollten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Wir sind deshalb gut beraten, die Beziehungen zwischen den USA und Baden-Württemberg direkt von Landesseite aus zu knüpfen und auszubauen. Deswegen unterstützen wir die vielfältigen Kontakte, die die Landesregierung mit den politischen Vertretern der Vereinigten Staaten pflegt, die Unternehmerreisen, die von der GWZ bzw. deren Nachfolgeorganisation organisiert und vom Wirtschaftsministerium politisch begleitet werden, sowie auch Messebeteiligungen in den USA,

(Abg. Fischer SPD: Sie tun gerade so, als wenn die Bundesregierung zum Boykott aufgerufen hätte!)

die zum Teil vom Land finanziell unterstützt werden, sei es im Bereich der Biotech-Branche oder der Verlage.

Dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Baden-Württemberg stimmen, beweisen auch die seit Jahren kontinuierlich ansteigenden gegenseitigen Investitionen in den jeweiligen Ländern. Von den Unternehmen aller Länder investieren baden-württembergische Unternehmen am meisten in den USA; auf dieses Land entfallen 41 % der gesamten Auslandsinvestitionen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es freut uns, dass auch die Hochschulen durch zahlreiche Partnerschaftsabkommen sowie mit Studienaufenthalten von Dozenten und Studierenden zeigen, dass wir in Wissenschaft und Forschung den Anschluss an die Weltspitze halten, von der Mikrosystemtechnik bis zur Brennstoffzellentechnologie.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Angesichts der steigenden Ölpreise, die nach Meinung von Experten die deutsche Konjunktur dämpfen, sollten wir gerade im Bereich der Brennstoffzellentechnologie alle Anstrengungen unternehmen und die Zusammenarbeit stärken, um hier bald zu marktfähigen Ergebnissen, zum Beispiel im Bereich des Automobils, zu kommen. Denn die neuen Wachstumsmärkte, wie zum Beispiel China, werden dauerhaft einen wachsenden Energieverbrauch haben.

(Unruhe)

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass die USA für Baden-Württemberg als Wirtschaftspartner und Partner in Wissenschaft und Forschung von größter Bedeutung und nicht ersetzbar sind.

(Abg. Capezzuto SPD: Wahlrede für Bush!)

Wirtschaft, Hochschulen und Landespolitik sind hier gut aufgestellt.

(Veronika Netzhammer)

Die CDU-Fraktion unterstützt die Landesregierung in ihren Bemühungen, auch in Zukunft die guten Beziehungen zu den USA auf allen Ebenen zur Sicherung des Wohlstands der Baden-Württemberger zu festigen und weiter auszubauen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt kommt die Wahrheit auf den Tisch! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Frau Netzhammer träumt immer noch vom Irak! – Unruhe)

Abg. Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Antrag der CDU-Fraktion fragte zwei Komplexe ab.

(Abg. Braun SPD: Was für Komplexe hat er? – Unruhe)

Komplex Nummer 1: Trifft es zu, dass die baden-württembergische Wirtschaft starke Verbindungen zur amerikanischen Wirtschaft hat? Diese Frage wird bejaht.

Der zweite Komplex: Hat die klare Haltung der Bundesregierung gegen den Irak-Krieg diese starken wirtschaftlichen Verbindungen zur Wirtschaft der Vereinigten Staaten beschädigt? Auch diese Frage wird beantwortet, und zwar mit einem klaren Nein.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Was wollen Sie denn dann, Frau Netzhammer? – Abg. Oelmayer GRÜNE: Ganz im Gegenteil!)

Ihre ganze Litanei ist eigentlich völlig überflüssig. Ihre Sorgen, die Sie hier vorgebracht haben, hätten Sie eigentlich nach den persönlichen Erfahrungen bei der Reise des Wirtschaftsausschusses in die USA hier gar nicht mehr zu bringen brauchen.

(Unruhe)

Es hat uns alle gewundert, dass Sie dieses Thema jetzt noch einmal hochgezogen haben.

(Abg. Fischer SPD: Deshalb wird dem Wirtschaftsausschuss keine Reise mehr genehmigt! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es war ja richtiggehend peinlich, wie insbesondere Sie als Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses während der USA-Reise laufend auf der Spur waren, ob Sie irgendeinen Zeugen aus der amerikanischen Wirtschaft oder einem deutschen Unternehmen in den USA finden, der Ihre Sorgen ein bisschen bestätigen würde. Keiner konnte es.

(Abg. Capezzuto SPD: Keinen gefunden!)

Übrigens: Ihre Aussage, Sie unterstützten die baden-württembergische Landesregierung in ihrer Politik gegenüber den USA, ist höchst gefährlich. Wir stehen vor Wahlen in

den USA. Es war nicht nur Frau Merkel, die sich in ebenso peinlicher Weise, bloß noch etwas gefährlicher, in den USA mit der Aussage angedient hat, wenn sie die Wahlen gewinne, werde sich die Bundesregierung stärker im Irak engagieren und werde sich die Bundesrepublik in diesem Konflikt beteiligen.

(Abg. Rust SPD: Unglaublich!)

Auch die baden-württembergische Landesregierung hat sich darin verstrickt.

(Abg. Rust SPD: Unglaublich!)

Es war doch Frau Schavan,

(Abg. Capezzuto SPD: Hoi! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Jetzt wird es immer besser!)

die von Massenvernichtungswaffen im Irak gesprochen hat, die den Irak-Krieg rechtfertigen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Schmiedel, jetzt reden Sie einmal zu dem, was ich gesagt habe!)

Und es war Frau Schavan – sie ist immerhin Mitglied der Landesregierung –, die geschrieben hat, das politische Führungspersonal in Deutschland wisse, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfüge.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf von der SPD: Ungeheuerlich!)

Frau Schavan hat wörtlich geschrieben: „Das politische Führungspersonal weiß . . .“

(Abg. Capezzuto SPD: Die weiß mehr als der Inspekteur! – Zuruf von der SPD: Wer weiß es noch? – Abg. Braun SPD: Warum sagen Sie es denen nicht, wenn Sie die Einzigen sind? – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Sie sind doch auch für gute wirtschaftliche Beziehungen zu den USA!)

Wir sehen, es gibt ungeheure Experten auf dem außenpolitischen Terrain. Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht nach wie vor Dinge in den Raum stellen, die heute selbst von der Bush-Administration nicht mehr behauptet werden.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt möchte ich noch etwas zu den Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und den USA auf politischer Ebene sagen: Jeder weiß, dass das transatlantische Bündnis ein wesentlicher Pfeiler unserer Sicherheit und unserer Außenpolitik ist und dass uns eine große Wertegemeinschaft verbindet. Wenn Sie aber davon sprechen, dass die Aktivitäten der Landesregierung dem gerecht würden, möchte ich einmal wissen, wo. Denn in der Stellungnahme zu Ihrem Antrag lesen wir lediglich, dass sich ein frisch ins Amt gekommener Generalkonsul vorgestellt habe, dass ein Senator, der sich auf der Durchreise befunden habe, und eine Delegation empfangen worden seien,

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Unter anderem!)

(Schmiedel)

dass – wie in allen Ländern dieser Welt – Unternehmerdelegationen begleitet würden.

(Abg. Fischer SPD: Nicht mehr lange! Das Geld wird gestrichen!)

Da ist aber kein besonderes Herzblut dabei.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nicht so wie bei Frau Merkel!)

Ich frage mich wirklich, Herr Mehrländer: Stimmen die Relationen, wenn Sie mindestens einmal jährlich in chinesische Partnerprovinzen reisen, um sich dort in einem Komitee neue Aktivitäten auszudenken, aber nie in eine Partnerregion in den USA?

(Abg. Dr. Birk CDU: Was?)

Warum sollten wir denn nicht auf politischer Ebene den Versuch unternehmen, die guten Verbindungen, die es auf Bundesebene gibt, auch auf Landesebene zu einem anderen Land in den USA zu verfestigen? Wir hätten genügend Ansatzpunkte. Detroit und die Region Stuttgart sind die größten Automobilcluster. Es gibt gemeinsame Themen auf wissenschaftlicher Ebene, die man auch politisch verankern könnte, zu denen man Ziele formulieren könnte und versuchen sollte, gemeinsame Vorteile daraus zu ziehen, zum Beispiel bei der Brennstoffzelle. Darüber haben wir doch gesprochen.

Was passiert denn auf politischer Ebene? Durch wissenschaftliche Kontakte haben wir hervorragende Grundlagen dafür, Projekte durchzuführen, die zu zusätzlicher Wertschöpfung bei uns und in den USA führen. Wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen könnten, hätten wir wirklich etwas erreicht, um das gute Fundament, auf dem die baden-württembergische Wirtschaft mit der amerikanischen Wirtschaft zusammenarbeitet, auch für die Zukunft abzusichern.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wir haben ja die Abkommen!)

Wir sollten deswegen aber nicht allem, was in den USA gesagt wird, hinterherlaufen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das habe ich doch gar nicht gesagt! Ich habe gesagt, es gibt Meinungsverschiedenheiten!)

Ein bisschen eigene Meinung und Überzeugung verträgt jede Freundschaft, insbesondere die zu den USA.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ziel des Antrags ist es eindeutig, die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika als Handelspartner von Baden-Württemberg aufzuzeigen und besorgt zu fragen, ob die politischen Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg zwischen der Bush-Administration und der rot-grünen Bundesregierung, ob diese Irritationen und

die Besorgnis in Bezug auf einen wachsenden Antiamerikanismus diese wirtschaftlichen Beziehungen gestört haben bzw. geeignet sind, sie zu zerstören.

Ich habe mir einige Antworten aufgeschrieben. Ich lasse die Hälfte davon weg, weil wir das alles kennen.

Es ist ja nicht verwunderlich, wenn wir auflisten, dass zwischen den beiden Ländern vielfältige wirtschaftliche Beziehungen bestehen und dass die USA für Baden-Württemberg seit 1997 das wichtigste Exportland sind. An zweiter Stelle folgt dann Frankreich. Umgekehrt wiederum ist Baden-Württemberg für die USA das wichtigste Exportland unter allen Bundesländern. Das zeigt die Bedeutung und die Gewichtung.

Man kann aus der Stellungnahme zu dem Antrag auch ersehen, dass die Schwankungen der US-Konjunktur bei uns in Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern überproportional durchschlagen.

Ferner wird deutlich, welche Besonderheit die Automobilindustrie hier darstellt und welches Eigenleben sie führt. Denn entgegen aller sonstigen Entwicklungen im Export – ein Minus von 4 % – gab es im Automobilbau im Berichtsjahr gleichzeitig Absatzrekorde. Wir haben in den USA unsere Position auf Platz 2 hinter Japan festigen können.

Wir haben bei der Reise unseres Wirtschaftsausschusses ja festgestellt, welche Anstrengungen insbesondere auch in den bereisten Ländern Alabama und Georgia unternommen werden, vor der Konkurrenz in den Markt zu drängen. Es ist wichtig, dass wir diesen Punkt im Auge behalten – nicht allein wir, sondern in erster Linie natürlich die Unternehmen. Wir wissen ja, dass Daimler-Chrysler in Tuscaloosa auch kräftig investiert hat.

Die USA stehen nicht nur in diesem Bereich, sondern auch beim baden-württembergischen Export deutscher Maschinen traditionell auf Platz 1. Der Anteil Baden-Württembergs unter den Bundesländern beträgt hier 20 %.

Zur elektrischen Industrie und zu den neuen Technologien wie Bio- und Gentechnologie – wir haben ja auch das Thema Brennstoffzelle erörtert, auch ein wichtiger Punkt –: Es gibt viele Möglichkeiten – da stimme ich Herrn Schmiedel zu –, zu versuchen, gemeinsame Projekte zu realisieren.

Das alles wird in der Stellungnahme zu dem Antrag in sehr anschaulicher Weise aufgezeigt. Ich finde, es ist auch gut, dass dies einmal aufgelistet wird.

Die brisante Frage war natürlich: Haben die politischen Spannungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, vor allem auch vor dem Hintergrund des 11. September 2001, diesen Wirtschaftsbeziehungen geschadet? Das haben sie erfreulicherweise nicht. Da kann man Entwarnung geben. Es gab zwar wohl einmal Bestrebungen einzelner Kongressabgeordneter, deutsche Waren per Gesetz zu boykottieren, aber dies wurde unterbunden. Man hat einfach festgestellt: Die guten Beziehungen der Unternehmen und die guten persönlichen Beziehungen der Unternehmer untereinander, die vielen, auf jahrelanger Entwicklung beruhenden kulturellen, gesellschaftlichen, touris-

(Hofer)

tischen und wirtschaftlichen Beziehungen haben ein tragfähiges Netz geschaffen, das einfach nicht so schnell reißt, wenn einmal eine Belastung auftritt.

Was folgt daraus? Dass wir natürlich umgekehrt daran interessiert sind, ständig daran zu arbeiten, dass dieses tragfähige Netz auch tragfähig bleibt. Das wollen wir – es gibt wohl niemanden, der dem widersprechen würde – gemeinsam tun.

Wir haben eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Einrichtungen, Stiftungen und auch Städtepartnerschaften, die hierzu ihren Beitrag leisten. Dazu gehören unsere außenwirtschaftlichen Beziehungen mit den Messen und Kongressen. Dazu gehören Studentenaustausche und, und, und. Ich muss nicht die ganze eindrucksvolle Liste aufzählen, die in der Stellungnahme aufgeführt ist.

Bedauerlicherweise – da sehe ich einen Punkt, an dem man sich, glaube ich, besonders festhalten muss – haben wir nach wie vor rückläufige Zahlen amerikanischer Studenten und Nachwuchswissenschaftler hier im Land. Als Forschungsstandort und Hochschulstandort haben wir ja in diesem Bereich eigene Zuständigkeiten. Deshalb ist es richtig, wenn hier das Wissenschaftsministerium mit ganz gezielten Maßnahmen ansetzt.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal sagen: Seien wir uns bewusst, dass wir gut daran tun, diese engen Kontakte immer enger werden zu lassen, und seien wir froh, dass auch einmal der eine oder andere Belastungsgegenstand diese guten Beziehungen nicht von heute auf morgen zerstört.

Ich danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Das Thema des Antrags lautet: „Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und den USA“. In der Stellungnahme der Landesregierung werden diese wirtschaftlichen Beziehungen detailreich beschrieben. Die Fakten sprechen eine klare Sprache. Sie lauten: Diese wirtschaftlichen Beziehungen sind gut.

Jetzt hat die CDU-Fraktion einen Antrag vorgelegt mit dem Unterton – Frau Netzhammer hat es gerade in der Debatte noch einmal verdeutlicht und zugespitzt – und mit der Botschaft: Rot-Grün gefährdet diese guten Beziehungen.

(Abg. Moser SPD: Dummes Zeug! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Blödsinn!)

Die CDU-Fraktion weist deshalb in diesem Antrag auf den Terroranschlag vom 11. September 2001 hin. Sie weisen auf den Irak-Krieg hin und sprechen in diesem Zusammenhang die wirtschaftlichen Beziehungen an. Aber, Frau Netzhammer, es ist doch klar – wir wollen das ja hier nicht zuspitzen –: Wenn Sie die Veröffentlichung der Untersuchungsberichte in der letzten Woche in den USA verfolgt haben, dann haben Sie feststellen können, dass die von den

USA und von Großbritannien damals genannten Kriegsgründe tatsächlich nicht gegeben waren. Damit bestätigt sich heute: Die Entscheidung der Bundesregierung, sich an der militärischen Intervention im Irak nicht zu beteiligen, war richtig. Mit Antiamerikanismus, wie Sie es in Ihrem Antrag suggerieren, hat das nichts zu tun,

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

sondern das hat zu tun mit Besonnenheit und Verantwortung vor der eigenen Geschichte.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Tausend tote Soldaten!)

Ich will auch festhalten: Wir Grünen stehen zur Freundschaft mit den USA. Unsere Parlamentarier, gleichgültig, ob aus dem Bundestag oder dem Landtag, besuchen gerne die USA, und wir können bei diesen Besuchen immer wieder wichtige Anregungen für unsere politische Arbeit gewinnen. Das möchte ich hier klarstellen, um diesen Unterton Ihres Antrags zu korrigieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Vorredner haben es schon gesagt: Wir sind natürlich letztes Jahr beim Besuch des Wirtschaftsausschusses in den USA immer wieder der Frage nachgegangen: Wie hat sich der 11. September, wie haben sich die Differenzen um den Irak-Krieg auf die wirtschaftlichen Beziehungen ausgewirkt? Die Antworten waren unisono und klar: Es gab keine massiven Störungen. Das steht ja auch in der Stellungnahme der Landesregierung. Ich darf aus dieser Stellungnahme zitieren, „dass die deutsch-amerikanischen Differenzen im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt keine nachhaltigen Auswirkungen auf die Wettbewerbschancen deutscher Unternehmen auf dem US-Markt gehabt haben.“ Und weiter: „Deutsche Unternehmen haben auf dem US-Markt also nach wie vor alle Chancen.“ Das sind die guten wirtschaftlichen Beziehungen. Da sollten wir auch keine Abstriche machen durch solch eine Polemik, wie Sie es eben versucht haben.

(Abg. Capezzuto SPD: Frau Netzhammer, Sie behaupten das Gegenteil dessen, was Ihre Regierung sagt!)

Meine Damen, meine Herren, der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den USA und Baden-Württemberg und Deutschland insgesamt werden sich daher ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten auf bestimmten Feldern der internationalen Politik weiter gut und zum beiderseitigen Vorteil entwickeln. Ich bin der Auffassung, dass wir noch viel voneinander lernen können. Als Beispiel möchte ich jetzt nicht die Reise des Wirtschaftsausschusses, sondern die Reise des Landwirtschaftsausschusses anführen, der in Kalifornien war und sich dort unter anderem auch über Energiepolitik informiert hat.

(Abg. Kiefl CDU: Jawohl!)

Sie wissen ja, Kalifornien wird von einem Republikaner als Gouverneur regiert. Der Landwirtschaftsausschuss hat damals auch die California Energy Commission besucht und erfahren, dass in Kalifornien erhebliche Mittel, nämlich 650

(Dr. Witzel)

Millionen Dollar jährlich, für die Förderung der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und des Energiesparens durch einen Aufschlag auf den Strompreis finanziert werden. Das ist also etwas Ähnliches wie das, was man bei uns mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz macht; nur tut man dort halt etwas mehr.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Noch etwas Wichtiges, Herr Scheuermann: Gestern wurde in der Debatte über die Atomenergie gesagt, die rot-grüne Bundesregierung gehe beim Atomausstieg einen Sonderweg, wir distanzieren uns von allen. Aber auch in Kalifornien ist es per Gesetz untersagt, neue Atomkraftwerke zu bauen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Da schau her!)

Ich meine, da haben wir einen transatlantischen Gleichklang, den wir durchaus ausbauen sollten. Sie von der CDU können vielleicht auch etwas lernen, wenn Sie sich einmal ansehen, warum das in Kalifornien so ist.

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Scheuermann)

Herr Scheuermann, meine Damen, meine Herren, ich will zum Schluss kommen. Wir sehen, dass man von dem großen und vielfältigen, dem wunderbaren Land USA manches lernen kann. Dazu muss man aber die ideologischen Scheuklappen ablegen. Wir jedenfalls lernen in mancher Hinsicht gerne von den USA und auch von Arnold Schwarzenegger.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin davon überzeugt, dass auch im Zeitalter des Internets und der Onlinekommunikation der persönliche Kontakt, die persönliche Kommunikation nicht verloren gehen darf. Ganz im Gegenteil, sie muss aufrechterhalten und ausgebaut werden, denn der unmittelbare Kontakt zwischen den Entscheidungsträgern bleibt unersetzlich. Er hilft auch, in schwierigen Zeiten die guten Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Nun hat Herr Abg. Schmiedel gesagt: „Warum macht ihr das, was ihr in China macht,“ – das sind Partnerschaftsverträge mit zwei Provinzen – „nicht mit den USA?“ Meine Antwort lautet: Man muss die Unterschiede, die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Strukturen sehen. China ist nach wie vor ein staatlich dominiertes Land, in jeder Beziehung. Dort ist es wichtig – auch aus Sicht der Wirtschaftsunternehmen –, dass die staatlichen Organisationen sozusagen den Takt angeben, die „Oberaufsicht“ haben.

Dagegen wird das nach unseren Erfahrungen aus den Kontakten mit Politikern und Unternehmern in den USA dort nicht so gesehen. Dort setzt man nicht auf staatliche Kommissionen – solche sind es praktisch in den beiden chinesi-

schen Partnerprovinzen –, sondern auf intensive persönliche Kontakte. Um solche haben wir uns bemüht und bemühen wir uns weiterhin. Ich bitte herzlich, diese Kontakte nicht gering zu schätzen, denn auch damit wird Politik gemacht, werden wirtschaftliche Kooperationen vorbereitet. So werde ich Anfang November nach Washington fahren. Dort ist unter anderem ein Gespräch mit meinem Kollegen, dem Staatssekretär Karl Aumann in Maryland, eingeplant.

(Abg. Gall SPD: Da muss der Schmiedel mit!)

Bei meinem letzten Besuch haben wir vereinbart, zu besprechen, inwiefern wir im Bereich der Biotechnologie zusammenarbeiten können. In Maryland stellt die Biotechnologie einen der Schwerpunkte dar, ebenso wie in Baden-Württemberg. Genau darum wird es bei diesem Gespräch gehen: Wie weit sind wir konkret? Wo hakt es? Wo müssen wir uns einschalten?

(Abg. Gall SPD: Nehmen Sie den Schmiedel mit!)

Ein weiteres Beispiel: In South Carolina liegt ein Schwerpunkt der Kfz-Industrie. Wir haben den Besuch des Gouverneurs von South Carolina Ende Juni in Stuttgart dazu genutzt, erste Kontakte zu knüpfen, da solche bislang mit South Carolina nicht bestanden hatten.

Der nächste Punkt, über den ich das Parlament gern unterrichten möchte: Der Bundesverband der Deutschen Industrie richtet jedes Jahr eine hochrangige Veranstaltung aus, den „US-German Round Table“. Er wird im nächsten Frühjahr hier in Stuttgart durchgeführt werden. Dabei kommen hochrangige US-Abgeordnete mit deutschen Wirtschaftsvertretern zusammen, um in kleiner Gruppe darüber zu sprechen, wie die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland – und damit natürlich auch Baden-Württemberg – verbessert werden können. Erste vorbereitende Gespräche hat es im Staatsministerium und im Wirtschaftsministerium schon gegeben. Darin, dass der BDI für dieses Treffen Stuttgart ausgewählt hat, sehe ich eine Auszeichnung. Auch vom BDI wird wahrgenommen, dass wir uns hier im Land um gute politische und wirtschaftliche Kontakte zu den USA bemühen.

Weiterhin werden wir natürlich die GWZ – demnächst Baden-Württemberg International – damit beauftragen, weitere Kooperationsbörsen eben in den USA durchzuführen. Erst vor kurzem hat es drei gegeben: in Detroit, in Cincinnati und in Saint Louis, Schwerpunkt Kfz-Industrie. Natürlich werden wir das fortsetzen.

Nun zur Anregung von Herrn Abg. Hofer, in Zukunft verstärkt Studenten nach Baden-Württemberg zu holen: Dafür sind ja die ersten Weichenstellungen insofern schon erfolgt, als auch bei uns immer mehr Abschlüsse wie M. B. A. und M. A., auch in englischer Sprache, erworben werden können, was natürlich sehr wichtig ist.

Es kommt noch etwas hinzu – heute Morgen haben wir ja kurz darüber gesprochen –: Die GWZ – wie gesagt, demnächst Baden-Württemberg International – bekommt eine zusätzliche Abteilung, nämlich die Abteilung Hochschul- und Wissenschaftsmarketing. Eine Aufgabe dieser neuen Abteilung soll sein, gerade den gegenseitigen Kontakt der Studenten auf beiden Seiten des Atlantiks zu vertiefen. Und genau das wollen wir tun.

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss einige Sätze von der anderen Seite des Atlantiks, aus den USA, über die Beziehungen Baden-Württembergs zu den USA zitieren. Es gibt ein US-amerikanisches Center for Transatlantic Relations, und dieses hat vor kurzem eine Studie „Partners in Prosperity“ erstellt. Darin stehen unter der Überschrift „Hier liegen die Chancen für Bundesstaaten und Regionen“ – wohlgedenkt der USA – folgende bemerkenswerte Sätze, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte, weil sie sich genau auf das beziehen, was wir hier diskutieren. Ich zitiere:

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und bestimmten Regionen Europas wie zum Beispiel Baden-Württemberg, Ile-de-France und Südostengland sind stärker als zwischen den USA und den meisten Ländern der Welt.

Drei deutsche Bundesländer, Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, haben im Jahr 2001 mehr in den USA investiert als im gesamten EU-Ausland.

Drittes Zitat:

Obwohl häufig von den neuen großen Absatzmärkten die Rede ist, weisen drei deutsche Bundesländer, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, ein höheres Bruttosozialprodukt aus als die vier asiatischen „Tigerstaaten“ Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong.

Ich möchte nur festhalten: Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das bei jeder dieser drei Aufzählungen dabei war.

Ich beende meine Rede mit einer Bitte: Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass dies auch in Zukunft so sein wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bei dem Antrag Drucksache 13/2269 handelt es sich um einen Berichtsantrag. Er ist mit der Aussprache erledigt. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Innenministeriums – Förderung der Feuerwehren – Drucksache 13/2330

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kurz.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wasser und Feuer!)

Abg. Kurz CDU: Feuer und Wasser und Luft.

Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag stammt ja noch aus dem Jahr 2003, und auch die Stellungnahme dazu wurde im August 2003 verfasst. Die Überschrift des Antrags lautet „Bilanz und Ausblick“. Wenn ich heute Bilanz ziehe und lese, was aus der Stellungnahme hervorgeht – und jeder möge sie sorgfältig lesen –, möchte ich diese Bilanz als eine stolze Bilanz in der Zusammenarbeit mit den Kommunen bezeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Die Ausstattung unserer Feuerwehr ist auf einem sehr hohen Stand, was die Technik anbelangt. Und vor allem auch, was die Ausbildung unserer Feuerwehrfrauen und -männer anbelangt, haben wir in Baden-Württemberg ein beispielhaftes Niveau vorzuweisen. Ich möchte in diesem Zusammenhang der Landesfeuerweherschule in Bruchsal ein hohes Lob zollen. Sie leistet eine hervorragende Arbeit und motiviert dadurch junge Feuerwehrfrauen und -männer, in den Dienst der Feuerwehr einzutreten und sich dort mit Kompetenz und hohem Verantwortungsbewusstsein voll und ganz einzubringen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der Grünen)

In diesem Zusammenhang darf ich auch einmal allen Feuerwehrfrauen und -männern danken, die täglich bereitstehen und die oftmals ihre Gesundheit und manchmal auch ihr Leben für unsere Gemeinschaft aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der CDU)

Die Feuerwehren in Baden-Württemberg formieren die größte bürgerschaftliche Initiative, die wir in diesem Land kennen. Ich selbst bin ein bisschen stolz darauf – Herr Kollege Gall, als aktiver Feuerwehrmann werden Sie das nachempfinden –, dass ich 30 Jahre aktiven Dienst bei der Feuerwehr leisten durfte und in diese Kameradschaft aufgenommen bin.

(Beifall im ganzen Haus – Abg. Herrmann CDU: Jetzt spricht der Fachmann!)

Ich erinnere mich auch in meinem „hohen“ Alter noch gerne an diese Zeit.

(Abg. Blenke CDU: Was für ein Rang?)

– Ich bin Oberbrandmeister zbV – zur besonderen Verwendung.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Jetzt aber! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So weit habe ich es noch nicht gebracht, ich bin nur Feuerwehrseelsorger! – Zuruf von der SPD: Weiter so! – Heiterkeit)

Der zweite Aspekt des Antrags steht unter dem Begriff „Ausblick“. Wir haben jetzt zu Beginn des Jahres 2004 die Feuerwehrförderung in ein Zweisäulenmodell umgestaltet: Zum einen gibt es die pauschale Förderung, und zum anderen gibt es die Förderung von Investitionen in Gerätehäuser, Fahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Geräte. Ich glaube, dass

(Kurz)

wir mit dieser pauschalen Förderung wirklich auch den Verwaltungsaufwand deutlich minimieren konnten. Diese Verwaltungsvorschrift wird vieles vereinfachen und damit auch zur Effizienz des Förderwesens beitragen.

Im Jahr 2004 betrug das Antragsvolumen bei der Projektförderung 36,7 Millionen €. Mit den bereitgestellten Mitteln konnten etwa 43 % des gesamten Antragsvolumens erreicht werden. Dies, meine ich, ist in Anbetracht der Situation und in Anbetracht des Aufkommens aus der Feuerchutzsteuer doch eine recht gute Förderquote. Im gleichen Zeitraum werden für die Projektförderung im Rahmen der Kleinförderung Pauschalen in Höhe von 12,9 Millionen € bezahlt, und es treten fällige Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 19,1 Millionen € ein.

Laut Entwurf des Staatshaushaltsplans wird das Land aufgrund des höheren Aufkommens aus der Feuerchutzsteuer im Jahr 2005 49 Millionen € und im Jahr 2006 annähernd 50 Millionen € bereithalten. Bisher ist trotz aller Schwierigkeiten, die bei der Aufstellung des Doppelhaushalts erkennbar werden, nicht daran gedacht, den Betrag, der 46 Millionen € übersteigt, abzuschöpfen. Vielmehr soll dieser Betrag auch in den kommenden Jahren für die Feuerwehrförderung zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn uns dies gelingt, dann haben wir das Beste aus der Situation gemacht. Der Vorsitzende unseres Arbeitskreises Innenpolitik, Herr Heinz, wiegt etwas bedenklich den Kopf. Ich vertraue hier darauf, dass sich unser Innenminister kraft seiner Person und kraft seines Amtes für die Feuerwehren in diesem Land einsetzt,

(Abg. Fischer SPD: Als Boxer!)

damit dieser Betrag auch zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

In diesem Sinne verabschiede ich mich für heute aus dieser Sitzung.

(Heiterkeit)

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihrer Feuerwehr zu Recht einen optimalen Schutz. Der Landtag sollte dies honorieren und auch in Zukunft darauf achten, dass die Feuerwehrförderung im Land zu einer stärkeren Motivation in den einzelnen Wehren beiträgt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile das Wort dem Abgeordneten und Oberbrandmeister Gall.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Abg. Gall SPD: Werte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werter Kamerad Kurz!

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Gelegentlich wurde in diesem Haus schon die Sinnhaftigkeit des einen oder anderen Antrags hinterfragt und infrage

gestellt. Der Antrag der CDU-Fraktion, den wir heute behandeln und der dieser Beratung zugrunde liegt, scheint mir ein solcher zu sein, aber die Intention, die dahinter steckt, ist mir natürlich klar. Sie haben es ja selbst genannt. Völlig überflüssige Fragen sollen es der Landesregierung ermöglichen, altbekannte Antworten zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, allzu sehr scheinen sich die Fachleute Ihrer Fraktion, wobei ich Sie, Herr Kurz, als Kollege natürlich sehr schätze, mit dem Thema Gefahrenabwehr und hier insbesondere mit dem Thema Feuerwehr nicht zu beschäftigen, denn Einsatzzahlen, Stärke der freiwilligen Feuerwehren, der Berufs- und Werkfeuerwehren sind ja hinlänglich bekannt und bräuchten eigentlich nicht abgefragt zu werden.

Ich muss allerdings sagen: Die Antworten der Landesregierung sind, zumindest was die Qualität anlangt, keinen Deut besser als die Fragen selbst,

(Beifall bei der SPD)

und zwar deshalb nicht, weil sie keine Auskunft geben über die wirklich drängenden Fragen, die die Feuerwehren unseres Landes haben, und keine Lösungsansätze bieten, die den Feuerwehren vor Ort helfen und bestehende Probleme lösen könnten. Anstatt nur eine Auflistung von Einsatzzahlen der zurückliegenden Jahre zu erhalten, wie geschehen, wäre es doch eigentlich interessant gewesen, zu erfahren, ob es die Landregierung aufgrund der Veränderungen des Einsatzspektrums, das ja dargestellt wurde, für nötig hält, auch die Organisationsstrukturen sowie die Fahrzeug- und Geräteausstattung eventuell zu ändern.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Die einzige Antwort, die mir bislang aus dem Innenministerium hierzu bekannt ist, lautet, dass zum Beispiel Gerätschaften wie Ölsperren oder Ölabscheidegeräte, die der Gefahrenabwehr oder der Gefahrenbeseitigung im Umweltbereich dienen, nicht mehr gefördert werden sollen und dass den Kostenträgern der Hinweis gegeben wird, sie sollten sich vor Ort um eine andere Kostenunterstützung bemühen.

Die Antwort auf Ziffer 2 des Antrags der CDU-Fraktion hätte eigentlich die Möglichkeit geboten, nicht nur bekannt zu geben, dass wir 107 540 Angehörige der freiwilligen Feuerwehren haben, sondern auch aufzuzeigen, wie denn die Landesregierung den Feuerwehren dabei helfen kann, die bestehenden Personalprobleme zu bewältigen.

Angebracht wäre es vielleicht auch gewesen, wenn es, Herr Kurz, um die Anerkennung dieses Dienstes geht, den Angehörigen der Feuerwehren im Land zumindest einmal eine Andeutung zu machen, wie sich denn das Land die weitere Zukunft des Feuerwehrheims Titisee und des Gästehauses Sankt Florian vorstellt.

(Beifall bei der SPD)

Was die Landesregierung in der Antwort auf die Frage nach der Fördersituation der Städte und Gemeinden als Träger der Feuerwehren als „Verstetigung der Feuerwehrförderung“ bezeichnet, ist doch nichts anderes als die Umschreibung der Kürzung von Finanzmitteln. Die in der Stellung-

(Gall)

nahme aufgeführten 46 Millionen € sind doch deutlich weniger, als in den zurückliegenden Jahren in die Haushalte eingestellt war. Der große Teil betrifft sowieso Verpflichtungsermächtigungen. Das verschweigen Sie ebenfalls.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das war der Wunsch der Feuerwehr!)

Sie wissen auch – Sie haben die Zahlen selbst genannt, Herr Kurz –, dass mindestens 50 Millionen € erforderlich wären, um die bestehenden Beschaffungsrückstände, die es gibt, endlich zurückzuführen und auch die Verpflichtungsermächtigungen kleiner zu machen, damit echter Handlungsspielraum besteht.

Dem notwendigen Bedarf stellen Sie eine Förderung gegenüber – die ich von der Grundstruktur her nicht kritisieren will – und loben diese als Verwaltungsvereinfachung, schweigen sich allerdings darüber aus, dass damit eine Kürzung der Fördersatzes verbunden ist,

(Abg. Kurz CDU: Das ist doch nicht wahr!)

was die Kommunen bei der Kofinanzierung natürlich vor erhebliche Probleme stellt.

(Abg. Rust SPD: Sehr richtig!)

Sie selbst wissen doch, dass zwischenzeitlich Kommunen sogar bewilligte Förderbescheide zurückgeben, weil sie die Kofinanzierung nicht mehr leisten können, zumal Sie denen auch an anderer Stelle ständig in die Tasche greifen.

(Abg. Rust SPD: Sehr richtig!)

Unsere Städte und Gemeinden haben in den zurückliegenden Jahren in der Summe 3 % mehr für die Gefahrenabwehr ausgegeben und damit eigentlich ihre Pflicht erfüllt. Dem steht aber gegenüber, dass in vielen Regionen die Förderquote nur noch 30 % beträgt. Das heißt, nicht mehr als 30 % der Anträge können bewilligt werden. Das bedeutet, dass die Bugwelle der notwendigen Ersatzbeschaffungen ständig größer wird, wie uns und sicherlich auch Ihnen ja Kreisbrandmeister und Verbandsvorsitzende ständig schreiben.

Nichts erfahren wir auch – die CDU-Fraktion hat wohlweislich auch nicht danach gefragt – über den unbefriedigenden Zustand, dass die alte Verwaltungsvorschrift zur Einsatzleitung der Feuerwehren aufgehoben ist und gegenwärtig vor Ort, wo Ersatz- oder Neubeschaffung ansteht, Ratselraten darüber besteht, wie es denn weitergehen soll.

Keine Ausführungen machen Sie auch zu dem seit Jahren, um nicht zu sagen, seit Jahrzehnten unbefriedigenden Zustand unterschiedlicher Rechtsgrundlagen unserer Hilfs- und Rettungsdienstorganisationen, was immer wieder zu Problemen führt. Siehe zuletzt beim Flugzeugunglück am Bodensee. Auch das wissen Sie. Aber außer Absichtserklärungen haben Sie hier auch nichts vorangebracht, obwohl ein gemeinsames Gefahrenabwehrgesetz dringend und zwingend notwendig wäre.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich meine, so ganz kann die CDU-Fraktion – meine Fraktion schon gar nicht – mit der Beantwortung dieser Fragen eigentlich nicht zufrieden sein. In keinsten Weise, Herr Kurz, wurde – zumindest meines Erachtens – der Intention des Antrags Rechnung getragen, nämlich der Landesregierung die Möglichkeit einer Halbjahresbilanz zu ihrer angeblich verlässlichen Politik zu geben. Was Sie abgeliefert haben, war eine Bilanz der verlässlichen Politik der Unzuverlässigkeit, der Kürzungen der Mittel für die Feuerwehren und damit natürlich auch der Mittel für Städte und Gemeinden. Die verlässliche Botschaft war die, dass die Feuerwehren bei vielen drängenden Fragen allein gelassen werden.

Ich meine, meine Damen und Herren, diesen Antrag hätten Sie besser nicht in dieser Form stellen sollen; denn außer Kopfschütteln werden Sie bei den Feuerwehren im Land nichts ernten.

(Beifall bei der SPD)

Das Einzige, meine Damen und Herren, was ich unterstützen will und was die SPD-Fraktion unterstützen will – da sind wir uns völlig einig –, sind die Feststellungen, die zur Landesfeuerwehrschule in Bruchsal gemacht wurden. Auch ich sage: Auf diese Schule darf das Land zu Recht stolz sein.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Richtig!)

Was dort in den zurückliegenden Jahren geschaffen wurde, sucht in der Tat seinesgleichen. Für das, was dort tagtäglich an qualifizierter und bester Ausbildung geleistet wird – und dies seit Jahrzehnten –, verdienen sowohl das Land als auch die Schulleitung und die dort tätigen Ausbilder ein Höchstmaß an Anerkennung. Dies wird auch von den Feuerwehren im Land gern anerkannt. Auch diese sind stolz auf diese Schule. Wenigstens dort, meine Damen und Herren, sollten Sie auch weiterhin ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Fauser.

(Abg. Schmiedel SPD: Feuerwehrkameradin Fauser! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Feuerwehrfrau! – Abg. Stickelberger SPD: Brandmeisterin!)

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei so viel Kameradschaft und so viel Feuerwehrkameradschaft muss auch ich mich doch dringend bei einer unserer Wehren bewerben.

(Abg. Rust SPD: Da sind wir aber sehr gespannt! – Abg. Fleischer CDU: Wasser marsch!)

Wenn das Geld schon nicht so fließt, wie wir uns das wünschen, bringt das vielleicht einen gewissen Pluspunkt.

(Beate Fauser)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich vorab ganz ernsthaft den Worten meiner Vorredner anschließen und allen Männern und Frauen, die sich in den Feuerwehren in hervorragender Weise einsetzen und die dort sehr viele Stunden verbringen, danken. Ich muss natürlich sagen: Das sind sehr viele Männer. Die Frauen sind erst allmählich im Kommen. Ich bin aber guten Mutes, dass wir in Zukunft ein anderes Verhältnis haben werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was für ein Verhältnis?)

Diese Männer und Frauen sind in einem enormen Umfang im Einsatz. Es gibt viele gefährliche Situationen, die Leib und Leben gefährden können. Ich muss immer wieder sagen: Wir können stolz auf unsere Bürger in Baden-Württemberg sein. Wir können stolz auf die Feuerwehren sein.

Ich möchte nun nach dem Kritikfeuerwerk von Herrn Gall deutlich machen, dass die Jugendfeuerwehren – das finde ich sehr erfreulich – mit 29 000 Jugendlichen sehr stark gewachsen sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es gelingt der Landesregierung, diesen Bereich immer weiter aufzubauen. Ich freue mich, dass auch 3 600 junge Damen darunter sind.

(Abg. Gall SPD: Sehr gut!)

Wie wir alle wissen, wären wir ohne die Feuerwehren und ohne den Einsatz dieser Männer und Frauen in vielen Situationen hilflos. Ich möchte aber Sie, meine Damen und Herren, einfach noch einmal daran erinnern: Bei dem Einsatz nach dem Sturm Lothar – das muss man immer wieder betonen – ist es nur dank der Feuerwehren gelungen, eine rasche Versorgung der Bevölkerung wieder herzustellen. Das war eine großartige Leistung.

Die Feuerwehren haben im trockenen letzten Sommer bei sehr vielen Brandeinsätzen, die es im Land gab, die Brände gelöscht. Sie haben heute normalerweise weniger Einsätze im Brandbereich und erbringen dafür mehr technische Hilfeleistungen, etwa wenn irgendwo ein Vogel weggefliegen ist oder die Katze auf dem Baum sitzt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Vögel fliegen! Deshalb heißen sie Vögel! Vögel fliegen grundsätzlich!
– Weitere Zurufe – Unruhe)

– Liebe Frau Haußmann, es ist richtig: Immer wenn Gefahr im Verzug ist, wird uns von der Feuerwehr Hilfe geleistet. Daneben werden auch entflugene Vögel eingefangen oder Katzen vom Baum geholt.

(Abg. Fischer SPD: Die Katze wird vom Baum geholt, wenn sie den Vogel gefressen hat!)

Die Feuerwehren haben ein riesiges Einsatzspektrum, meine Damen und Herren. Es ist erfreulich, dass die Landesregierung diese Modelle unterstützt.

Wir wissen alle, dass 46 Millionen € gerade an der Grenze dessen sind, was verkraftbar ist. Es ist für uns alle wün-

schenswert, dass das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Zukunft, wenn es über diesen Betrag hinausgeht, nicht abgeschöpft wird, sondern dass die Feuerwehren davon profitieren. Ich halte es für eine Verbesserung, dass wir inzwischen beim Feuerwehrwesen ein Zweisäulenmodell haben. Für jeden Feuerwehrmann erhalten die Feuerwehren danach 85 €, und außerdem gibt es eine gezielte Projektförderung, die versucht, die knappen Mittel ordentlich zu verwalten.

(Unruhe)

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen: Wenn ich mit den Feuerwehren spreche, dann wird immer wieder darüber geklagt, dass sie sehr viel Bürokratie zu bewältigen hätten, dass sie ein Buch mit 50 Seiten bekämen, in denen stehe, wie sie Leitern aufzustellen hätten.

(Abg. Gall SPD: Quatsch! Das kann Ihnen kein Feuerwehrmann gesagt haben!)

Schon mein Kollege Horst Glück hat im letzten Jahr mit der Kleinen Anfrage Drucksache 13/2161 gefragt, ob es zutrefte, dass die Innenministerkonferenz beschlossen habe, dass in Zukunft nach jeder Übung alle Atemschutzgeräte vollständig zu desinfizieren seien. Ich denke, wir übertreiben in manchen Bereichen. Wir sollten vielleicht darauf hinwirken, dass die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes versucht, flächendeckend die Bürokratie etwas einzudämmen.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Ich halte es für wichtig – das war ja glücklicherweise in den letzten Jahren der Fall –, die Beschaffungsmaßnahmen dadurch zu optimieren, dass man nicht nur bei einem einzigen Anbieter anfragt, sondern Angebote verschiedener Firmen einholt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin Fauser, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja, selbstverständlich.

Abg. Gall SPD: Verehrte Kollegin Fauser, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen – wenn Sie das Thema Bürokratismus im Bereich der Feuerwehren ansprechen –, dass nach dem Ende einer Übung oder eines Einsatzes die Feuerwehratemschutzgeräte nicht nur desinfiziert und gereinigt werden, sondern in erster Linie auf ihre Funktionstauglichkeit überprüft werden?

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das ist hoffentlich der Fall.

(Lebhafte Heiterkeit bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! Wir haben es zur Kenntnis genommen!)

Wenn es nicht so wäre, dann würde ich unsere Feuerwehrkameraden und den Herrn Oberbrandmeister Gall unterschätzen. Ich frage mich allerdings, ob man ständig durch neue Anschaffungsmodalitäten vonseiten der EU und verschiedener anderer Ebenen, durch Klassifizierung von Gasflaschen und Ähnlichem, zusätzliche Kosten verursachen

(Beate Fauser)

muss, statt die dafür erforderlichen Mittel den Feuerwehren zugute kommen zu lassen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir auch in Zukunft viele engagierte Bürger und Bürgerinnen haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang einmal die Arbeitgeber bewusst loben, die die jungen Leute, die Feuerwehrein-sätze – –

(Abg. Fischer SPD: Viele, viele, nicht alle!)

– Diejenigen möchte ich loben, die das tun, die den jungen Leuten Zeit geben, dass sie ihrem Einsatz und ihrem Dienst für uns alle nachkommen können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Fraktion lange die Frage diskutiert, wer hier den Redebeitrag von unserer Fraktion halten soll. Wir hatten eigentlich zunächst auf die Kollegin Lösch gesetzt.

(Heiterkeit – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:
Nicht Öl ins Feuer gießen! – Unruhe)

Wir haben uns dann aber doch aufgrund der Ernsthaftigkeit des Themas daran orientiert, wer die fachliche Zuständigkeit hat, und die liegt bei mir.

(Zuruf: Öl! Öl!)

Liebe Kollegen Oberbrandmeister, mit einem derartigen Titel kann ich nicht dienen. Vielleicht noch als Ergänzung zu heute Morgen an den Kollegen Kleinmann: Ich war einmal Oberministrant, aber nicht Oberbrandmeister.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr schön! Löblich!)

Insofern sind meine Kenntnisse bezüglich der Feuerwehr natürlich nur sekundär erworbene Kenntnisse, denn ich stamme aus Ulm, das als Feuerwehrstadt seit vielen Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten Tradition hat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Der Antrag der CDU-Fraktion ist etwas älter als ein Jahr. Im letzten Jahr haben wir in Ulm in einer großartigen Feierstunde das 150-jährige Bestehen des Landesfeuerwehrverbands gefeiert, und das war wohl der Anlass für diesen Antrag.

Zur inhaltlichen Aussage der Stellungnahme der Landesregierung: Die Stellungnahme bezieht sich zum einen auf das Jahr 2003; das kann gar nicht anders sein.

(Abg. Gall SPD: Es ist aber nicht besser geworden!)

Der Kollege Kurz hat uns ja schon die Mühe abgenommen und beim Innenminister nachgefragt, mit welchen Mitteln und welchen Entwicklungen denn zu rechnen sei. Das werden wir nachher vielleicht noch zu hören bekommen.

Obwohl der Kollege Gall an der Stellungnahme der Landesregierung richtigerweise viele Dinge kritisiert hat, möchte ich für meine Fraktion noch zwei oder drei Dinge ergänzend vortragen.

Erstens: Es ist natürlich schon eine wahrzunehmende Entwicklung, dass mittlerweile weniger als ein Fünftel der Gesamteinsätze der Feuerwehren Brandeinsätze sind.

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Es wäre natürlich, wenn die Landesregierung dies in der Stellungnahme konstatiert, schon interessant gewesen, zu erfahren, ob und gegebenenfalls welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, ob sich das in der Ausbildung der Feuerwehrleute niederschlagen muss, gegebenenfalls wie, ob sich das bei den Gerätschaften niederschlagen muss. All dies sind Fragen, die damit unmittelbar zusammenhängen. Diese Fragen hat die Landesregierung in ihrer Stellungnahme leider nicht beantwortet.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Die sind auch nicht gestellt gewesen!)

Aber vielleicht kann dies vom neu amtierenden Innenminister heute nachgeholt werden.

Zweitens: Die finanzielle Entwicklung. Der Kollege Gall hat ja zu Recht darauf abgehoben, dass man – ich erinnere mich noch sehr gut daran – in diesem Haus schon in den Topf der Feuerschutzsteuer eingegriffen hat.

(Abg. Gall SPD: Massiv! – Widerspruch des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

– Natürlich, Kollege Kleinmann! – All diese Eingriffe der vergangenen Jahre hat man – das muss ich sagen – zu Recht wieder gutgemacht.

(Unruhe)

Es bleibt nur zu hoffen, Kollege Kurz, dass die Beträge, die aufgrund des Anstiegs der Feuerschutzsteuer zur Verfügung stehen, auch tatsächlich für die Feuerwehren genutzt werden können. Es ist zu hoffen, dass kein weiterer Eingriff in die Feuerschutzsteuer stattfindet. Der Kollege Heinz hat ja Ihre Bemerkungen schon etwas kritisch begleitet. Wir kennen die Situation des Landes. Im Rahmen der Staatshaushaltsplanberatungen wird natürlich nach jedem freien Euro gesucht werden.

Für unsere Fraktion kann ich nur sagen, dass wir uns für die Unterstützung der Feuerwehren im Rahmen der Feuerschutzsteuer einsetzen werden. Dazu dient die Feuerschutzsteuer unseres Erachtens, dagegen nicht zur Sanierung des Landeshaushalts.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Der Kollege Gall hat, glaube ich, sehr nachdrücklich ausgeführt, dass die Gerätschaften natürlich auch den Entwick-

(Oelmayer)

lungen angepasst werden müssen. Ich habe das auch dargestellt: Nicht mehr so sehr der Brandeinsatz steht im Vordergrund, sondern Chemikalieneinsätze, technische Hilfestellungen, Einsätze bei Orkanshäden etc. stehen zwischenzeitlich im Mittelpunkt der Arbeit der Wehren im Land.

(Unruhe)

Wir sind der Auffassung, dass diese Anpassung auch Geldmittel erfordert. Dabei steht das Land neben den Kommunen – das betone ich ausdrücklich – in der Pflicht.

Ein Letztes, was ich erwähnen will – auch das darf nicht unerwähnt bleiben –: Der Innenausschuss in seiner Gesamtheit war schon einmal zu Besuch bei der Feuerweherschule des Landes. Ich kann nur sagen: Dort wird eine wichtige Arbeit geleistet. Die Arbeit der Menschen, die dort tätig sind, mit dem Engagement, das sie einbringen, auch in die Lehrtätigkeit, hat eine hohe Werthaltigkeit. Man kann nur hoffen, Herr Innenminister und meine Damen und Herren von den die Regierung tragenden Fraktionen, dass Sie auch künftig die Mittel zur Verfügung stellen, die notwendig sind, um die Qualität der Ausbildung zu erhalten – ich komme gleich zum Schluss –, weil die Qualität der Ausbildung auch für die Qualität der Feuerwehren im Land eine ganz entscheidende Bedeutung hat.

Wir sind der Auffassung, dass es zu den erteilten Auskünften in der Stellungnahme der Landesregierung noch Nachholbedarf gibt. Es gibt sicher auch Nachholbedarf bei den investiven Maßnahmen, bei der Neustrukturierung, bei der Anpassung der Wehren im Land an die jetzt neu gestellten Aufgaben.

Zum Schluss darf ich mich, natürlich auch im Namen meiner Fraktion, bei allen Feuerwehrfrauen und -männern, die im Land ihren Dienst tun, bedanken. Dies gilt nicht nur für die 107 000 ehrenamtlich Tätigen – aber insbesondere für sie; ehrenamtliche Tätigkeit ist nie besonders beliebt –, sondern auch für die beruflich tätigen Feuerwehrleute. Keine Frage: Sie tun einen wichtigen Dienst im Land und verdienen unsere Unterstützung.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

Innenminister Rech: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Zunächst einmal bitte ich Sie, Herr Kollege Gall, und mit Einschränkung auch Sie, lieber Kollege Oelmayer, sehr herzlich um Verständnis dafür, dass sich das Innenministerium bei der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag nicht an dem beliebten Spiel beteiligt hat, das da heißt: Politiker geben Antworten auf Fragen, die überhaupt nicht gestellt wurden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Richtig! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Das Ministerium ist Exekutive! – Abg. Drexler SPD: Das ist aber auch neu! Das ist neu bei dieser Landesregierung! – Heiterkeit bei der SPD)

– Herr Kollege Drexler, vielleicht sollten wir uns bei unseren Wahlversammlungen

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

oder sonstigen Veranstaltungen gelegentlich vor Augen halten, dass wir die Fragen, die die Bürger an uns stellen, nicht beantworten, sondern Antworten auf Fragen geben, die nicht gestellt sind. – Wir haben uns in der Stellungnahme an die gestellten Fragen gehalten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig!)

Aber ich verspreche Ihnen, Herr Kollege Oelmayer: Ich habe mir notiert, was Sie darüber hinaus gefragt haben, und werde diese Fragen heute beantworten.

(Abg. Kurz CDU: Herr Minister, Sie bestätigen doch, dass die Fragen in dem Antrag intelligente Fragen waren? – Heiterkeit – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU zu Abg. Kurz CDU: Brauchst du die Bestätigung?)

– Herr Kollege Kurz, es waren jedenfalls Fragen, die uns das Einsatzspektrum, die Ausbildung und die Ausrüstung unserer Feuerwehren zutreffend beschreiben ließen. Unsere Feuerwehren können sich in all diesen Bereichen bundesweit, ja europaweit mit anderen Feuerwehren messen. Wir haben im Bereich der Feuerwehren eine hervorragende Ausbildung, eine hervorragende Ausstattung und eine hohe Motivation.

Deswegen sage ich auch: Herr Kollege Gall, Sie haben hier versucht, Öl in ein nicht brennendes Feuer zu gießen. Mit diesem Versuch werden Sie jedenfalls unsere Feuerwehren im Land nicht in Brand stecken.

(Beifall bei der CDU – Abg. Gall SPD: Das habe ich auch gar nicht vor! – Abg. Kübler CDU: Das wäre eine Selbstverbrennung! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das wäre ein Pfarrerbeschäftigungsprogramm!)

Natürlich gibt es einige Fragen, die wir den Wehren beantworten müssen, und einige Probleme, an denen wir arbeiten müssen, und das tun wir.

Zunächst einmal will ich Ihnen sagen, dass ich sehr dankbar bin für die Arbeit dieser über 107 000 Feuerwehrfrauen und -männer, die freiwillig ihren Dienst tun. Es kommen über 1 700 hauptamtliche Feuerwehrleute und über 6 600 Feuerwehrangehörige in 186 Werkfeuerwehren hinzu. All diesen Feuerwehrleuten gebührt in allererster Linie unser Dank. Wir müssen aber auch für eine Verstärkung der Mittel und für Planungssicherheit sorgen, damit die Feuerwehrleute ihren Dienst auf diesem hohen Stand verrichten können.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD und Kleinmann FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Dies tun wir. Deswegen danke ich all denjenigen, die dabei mitgeholfen haben, dass wir dieses Ziel erreicht haben und diesem Anspruch gerecht werden.

(Minister Rech)

Natürlich geht der Dank auch an die Landesfeuerwehrschule in Bruchsal, die in der Ausstattung, in der Ausbildungskonzeption und im Ausbildungserfolg in Europa einzigartig ist.

Ferner will ich dem Landesfeuerwehrverband danken, der es in hervorragender Zusammenarbeit mit meinem Haus ermöglicht hat, dass wir, wie in der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag angekündigt, zum Jahresanfang 2004 eine neue Z-Feu haben in Kraft treten lassen. Diese steht für ein vereinfachtes Förderverfahren, für eine Vereinfachung des Verwaltungsaufwands und dient letztlich mit dem Zwei-Säulen-Modell auch der Stärkung unserer Feuerwehren.

Meine Damen und Herren, nur wenige Zahlen als Ergänzung zu der Stellungnahme: Die Einsatzzahlen für das Jahr 2003 zeigen einen Anstieg der Zahl der Brandeinsätze von rund 16 000 auf 20 800. Da haben wir einen leichten Anstieg zu verzeichnen. Aber der proportionale Anteil der technischen Hilfeleistung liegt immer noch deutlich über 40 %. Insofern hat sich in den letzten Jahren ein Wandel vollzogen. Ich will dazu aber gleich sagen, dass wir natürlich die Ausbildung und die Lehrgänge entsprechend diesem geänderten Einsatzspektrum konzeptionieren und durchführen und dass wir selbstverständlich auch die Fahrzeugausrüstung diesem geänderten Einsatzspektrum anpassen; das ist überhaupt keine Frage.

Meine Damen und Herren, zum Feuerschutzsteueraufkommen hat Herr Kollege Kurz dankenswerterweise zu Recht darauf hingewiesen, dass wir im Entwurf des Staatshaushaltsplans 2005/2006 für 2005 49 Millionen € und für 2006 50 Millionen € an Feuerschutzsteueraufkommen erwarten, Herr Kollege Gall.

(Zuruf des Abg. Gall SPD)

Wenn dies dann so eintritt und eine Abschöpfung zugunsten des allgemeinen Haushalts unterbleibt – das ist bislang der Stand –, wird sich die Fördersituation im Feuerwehrbereich noch einmal deutlich verbessern. Aus heutiger Sicht wird dann eine Förderquote von über 50 % erreicht werden können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das wäre sehr schön!)

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Aspekt ist die Frage, wie wir Nachwuchs für unsere Feuerwehren gewinnen, also das Thema Jugendfeuerwehren. Natürlich will ich zunächst unsere Gemeinden, die in diesen Fragen ja unsere Partner sind und in allererster Linie gefordert sind, aufrufen, von dem Angebot des Landes verstärkt Gebrauch zu machen. Wir haben immerhin 500 000 € aus Mitteln der Landesstiftung dazu verwendet, eine Initiative zur Neugründung von Feuerwehren ins Leben zu rufen – also die Bereitstellung von Mitteln über die Landesstiftung.

(Abg. Fischer SPD: Gibt es da schon ein Ergebnis?)

– Ja, Herr Kollege Fischer: 50 Gemeinden haben jetzt eine Jugendfeuerwehr neu gegründet.

(Beifall der Abg. Kübler CDU und Kleinmann FDP/DVP)

Wir bräuchten schon noch 150 bis 200 zusätzliche Gründungen. Aber immerhin: Dies ist ein erster Erfolg, und dies wird sich fortsetzen. Ich sage noch einmal: In erster Linie sind natürlich die Kommunen aufgerufen, hier mitzuhelfen. Aber die Mittel der Landesstiftung haben schon sehr erfreuliche Früchte getragen.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr dankbar dafür, dass die Einsatzfähigkeit, die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft unserer Feuerwehren auch als wichtiger Teil der inneren Sicherheit in unserem Land begriffen werden. Die Feuerwehren haben in allen Fällen, in denen ihre Hilfe erforderlich war, hervorragende Arbeit geleistet. Dafür ließen sich viele Beispiele nennen. Frau Kollegin Fauser hat vorhin den vorbildlichen Einsatz in der Folge des Sturms „Lothar“ genannt. Es ließen sich noch viele andere Beispiele anführen.

Es hat auch bei dem schlimmen Unglück in Überlingen eine Menge positiver Aspekte gegeben, auch was das Ansehen Deutschlands in der Welt anbelangt. Ausländische Staatsmänner haben unserem Ministerpräsidenten beispielsweise gesagt: Was hier auf freiwilliger Ebene geleistet wurde – im Übrigen auch von der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden –, hat in Baschkirien gewaltigen Eindruck hinterlassen, hat die Menschen dort in großem Maße für den Gedanken der Völkerverständigung geöffnet, vielleicht mehr als manches, was in der Politik versucht und nach vielen Jahren noch nicht erreicht worden war. Auch dafür will ich den Feuerwehren und allen, die damals im Einsatz waren, herzlich danken.

Wir können stolz auf unsere Feuerwehren sein, und wir sind es auch. Wir lassen uns die Erfolge, die hervorragende Ausbildung und Ausrüstung nicht kleinreden. Wir sehen uns in der Pflicht, für eine Verstetigung der Mittel zu sorgen, damit unsere Wehren das bekommen, was sie in allererster Linie brauchen, nämlich Planungssicherheit. Dies haben wir dadurch gewährleistet, dass wir die 46 Millionen € sozusagen als Garantieplateau eingebracht haben. Daran werden wir festhalten.

Jetzt hätten natürlich viele daran denken können, einen überschießenden Betrag abzuschöpfen. Dass dies auch nach heutigem Stand nicht beabsichtigt ist, zeigt, dass wir zu unseren Feuerwehren stehen – ebenso wie sie zu unserer Bevölkerung stehen. Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil der inneren Sicherheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/2330, ist durch die Aussprache erledigt. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Wir kommen noch zu einigen Beschlussempfehlungen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 3. August 2004 – Zugehörigkeit von Herrn Justizminister Professor Dr. Ulrich Goll zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 13/3475, 13/3603

Berichterstatter: Abg. Walter

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 11** der Tagesordnung:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 13. Juli 2004 – Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder und Kurunternehmen – Drucksachen 13/3374, 13/3573

Berichterstatter: Abg. Schmid

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 12** der Tagesordnung:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 5. August 2004 – Veräußerung des Rasthauses Kaltenbronn – Drucksachen 13/3525, 13/3574

Berichterstatter: Abg. Dr. Steim

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 13** der Tagesordnung:

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums

vom 26. Februar 2004 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Strukturentwicklungsbericht 2003 – Drucksachen 13/2941, 13/3567

Berichterstatter: Abg. Fleischer

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 14** der Tagesordnung:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/3520, 13/3580, 13/3581, 13/3582, 13/3583, 13/3584

Meine Damen und Herren, bei den Petitionen wird die laufende Nummer 8 der Drucksache 13/3520, die Petition 13/3853, abgesetzt. – Sie stimmen der Absetzung zu.

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den übrigen Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu **Punkt 15** der Tagesordnung:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/3492

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 10. November 2004, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Schluss: 17:03 Uhr